

D7426 E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

nr. 2 / Februar 1985

16. Jahrgang

2,50 DM



Der Medienkrieg

UNESCO-Austritte Nikaragua



Neukaledonien ● Angola
Kampuchea
Lomé III

Inhalt

Kommentar: Reagans Krieg um die Köpfe	3
Psychologischer Krieg UNESCO-Austritte - Gegenschlag des „Informationsimperialismus“	4
Nichtpaktgebundene zur UNESCO	6
AAPSO-Konferenz zur Informationsordnung	7
Psychologische Kriegführung gegen Nikaragua	9
Kaltkriegsstück „Die rote Flut“	13
Grenada Wahlsieg der Besatzer	14
Manifest der MBPM	15
Haiti Die Furcht besiegt	17
Kampuchea Gespräch mit Premierminister Hun Sen	19
Indien Rajiv Gandhis Wahltriumph	26
Die Giftkatastrophe von Bhopal	27
Pazifik Kanaken fordern Unabhängigkeit für Neukaledonien	29
Was ist die FLNKS?	30
Daten	30
Angola Alternativen zum Namibia-„Linkage“	32
Brief von dos Santos an de Cuellar	34
EG - Dritte Welt Zweischneidiges Lomé III	35
Kultur Pablo Neruda	37
Lesermeinungen, Standpunkte	39
Rezensionen Zwischen Tradition und Kolonialismus	40
BRD-Infodienst	41
Kurzinformationen Kuba-USA, Brasilien, Honduras-Nicaragua, Belize, Sri Lanka, Mauritien, China-UdSSR, Pakistan, Südafrika, Singapur, Äthiopien-Israel	42



UNESCO-Austritte und psychologische Kriegführung

S. 3

Just bevor die Reagan-Administration am 20. Januar d.J. in ihre zweite Amtsperiode eintrat, landete sie ihren bislang schwersten Schlag gegen die Vereinten Nationen: Sie trat aus der UN-Sonderorganisation UNESCO aus. Die Regierung Thatcher folgt ihr zum nächsten Jahreswechsel. Und Bonn drohte denselben Schritt an. Wir beleuchten, was hinter diesem Angriff auf die UNESCO steckt. Und wir zeigen auf, was dies auch mit der psychologischen Kriegführung der USA, zum Beispiel gegen Nikaragua, zu tun hat.

Neukaledonien

S. 29

Die kanakischen Ureinwohner Neukaledoniens verlangen Unabhängigkeit von Frankreich. Die weißen Siedler suchen dies mit allen Mitteln zu verhindern. Die Kolonialmacht strebt einen Kompromiß an, der ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen wahrt. Droht im Pazifik einer der letzten Kolonialkriege? Oder besteht noch Hoffnung auf eine Konfliktlösung im Sinne der Kanaken?

Angola

S. 32

In Sachen Angola und Namibiafrage ist zum Jahreswechsel einiges in Bewegung geraten. Verhandlungen zwischen den Regierungen Angolas, Südafrikas und der USA lösten wildeste Spekulationen aus. Angolas Präsident dos Santos sorgte in einem Brief an UN-Generalsekretär de Cuellar für Klarheit. A. Conchiglia zeichnet das Verhandlungsgeschehen nach.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechtild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, J. M. Becker, T. Jungwirth, E. Schneider, I. Utz, U. Wöhrmann

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,-DM; Förderabos 50,-DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312 093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21 / 2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Plambeck & Co., Isthmo, Roederberg (Beihefter DVZ/die tat), Atom-Express, Weltkreis Verlag, AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** mindestens einmal innerhalb von 6 Monaten beigelegt.

Redaktionsschluss: 18. Januar 1985

Kommentar: Reagens Krieg um die Köpfe

Anlässlich seiner zweiten Amtseinführung am 20. Januar d.J. gab sich US-Präsident Ronald Reagan verhandlungswillig.

Bei den vorausgegangenen Außenministertgesprächen in Genf waren die Regierungen der USA und UdSSR übereingekommen, Verhandlungen über einen „Komplex von Fragen“ aufzunehmen, „welche die Weltraum- und atomaren Waffen, sowohl strategischer als auch mittlerer Reichweite, betreffen“. Anliegen der Verhandlungen – so die gemeinsame Erklärung weiter – sei es, „ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden, die atomaren Waffen zu begrenzen und zu verringern und die strategische Stabilität zu festigen“.

Reagan bezeichnete die wohl in Kürze beginnenden Rüstungskontrollverhandlungen als vorrangige Aufgabe seiner Außenpolitik im Jahr 1985 und darüber hinaus. Die zweite außenpolitische Topaufgabe ist für seine Regierung eine noch stärkere Unterstützung der „Contras“ in ihrem Kampf gegen die Revolutionsregierung Nikaraguas. Zur dritten Außenaufgabe für 1985 erklärte sie die Bekämpfung des Terrorismus, speziell im Nahen und Mittleren Osten.

Mit ungewohnten Friedensbeteuerungen hatte der Republikaner Reagan auch im Präsidentschaftswahlkampf (Herbst 1984) aufgewartet, und damit seinen deutlichen Wahlsieg (59% der Stimmen) über den entspannungswilligeren Demokraten Mondale abgesichert. Allerdings, 57% der US-Wähler lehnten laut einer Umfrage Reagens (konfrontative) Militärpolitik ab. Und der Widerspruch im US-Kongreß ist eher gewachsen.

Zu diesem inneren Erwartungsdruck kam jener Druck, den die internationalen Friedenskräfte, von der westeuropäischen Massenbewegung gegen die Raketenstationierung bis hin zur UN-Resolution gegen die Militarisierung des Weltraums, entfacht hatten.

Doch bezeugen diese Sachzwänge bereits einen Gesinnungswandel der Reagan-Administration? Kommt sie aus Ernüchterung über die Grenzen der US-Stärkepolitik (Libanon, Nicaragua, sowjetische Gegenmaßnahmen) zur echten Abkehr vom globalen Konfrontationskurs?

Zu viele Anzeichen sprechen dagegen, trotz der zwischenzeitlich verhaltenen Wortwahl im Weißen Haus.

Da beharrten die Reagan-Leute im Anschluß an Genf auf ihrem monströsen Weltraumwaffen-Programm, das allein für Forschungsarbeiten zum „Krieg der Sterne“ 26 Mrd Dollar verschlingen soll. Da weisen sie, wie auch die NATO-Spit-

ze, einen Stationierungsstopp für die Erstschlagswaffen Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa (mehr als 100 sind bereits installiert) kategorisch zurück.

Da ging man zum 21. Januar d.J. auf bundesdeutschem Boden mit dem NATO-Wintermanöver „Central Guardian“ (65.000 Mann) einmal mehr an die Erprobung des Angriffskriegskonzepts „AirLand Battle“ (siehe AIB-Sonderheft 2/1984). Und auch vom Erstschlagsprogramm von MX-, Tridentraketen u.a. Hochrüstungsposten gedenkt man nicht abzugehen.

Die Substanz von Reagens globalem Konfrontationskurs (Kernstücke: militärische Überlegenheit, Erstschlagsfähigkeit) ist insofern noch lange nicht gestrichen.



Die US-Interventionsaktivitäten gegen die Revolutionsprozesse Nikaraguas, El Salvadors, Angolas oder Afghanistans laufen weiter auf Touren. Und gegenüber den Vereinten Nationen hat Washington zum Jahreswechsel 1984/85 mit dem Austritt aus der UNESCO zum exemplarischen Schlag ausgeholt, der die Mehrheitsverfechter von Abrüstung, Gewaltverzicht, Nichteinmischung, Demokratisierung der Weltwirtschafts- und Informationsordnung einschüchtern soll. Ein Zeichen von Stärke oder Schwäche? Ich meine, letzteres trifft zu. Daß der Washingtoner Frontalangriff auf die UNO sich ausgerechnet gegen deren Ideologie- und Medienzweig konzentriert, kommt dem Eingeständnis des Versagens ihres Konzepts der psychologischen Kriegführung gleich. Dabei war der Psycho-Krieg, verstanden als Kampf um die Köpfe bzw. das Bewußtsein der Massen im eigenen Land

wie in Zielländern, schon in der Amtsperiode 1981-84 keineswegs von der Regierung Reagan geringgeschätzt worden.

Vielmehr hatte man verschiedenste konservative Denkfabriken, Militär- und Geheimdienstapparate (CIA!), Auslandsender und -Informationsagenturen (Voice of America, USIA) mit Reagens erstem Amtsbeginn gestrafft, aktiviert und unter der Regie des Nationalen Sicherheitsrates zusammengefaßt. Dessen „Programm für Demokratie“ gab ein orchestriertes Konzept des Hineinwirkens in andere, vorab die sozialistischen Staaten, vor.

Die ideologisch-politische Destabilisierung revolutionärer Regimes sollte – wie unser Fallbeispiel Nicaragua illustriert (siehe Beitrag von N. Biver) – den sozialen Veränderungsprozeß untergraben und seine kriegerische Beseitigung möglich machen. Der Kampf um die Köpfe als Vorbote und Wegbegleiter des militärischen Roll back!

Für den Psycho-Krieg, d.h. die Verbreitung von (Des-)Information im Ausland, verausgabt beispielsweise der CIA immerhin 1/3 seines Budgets. Es fällt ihm und anderen Werbeträgern dann umso leichter, ihre Nachrichten in die kommerzielle Medienlandschaft zu lancieren, da diese weltweit von den US-Agenturen (AP, UPI) und US-Informationskonzernen beherrscht werden (siehe nachstehenden UNESCO-Beitrag).

Die durch Reagens Konfrontationskurs ausgelöste Massenbewegung in den USA (Freeze) und vor allem in Westeuropa vermochten die sog. „Nachrüster“ mit ihrer „Nachrüstung der Gehirne“ dennoch nicht abzuwenden. Das abrupte Erstarren der internationalen Friedenskräfte engte stattdessen die Möglichkeiten und Wirksamkeit ihrer psychologischen Kriegführung ein.

Im Kampf um die Rückgewinnung von Mio Köpfen muß die Reagan-Administration daher heute zu feinfühligere Leitbildern und Methoden greifen. Und sie wird von ihren Vordenkern zum Einsatz noch aufwendigerer Mittel gedrängt.

Wie der westliche Medienkrieg gegen die UNESCO und ihren Generaldirektor M'Bow („östlich-'progressive' Schlagseite“; „afrikanischer Renaissancefürst“ usw.) einmal mehr gezeigt hat, ziehen die USA, Großbritannien, die BRD u.a. derzeit alle Register. Sie wollen auf Teufel komm raus ihre monopolistische Stellung im internationalen Informations- und Kommunikationsbereich, ihre großbourgeois Klasseninteressen behaupten. Dies nämlich sichert ihnen die optimale Ausgangsposition im Krieg um die Köpfe.

Wolfram Brönnner



Wolfram Brönner

UNESCO-Austritte

Gegenschlag des „Informationsimperialismus“

Am 1. Januar 1985 machte die Reagan-Administration den Austritt der USA aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) wahr, den sie satzungsgemäß 1 Jahr zuvor, im Dezember 1983 schriftlich beantragt hatte.

Ende Dezember 1984 waren die konservativen Regierungen Großbritanniens und Singapurs dem Beispiel Washingtons gefolgt. In Schreiben an UNESCO-Generaldirektor Amadou Mathar M'Bow kündigten sie ihre Mitgliedschaft zum Jahresende 1985 auf.

Schließlich stellte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in einem vertraulichen Brief an M'Bow vom 17.12.1984 eine Austrittserklärung auch der Bundesrepublik, des viertgrößten Beitragsentrichters, zum nächsten Jahreschluß in Aussicht. Dies solle geschehen, falls die in Paris ansässige UN-Sonderorganisation auf ihrer Generalkonferenz im Oktober/November 1985 nicht einige Bedingungen erfülle.

„Übermäßig“ für den Frieden

Die 161 Mitgliedsnationen zählende UNESCO müsse – so Genscher weiter – zu ihrer wahren Mission, d.h. zur Erziehung, Wissenschaft und Kultur zurückkehren. Die „künftige Mitwirkung der Bundesrepublik“ knüpfte er daran, daß fortan auf unliebsame Vorhaben verzichtet, das Generalsekretariat verändert,

„künftig keine politischen Fragen behandelt“ und vor allem die „unfruchtbaren ideologischen Debatten“ über die Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung beendet würden.¹

Mit diesem schier uneinlösbarem Ultimatum macht sich Bonn, wie im übrigen auch die Regierung Thatcher, das Gros der Gründe zu eigen, welche die Reagan-Administration im Abschiedsbrief ihrer UNESCO-Botschafterin Jean Gerard noch einmal lang und breit auflistete.

Ihr erster Vorwurf lautet auf „übermäßige Politisierung“ der Weltorganisation, in deren Rahmen „eine ideologische Front der systematischen Kampfführung gegen die Interessen, Werte und Lebensweise der freien Welt geschaffen worden ist“. Als eklatante Beispiele hierfür nannte sie die Befassung mit der Rasendiskriminierung (Zionismus als Rassismus, Südafrika), die Unterstützung der „terroristischen Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)“ sowie vor allem „die hartnäckige Ermunterung einer weltweiten Politik der einseitigen Abrüstung der freien Welt“.

1984/85 habe die UNESCO „den Pazifisten“ 1 Mio Dollar zugeschossen und in der Budget-Diskussion 1986/87 habe man „ein 'Internationales Jahr des Friedens', dessen Kampagne in Händen der Sowjets liegt, zu lancieren versucht“.² Derart unpolitisch aber wollte und konnte die 1946 von den USA mitgegründete UNESCO als ein Zusammenschluß von Staaten gar nicht angelegt sein. Und in

Artikel 1 ihrer Satzung hatte sie sich auch zum Ziel gesetzt, „zu Frieden und Sicherheit ... beizutragen“.³

Von daher ist die Behauptung Washingtons unhaltbar, das Thema Krieg und Frieden läge außerhalb der Zuständigkeit der UNESCO.

Der zweite Vorwurf richtet sich gegen das Bestreben, das Konzept einer Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung (NICO) durchzusetzen, was die US-Botschafterin Gerard ineinssetzt mit „dem antiwestlichen Kreuzzug der UNESCO“.

Da ist weiter die Rede von einer staat-



UNESCO-Botschafterin J. Gerard ...

... und
(Senegal

lich-„orwellischen“ Gängelung des „Journalisten der NIICO“ (Gerard), der Beseitigung „der Redefreiheit und Pressefreiheit“ (Thatcher) oder – noch deutlicher – von „einer dauernden Feindseligkeit gegenüber den Institutionen einer freien Gesellschaft, besonders jenen, die eine freie Presse, freie Märkte und, vor allen Dingen, individuelle Menschenrechte schützen“, wie Gregory Newell, US-Staatssekretär für Angelegenheiten internationaler Organisationen, ergänzend klarstellte.⁴

Schreckgespenst NIICO

Hier wird zu Unrecht der UNESCO, anstelle der Nichtpaktgebundenen, die Vorreiterrolle beim Ringen um die Veränderung des Informationssystems ange-dichtet. Hier werden die Anliegen des NIICO-Konzepts ins Gegenteil verkehrt. Hier wird der uneingeschränkten Aufrechterhaltung der Weltherrschaft der Medienmultis und ihrer Regierungen, des „Informationsimperialismus“, gehuldigt. Um deren Profit- und Machtinteressen nämlich geht es in Wahrheit, wenn Reagans UNESCO-Gesandte die fortwauernde Diskreditierung des „freien Informationsflusses“ durch die UNESCO-Mehrheit als eigentliches Kernmotiv der Austrittsaffäre benennt.⁵ Als dritten gravierenden Austrittsgrund führten Washington und London die Budget- und Verwaltungspraxis der UNESCO-Direktion ins Feld.

Bemängelt wurde etwa, daß M'Bow ursprünglich den Zweijahresetat 1986/87 gegenüber jenem von 1984/85 (374,41 Mio Dollar) um jährlich rund 10% auf 433 Mio Dollar anheben wollte. Auf Kritik stieß weiter, daß entgegen dem sonstigen UNESCO-Verfahren nach dem Konsensprinzip, in Geldangelegenheiten der Mehrheitsentscheid gelte. Die West-



trahent UNESCO-Generalsekretär M'Bow

mächte als größte Beitragszahler (die „Großen 7“ tragen über 60% des Budgets, die USA allein 25%) fühlten sich in den Zustand einer permanent überwältigten Minderheit versetzt, was nicht länger hinnehmbar sei. Anstoß nahm man weiter am Überhang des Pariser Verwaltungspersonals, das rund 60% des Etats verschlinge, wohingegen auf Projektausgaben lediglich 40% entfielen.

Die Regierungen Reagan und Thatcher hatten allerdings in ihren Kündigungsschreiben vom 28. Dezember 1983 bzw. 2. April 1984 eingeräumt, ihr Austrittsvorhaben noch einmal zu überdenken, falls es seitens des UNESCO-Sekretariats bis Ende 1984 zu „Reformen“ (Gerard) bzw. „nennenswerten Anzeichen des Wandels“ im Arbeitsprogramm – so der britische Minister Timothy Raison – komme.

Zwischenzeitlich ergriff die geschmähte UNESCO-Exekutive eine Reihe solcher Initiativen, die Entgegenkommen und Konzessionsbereitschaft signalisierten.

„Freier Informationsfluß“ ist...

So gaben M'Bow und der Exekutivrat im Oktober 1984 dem von angloamerikanischer Seite geforderten Nullwachstum des Budgets 1986/87 schließlich die Zustimmung. Auch wurden Notmaßnahmen zur Straffung des von der Generalkonferenz im November 1983 verabschiedeten Arbeitsprogramms angeordnet und mit einer Stellensperre von 10% eröffnet.

Verworfen wurde allerdings der Vorschlag Washingtons, man solle den 10 größten westlichen Mitgliedsstaaten das Sonderrecht einräumen, künftig in Budgetangelegenheiten als Gruppe aufzutreten – mit entsprechend höherem Gewicht und unter Disziplinierung etwa des konzessionswilligeren Frankreich, versteht sich.⁶

Eine vom US-Kongreß eingerichtete 90köpfige Kommission, die im Laufe des Jahres 1984 daran ging die Reformwilligkeit der UNESCO zu überprüfen, bestätigte in einem vertraulichen Bericht an US-Außenminister George Shultz vom 27. November 1984: „Das angemerkte Erfordernis nach Reformen wird weitgehend geteilt“, ja Generaldirektor M'Bow selbst habe „Schritte unternommen...“, um eine sehr große Auswahl an Reformen und Verbesserungen zu initiieren und anzuwenden.“ Die UNESCO-Exekutivratsmitglieder aber hätten ihre Verärgerung zum Ausdruck gebracht wegen ihres „allgemeinen Eindrucks, daß, ganz gleich welche Anstrengungen von anderen Nationen unternommen würden, die Entscheidung der USA davon unberührt bliebe“.⁷

In der Tat zeigt gerade diese Ignoranz an,

daß es der Reagan-Administration bei der UNESCO-Auseinandersetzung in Wahrheit gar nicht um „Reformen“ oder Zugeständnisse in Einzelfragen geht.

Sie setzt mit der Inszenierung einer westlichen Austrittswelle – als nächste Kandidaten gelten die BRD, die Niederlande, Japan, Kanada, Dänemark und die Schweiz⁸ – offenkundig darauf, die UNESCO über die finanzielle Austrocknung letztlich auf einen entgegengesetzten Kurs zu zwingen oder lahmzulegen. Die Carter-Administration (1976-80) hatte auf den Generalkonferenzen der UNESCO 1978 und 1980 wenigstens Ansätze zur Kompromißbereitschaft gegenüber dem damals verabschiedeten NIICO-Konzept gezeigt und den Entwicklungsländern begleitend öffentlich-



private „positive Kooperationen“ im Medienbereich angeboten.⁹ Die im Januar 1981 angetretene Regierung Reagan hielt hingegen nichts von einer derartigen westlichen Integrationsstrategie. Sie trat den zwischenzeitlich in der UNESCO verankerten medienpolitischen Grundsätzen genauso unnachgiebig, konfrontativ gegenüber wie den Forderungen nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO, 1974 verabschiedet von der UN-Vollversammlung), welche auf den sog. „Nord-Süd-Gipfeln“ der UN-Sonderorganisationen für Handel (UNCTAD) 1983 oder für Industrie (UNIDO) 1984 bekräftigt wurden.

...kostbarer als Öl, Gold

Hier wie dort ging es ihr insbesondere darum, jegliche Einschränkungen der weltweiten Kapital-, Waren- und Dienstleistungsexpansion der transnationalen Konzerne abzuwenden. Und als deren integraler Bestandteil sind schließlich die den Weltinformationssektor zu 80-90% beherrschenden Nachrichten-, Werbeagenturen und Medienkonzerne (siehe ausführlich: AIB 2/1984, S. 46ff.) voran der USA, Großbritanniens, Japans, Frankreichs, der BRD usw. anzusehen.

Mehr noch, mit der gegenwärtigen Revolutionierung der Informationstechnologie (ihrem Verschmelzen mit Datenverarbeitungs- und Telekommunikationstechnologien), ihrer breitangelegten industriellen Nutzung und Vermarktung stieg der Informations- und Kommunikationsbereich eingangs der 80er Jahre zur viertgrößten Industriebranche und einem der Spitzenposten des Welthandels (10% Anteil 1980) auf. Die Branchenführer für Computer, Telekommunikation und Elektronik wie IBM, General Electric, ITT, Matsushita, Hitachi, Philips, Siemens rangieren immerhin unter den 50 größten transnationalen Konzernen der kapitalistischen Welt.¹⁰

Folgerichtig waren die Profitinteressen der Informationsmultis auch Gegenstand der Sondertagungen der UN-Kommission für transnationale Unternehmen 1983/84, die, dank des Widerstands der USA und anderer Westmächte, in ihren Verhandlungen über einen Konzern-Verhaltenskodex (ein Kernelement des NIWO-Konzepts) nicht vorankamen.

Gleichzeitig liefen sie auf der UNESCO-Generalkonferenz vom November 1983 Sturm gegen eine der Schlüsselforderungen der NIICO, der eines Verhaltenskodexes für die (transnationalen!) Massenmedien. Daß die Staatenmehrheit der Dritten Welt und des sozialistischen Lagers dieses Verlangen zurückstellte, wurde von den Verteidigern der Medienmultis freilich keineswegs honoriert.

Desgleichen beharrten die USA, die BRD und Japan auf ihrer Obstruktion gegen einen anderen Pfeiler der UNESCO-Medienpolitik, mit dem den Entwick-



Letzte Generalkonferenz der UNESCO vom November 1983 in Paris

lungsländern zum Aufbau von nationalen eigenständigen Informations- und Mediensystemen (Ausbildung, Ausrüstungen u.a.) verholfen werden soll. Sie versagten der multinationalen Medienhilfe im Rahmen des Internationalen Programms für die Entwicklung der Kommunikation (IPDC, gegr. 1980) jede finanzielle Beteiligung. Dies läuft auf die systematische Behinderung des Aufbaus alternativer Agenturen oder Kommunikationssysteme der Dritten Welt hinaus, ohne die weitere Grundpfeiler des NIICO-Konzepts uneinlösbar bleiben müssen.

Dies betrifft namentlich die Forderung, „die Ungleichheiten im Informationsfluß nach und aus den Entwicklungsländern ... zu berichtigen“, um so die „Schaffung eines neuen Gleichgewichts und größerer Gegenseitigkeit beim Informationsaustausch“ anzubahnen, wie es in der UNESCO-Mediendeklaration von 1978 heißt.¹¹ Und dabei geht es letztlich nicht nur um Entkolonialisierung und Demokratisierung der alten Infor-

mations- und Kommunikationsstrukturen, sondern – wie der MacBride-Bericht 1980 spezifizierte¹² – auch der Inhalte. Mit der größten Vehemenz stemmte sich die Regierung Reagan schließlich gegen die wichtigste Zieldefinition des NIICO-Konzepts, „einen freien Austausch und eine umfassendere und ausgewogenere Verbreitung von Informationen“ (UNESCO-Mediendeklaration) herzustellen.¹³

Grenzüberschreitende Daten...

Washington setzte dagegen die Formel vom „freien Informationsfluß“, unter deren Flagge die weltgrößten US-Nachrichtenagenturen AP, UPI ausgangs des 2. Weltkrieges ihre europäische Hauptkonkurrenz (Reuter, AFP, dpa) überwindet und die in der UNESCO-Verfassung großgeschrieben worden war. Heute dient die Neubelebung der überholten Formel einesteils dazu, den Gegenschlag gegen die Unprivilegierten der neokolonialen Weltinformations- und Weltwirtschaftsordnung zu führen, d.h. die Medien-Übermacht des „Informationsimperialismus“ zu zementieren.

Die Informationsverantwortliche des US-Außenministeriums Diana Dougan brachte das Interesse an der Kontrolle grenzüberschreitender Datenflüsse so auf den Punkt: „Information ist Macht – wertvoller als Öl, kostbarer als Gold.“^{13a}

Andernteils kommt eingangs der 80er Jahre hinzu, daß die Westmächte als Verfügungsgewaltige über die neuartigen Informations- und Kommunikationstechnologien – die von grenzüberschreitenden Datenbanken bis hin zu satellitengestützten Fernmeldenetzen, Fernsehübertragungen und Fernerkundungen (Energie-, Rohstoffressourcen der Dritten Welt!) reichen –, an anderweitigen Grundsatzentscheidungen der Vereinten Nationen rütteln.

1972 bereits hatte die UN-Vollversammlung zum Einsatz und Nutzungsrecht von Funksatelliten in einer Resolution (bei 1 Gegenstimme: USA) vorgegeben,

Resolution zur UNESCO Jakarta-Konferenz der Nichtpaktgebundenen

Am 26.-30. Januar 1984 fand in Jakarta (Indonesien) eine Konferenz der Informationsminister von über 60 nichtpaktgebundenen Staaten statt. U.a. verabschiedeten sie einen Appell an die Massenmedien und eine Resolution zur Unterstützung der UNESCO.

Die Konferenz der Informationsminister, **erinnernd** an die Aktivitäten und systematischen Anstrengungen der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) für eine Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung (NIICO); (...)

besorgt feststellend, daß seit Jahren systematisch versucht wird, die UNESCO zu diskreditieren und ineffektiv zu machen, um die Durchsetzung einer NIICO zu verhindern; **überzeugt**, daß derartige Drohungen gegen eine internationale Organisation unakzeptabel sind und sich gegen die Entwick-

ziele der Bewegung, wie sie auf der Gipfelkonferenz 1973 in Algier angenommen wurden, sowie gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich der UNESCO richten;

überzeugt, daß die Unterstützung der Universalität der UNESCO und ihrer weiteren Effektivität mit den Grundsätzen und Zielen der Bewegung übereinstimmt,

1. bezeugt der UNESCO ihre Solidarität und lehnt Drohungen und Pressionen gegen die Organisation entschieden ab;

2. bekräftigt die Notwendigkeit, den universellen Charakter der UNESCO aufrechtzuerhalten;

3. drückt die volle Unterstützung für und das volle Vertrauen in den Generaldirektor der UNESCO aus, unter dessen Leitung Aktionsprogramme gemäß dem von den Mitgliedsländern der Organisation gegebenen Mandat ausgearbeitet wurden.

(Quelle: *Mainstream*, Delhi, 11.2.1984)

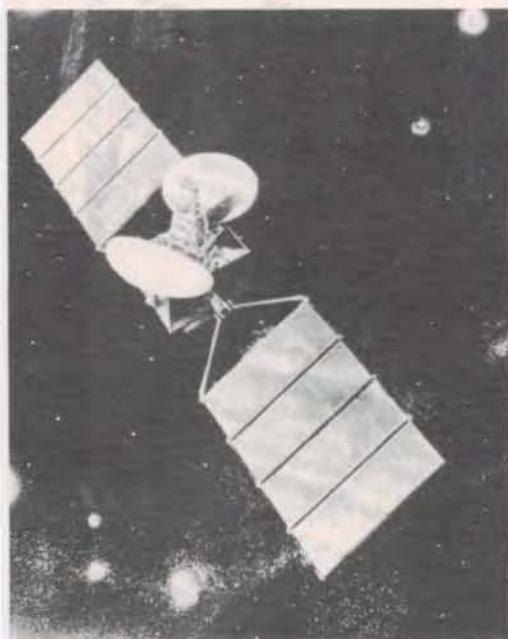
daß bei Satellitensendungen in das Hoheitsgebiet anderer Länder zwischenstaatliche Vereinbarungen vonnöten seien. Dieselbe Position bezog 1977 die Internationale Fernmelde-Union.

Im Dezember 1982 verabschiedete die UN-Vollversammlung entsprechende „Grundsätze“ für Fernsehsatelliten, in denen das Prinzip der vorherigen Zustimmung durch das jeweilige Empfängerland festgeschrieben wurde. Die hiermit festgeschriebene Vorrangigkeit der nationalen Souveränität und des Schutzes vor Überfremdung rief geharnischte Proteste der Verfechter des „freien Informationsflusses“ hervor. Unter den 13 Gegenstimmen fanden sich die USA, Japan, die BRD, Großbritannien und das Gros der EG (Frankreich enthielt sich) ein.

...durch Satelliten, Computer

Die verstärkte Washingtoner-Propagierung des grenzüberschreitenden „freien“ Informations- und Telekommunikationsflusses der Multis in die Länder der Dritten Welt¹⁴ stieß diese nachdrücklich darauf, sich stärker der nationalen Souveränitätsrechte (Nichteinmischungsprinzip) und der neuen Abhängigkeiten, die von der Computerisierung drohen, anzunehmen.

Die Nichtpaktgebundenen, eigentliche Initiatoren des Konzepts der NIICO, betonten auf ihrem Delhi-Gipfel im März 1983 das Erfordernis, „den Konsequenzen für die nationale Souveränität und wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer, die sich aus der Nutzung des geostationären Orbits (über dem Äquator plazierte Satelliten; d. Red.) und der Regulierung des elektro-



ernsehsatellit TV-Sat



Eine Konferenz über die Neue Internationale Informationsordnung veranstaltete vom 29. November - 2. Dezember 1984 in Kabul die Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO). Die Teilnehmer aus über 30 Ländern verabschiedeten neben einer Unterstützungsbotschaft an UNESCO-Generaldirektor M'bow die hier dokumentierte Abschlussklärung.

(...) Die Teilnehmer bekundeten ihre Entschlossenheit, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um das Monopol der westlichen Medien zu beenden, das diese dazu nutzen, die Regierungen und Völker der Dritten Welt als Wilde oder Kinder oder sogar Terroristen darzustellen, da sie nicht die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft der imperialistischen Hauptmächte akzeptierten. Sie stellten die große politische Wichtigkeit der Frage des internationalen Informationsaustauschs heraus, besonders, daß diese Vorherrschaft im Zuge der „Kommunikationsexplosion“ und der ungleichen Verteilung ihrer wissenschaftlichen und technologischen Früchte, zu einer immer größeren Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern auf diesem Gebiet führt.

Besonders hervorgehoben wurde der Informationsimperialismus, das Monopol der transnationalen Gesellschaften an den Massenmedien, deren Einfluß auf seine Entwicklung sowie der Einsatz ihrer wachsenden Stärke zur Untergrabung der öffentlichen Meinung in den Entwicklungsländern.

Durch ihre Aktivitäten und ihren Einfluß verfolgen die westlichen Informationsmonopole auf arrogante und rassistische Weise ihre Politik des Neokolonialismus und Militarismus. Sie fügen dem Kampf der Völker in den Entwicklungsländern, die darum ringen, ihre politische Unabhängigkeit und Souveränität zu wahren und unabhängige Volkswirtschaften aufzubauen, großen Schaden zu. Damit schaden sie auch den Interessen der breiten Massen in den westlichen Ländern selbst.

Die Teilnehmer unterstrichen ferner die Wechselwirkung zwischen Unabhängigkeit, der Entwicklung der vor kurzem unabhängig gewordenen Länder und der Entkolonisierung der Massenkommunikationsmittel. Ohne eine entsprechende Entwicklung der Massenmedien ist sozialer Fortschritt heute undenkbar. Eine solche Entwicklung hängt allerdings von den sozialpolitischen Optionen der Entwicklungsländer ab. Informationsunabhängigkeit wird zwangsläufig von der antiimperialistischen, fortschrittlichen Politik abhängen, die das jeweilige Land auf allen Gebieten menschlicher Aktivität verfolgt. (...)

Die Teilnehmer warnten vor der imperialistischen Kulturinvasion, die eine reale Bedrohung der Werte, kulturellen Identität und wahren Unabhängigkeit der Entwicklungsländer darstellt.

Die Teilnehmer merkten ihre Wertschätzung an für die von der UNESCO und der UNO unternommenen Schritte zur Unterstützung der gerechten Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Informationsordnung. Sie verurteilten die subversiven Aktionen der imperialistischen Mächte gegen die Bemühungen der UNESCO und der UNO.

In diesem Zusammenhang appellierten sie an

alle Nationen, geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der UNESCO zu erwägen, die den Drohungen der USA und Großbritanniens ausgesetzt ist, diese internationale Organisation zu verlassen.

Die Teilnehmer äußerten ihre Unterstützung für das Internationale Programm für die Entwicklung der Kommunikation (IPDC) der UNESCO und deren Bemühungen um die Förderung regionaler Nachrichtenagenturen in Afrika, Asien und Lateinamerika wie PANA, FANA, OANA, ASIN und ALASEI ebenso wie nationaler Massenmediensysteme in den Entwicklungsländern.

Sie teilten die Ansicht, daß IPDC, PANA, FANA und OANA mehr finanzielle, technische und moralische Unterstützung in jeder möglichen Form erhalten sollten, Stipendien für Journalisten und Kommunikationsexperten eingeschlossen.

In diesem Zusammenhang unterstrichen die Teilnehmer die Notwendigkeit, daß die Entwicklungsländer ihre Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern verringern, indem sie sich um alternative Technologien sowie um moderne Ausrüstungen und Systeme von befreundeten Ländern bemühen, welche die gerechte Forderung nach einer gleichgewichtigen Verteilung der Information im Interesse aller Völker unterstützen.

In diesem Zusammenhang betonten die Teilnehmer die fruchtbare und effektive Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und sozialistischen Ländern als ein Beispiel für gegenseitig vorteilhafte und gerechte Beziehungen, die zur Entwicklung nationaler unabhängiger Informationssysteme beitragen.

Die Teilnehmer hoben die enge Verbindung zwischen der Errichtung einer Neuen Internationalen Informationsordnung, der Festigung des Weltfriedens und der Förderung der Abrüstung hin.

Eine Neue Informationsordnung sollte eine demokratisch-fortschrittliche sein, die den gesellschaftspolitischen Bestrebungen aller Völker entspricht und die gegen die imperialistische Hegemonie und ihre aggressiven Pläne gerichtet ist, die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu unterwerfen. Aus diesem Grund, so erklärten die Teilnehmer, ist es notwendig, daß alle nationalen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte höchst wachsam gegenüber den Manövern der imperialistischen Länder, vor allem der USA, sind, die sich jeder wirklichen Veränderung des gegenwärtigen Zustands des Massenkommunikationswesens heftig widersetzen.

Die Teilnehmer lenkten die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die weltweite ungehinderte Verbreitung von Informationen nur auf den Prinzipien der Respektierung der nationalen Souveränität aller Staaten und der Nichteinmischung in ihre innere Angelegenheiten beruhen kann. (...)

nisch-magnetischen Spektrums (Aufteilung der Fernmelde- bzw. Sendefrequenzen; d. Red.) ergeben und die von äußerster Wichtigkeit für die Informationsverbreitung im Welthandel, Geschäftsverkehr und Austausch sind, sorgfältige Aufmerksamkeit zu schenken".¹⁵

Die Nichtpaktgebundenen-Konferenz der Informationsminister vom Februar 1984 in Jakarta stellte fest, daß sich im Zuge des technologischen Schubs die Kluft zwischen dem westlichen Informationsmonopolisten und Entwicklungsländern eher vertieft habe.

Die Nutzung der neuartigen Kommunikationstechnologien aber dürfe nicht um den Preis der nationalen Entscheidungsfähigkeit und der NIICO-Kernziele erfolgen, voran jener Aktivitäten, die „zur Überwindung der bestehenden Mißverhältnisse und Ungleichgewichte ... sowie zur Überwindung der Monopole“ beitragen. Und die seit Jahren systematisch betriebene Kampagne gegen die UNESCO sei gerade darauf ausgerichtet, „die UNESCO zu diskreditieren und ineffektiv zu machen, um die Durchsetzung einer NIICO zu verhindern“.¹⁶

Coup gegen die UNO

Diese von der Reagan-Administration angeführte Desinformationskampagne 1983/84 gegen die UNESCO diente nicht zuletzt der psychologischen Einstimmung (siehe Kommentar) auf den nun wahrgemachten Austritt der USA und ihrer imperialistischen Gefolgschaft. Damit ist es allerdings nicht getan. Denn die UNESCO-Austritte sind ein exemplarischer Schlag auch gegen die Vereinten Nationen als Ganzes, gegen die dort seitens einer deutlichen Mehrheit von Dritter Welt und sozialistischem Lager verankerten Vorhaben der Demokratisierung der Weltwirtschafts- und Informationsordnung.

Die Austritte müssen schließlich als ein Anschlag gegen die UNO als das universelle Forum für Frieden, Abrüstung und Antiinterventionismus verstanden werden. Denn die UNESCO hat sich in außerordentlichem Maße der Verteidigung des Friedens verpflichtet, ja dies zur Erstaufgabe der Medien und Informationsträger (siehe Medien-Deklaration, MacBride-Bericht usw.) überhaupt erklärt.

Insofern ist der Coup der Reagan, Thatcher, Kohl zum Jahreswechsel als ein weiteres Kettenglied ihres globalen Konfrontationskurses einzuordnen. Bundeskanzler Helmut Kohl kann man dabei keineswegs vorhalten, er sei seiner Sache als Anwalt der Medienmultis untreu geworden, war er doch in unnachahmlicher Manier vor dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger bereits im Sep-

tember 1983 in Bonn der jetzigen Austrittsdrohung vorausgeeilt: „Die Bundesregierung bekennt sich ohne Wenn und Aber zum Grundsatz des freien Informationsflusses über die Grenzen.“¹⁷

Sein Außenminister Genscher dürfte es dagegen schwer haben, nicht wie der Dämmere dazustehen.

„Verpulvertes“ Geld

Den Widerspruch nämlich zwischen seinem Drohbrief vom Dezember 1984 an M'Bow und seinen Aussagen namens der sozialliberalen Koalition vor der UNESCO-Generalkonferenz im Jahr 1978 wird er kaum auflösen können: „Der freie Informationsfluß zwischen den Völkern ... soll reziprok sein, soll Austausch sein... Die Aufgabe ... lautet hier, eine Teilung der Welt in Informationsgeber auf der einen Seite und Informationskonsumenten auf der anderen Seite zu verhindern... Mein Land tritt entschieden ein für einen gleichgewichtigen Informationsaustausch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.“¹⁸

Im Dezember 1984 sperrte der Haushaltsausschuß des Bundestages — übrigens mit den Stimmen der SPD — einen Teil der für dieses Jahr fälligen Zahlung (8,1 Mio DM, die zusätzlich zum Grundbeitrag von 40 Mio DM anstehen) an die UNESCO.

Der CSU-Abgeordnete Rose verkündete vor dem Bundestag, die CDU/CSU sei für den UNESCO-Austritt zum Jahresabschluß, falls keine „echte Reform“ komme. Denn die Beitragszahlung bringe „der Steuerzahler zu mühsam auf, als daß sie in der Nähe des Eiffelturms oder in rüder Politikhetze gegen den Westen verpulvert werden dürften.“¹⁹

Anmerkungen:

- 1) Nach: Le Monde (LM), Paris, 26.12.1984 und Der Spiegel, 21.1.1985
- 2) Ebenda, 1.1.1985
- 3) Zit. nach: Außenpolitik, Nr. 3/1984, S.268
- 4) Zit. nach: LM, 1.1.1985; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 23.11.1984; Time, New York, 31.12.1984
- 5) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.1984
- 6) Angaben nach: Außenpolitik, a.a.O., S. 266ff.; Le Monde Diplomatique, Paris, Januar 1985, S.28
- 7) IHT, 14.12.1984
- 8) Laut: Newsweek, New York, 17.12.1984
- 9) Vgl. J. Becker, Vom Vorteil zur Unabhängigkeit. Konflikte auf dem Weg zu einer Neuen Internationalen Informationsordnung, in: R. Steinweg (Red.), Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung, Frankfurt/M. 1984, S. 16-44, hier S. 27ff.
- 10) Siehe ausführlich: C.J. Hamelink, Informationstechnologie im Nord-Süd-Konflikt, in: R. Steinweg, Medienmacht..., a.a.O., S. 115-147, hier S. 116ff.
- 11) Wortlaut in: E. Hofmann, Medienfreiheit? Anspruch und Wirklichkeit, Schotter 1981, S. 123-129, hier S.127
- 12) Wortlaut siehe: ebenda, S. 157-191
- 13) Ebenda, S.126
- 13a) South, London, März 1984, S.52
- 14) In einem Bericht des US-Außenministeriums vom August 1981 findet sich die entsprechende Empfehlung, „das Prinzip des freien internationalen Flusses von Informationen und Ideen stärker zur Anwendung zu bringen. Das schließt die Anwendbarkeit dieses Prinzips auf die neu entstehenden Kommunikations- und Informationstechnologien ein.“ Zit. nach: J. Becker, Vom Vorteil..., a.a.O., S.29
- 15) 7th Non-Alignment Summit, Political Declaration, Paragraph 173 on the New World Information and Communication Order, Delhi, 7.-12.3.1983
- 16) Mainstream, Delhi, 11.2.1984
- 17) Bulletin, Bonn, Nr. 100, 30.9.1983
- 18) Ebenda, Nr. 123, 31.10.1978
- 19) Das Parlament, Bonn, Nr. 51-52/1984, S.17



Che Guevara

DER NEUE MENSCH

Erstmalig in deutscher Sprache

Die neue Gesellschaft, für die Ernesto Che Guevara, der „Revolutionär ohne Grenzen“, sein Leben lang kämpfte, erfordert die völlige Überwindung jahrhundertelanger Unterdrückung und Ausbeutung und die grundlegende Veränderung der Formen menschlichen Zusammenlebens. Aber damit allein ist es noch nicht getan: Wer die Welt verändern will, der muß auch den Menschen verändern.

Che Guevaras Entwürfe für ein Leben in der Zukunft, die hier erstmals in deutscher Sprache erscheinen, bieten wichtige Ansätze zur Diskussion über Chancen und Perspektiven einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Ernesto Che Guevara
DER NEUE MENSCH
Entwürfe für das Leben in der Zukunft
176 Seiten, 12,80 DM

Im Buchhandel erhältlich Postfach 789, 4600 Dortmund

WELTKREIS



US-Informationsagentur (USIA: „Erklärt die amerikanische Politik, entlarvt die kommunistische Propaganda“) Wegbereiterin von US-Überfällen (r.)

Nico Biver

Psychologische Kriegführung gegen Nikaragua

„Ohne militärische Stärke ist 'containment' (US-Politik zur sog. Eindämmung des Kommunismus; d. Red.) nichts als eine Politik des Bluffes. Aber eine alleinige Konzentration auf die militärischen Aspekte des 'containments' führt zu nichts. 'Containment' ist auch der politische Kampf um die Köpfe der Menschen im eigenen Land und im Ausland.“¹

Diese Definition psychologischer Kriegführung stammt von Walter S. Laquer, Mitarbeiter des „Center for Strategic and International Studies“ in Georgetown. Diese ultrakonservative „Denkfabrik“, die der Reagan-Administration zuarbeitet, ist auf psychologische Operationen spezialisiert.

In der Tat sind die Desinformationspraktiken Washington nicht losgelöst zu sehen von militärischen Maßnahmen, denn sie dienen dazu, Kriege politisch führbar zu machen und den Gegner zu schwächen.

Sie richten sich deshalb sowohl an die Bevölkerung und die Entscheidungsträger im eigenen Land, als auch an die Weltöffentlichkeit und die Menschen im Lande des Gegners.

Der Stellenwert psychologischer Kriegführung hat vor allem wegen der Widerstände gegen die globale Konfrontationspolitik der Reagan-Administration zugenommen. Die Völker und Teile der Herrschenden in den verbündeten Staaten, aber auch in den USA selbst, müssen erst für diese Politik gewonnen werden. Das Feindbild in den Köpfen der Menschen, das in der Zeit der Entspannungspolitik gelitten hatte, soll wieder aufpoliert werden.

Dies gilt nicht nur für die Politik gegenüber den sozialistischen Ländern, son-

dern auch für den Umgang mit den revolutionären Staaten und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

Seit dem Machtantritt der Reagan-Administration konzentriert sich ein Hauptteil der diesbezüglichen propagandistischen Maßnahmen auf das revolutionäre Nikaragua. Die Mittel und Methoden der psychologischen Kriegführung sind in diesem Fall im großen und ganzen dieselben, die angewandt werden, um der Welt die Hochrüstung der USA schmackhaft zu machen.

Grundlage für psychologische Operationen sind in der Regel die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) der USA. Umgesetzt werden sie über staatliche Einrichtungen sowie über, der Reagan-Politik freundlich gesonnene, Personen, Organisationen, Unternehmen, Medien usw.

Medienmulti CIA

Die aktivste und die koordinierende Rolle kommt dabei dem Geheimdienst CIA zu.

Nach unvollständigen Angaben eines US-Senatskomitees zur Untersuchung der Aktivitäten des CIA aus dem Jahre 1975 besitzt der CIA 200 Verlage, Zeitschriften und Nachrichtendienste. Die New York Times fügte 1977 noch weitere 50 dazu. Allein 1.000 Bücher werden im Jahr vom CIA herausgegeben. 400 Journalisten stehen in seinen Diensten. Schätzungsweise 3,5 Mrd Dollar gibt dieser Geheimdienst jährlich für Propaganda aus.²

In das Desinformationssystem reihen sich weitere Medien ein, die nicht oder

nicht mehr direkt unter Kontrolle des CIA stehen, aber allemal von der Regierung kontrolliert werden. Dazu gehört die „Stimme Amerikas“ (VOA), die wöchentlich fast 1.000 Programmstunden in mehr als 40 Sprachen ausstrahlt, sowie die US-Informationsagentur (USIA).

Unter staatlicher Kontrolle sind bei der USIA die Informations-, Bildungs- und Kulturaktivitäten im Ausland konzentriert. Die USIA beschäftigt 8.700 Menschen und unterhält 202 Filialen in 124 Ländern.³ Zu den staatlichen Desinformationsorganen gehören außerdem die US-Botschaften sowie die Medien der US-Streitkräfte im In- und Ausland.

Begleitet und unterstützt werden die staatlichen Desinformationstätigkeiten durch Institute, Stiftungen und Komitees der extremen Rechten. Personell verflochten und finanziell unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex (MIK) und der Reagan-Administration versuchen sie mit Studien und Kampagnen Einfluß auf Politiker, Meinungsführer, aber auch auf die Bevölkerung im In- und Ausland zu nehmen.

Zu den „wissenschaftlichen Organisationen“ gehören die Hoover Institution (1919 als Reaktion auf die russische Oktoberrevolution gegründet), das American Enterprise Institute, das Center for Strategic and International Studies sowie die Heritage Foundation. Zu den politischen Gruppen zählen das Komitee für die gegenwärtige Gefahr (Reagan zählte zu den Gründern), die Koalition Frieden durch Stärke u.a.

Zu zwei Bereichen von entscheidender Bedeutung für die „Eindämmung“ der Revolution in Lateinamerika (Religion

und Arbeiterbewegung) arbeiten spezialisierte Institute. Das mit dem CIA und dem US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO verbundene und staatlich unterstützte Institut für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD) beschäftigt sich mit dem Aufbau und der Unterstützung rechter Gewerkschaften in Lateinamerika.

Das Institut über Religion und Demokratie wurde 1981 gegründet, als Reaktion auf die verstärkte Teilnahme von Christen am revolutionären Prozeß in Lateinamerika und auf die antiinterventionistische Haltung einiger US-Kirchen.

Beide Institute reihen sich ein in eine Beeinflussungspolitik wie sie schon im Geheimdokument des Komitees von Santa Fé von 1980 festgelegt wurde. In diesem Papier, das die Leitlinien Reaganscher Lateinamerikapolitik vorformulierte, heißt es u.a.: „Die Außenpolitik der USA muß damit beginnen, der Theologie der Befreiung, wie sie in Lateinamerika durch den Klerus der 'Theologie der Befreiung' angewendet wird, zu begegnen (und nicht nur im Nachhinein zu reagieren).“⁴

Zum Bereich Gewerkschaftsbewegung wird vorgegeben: „Die USA, die gemeinsam mit und mittels des AFL-CIO und anderen unabhängigen Arbeiterorganisationen arbeiten, werden die freie Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika fördern...“⁵

Nikaragua wird bedrohlich

Als Hindernis für die Durchsetzung der Konfrontationspolitik entpuppten sich Teile der nationalen und internationalen Informationsmedien. Auf internationaler Ebene sollen die Kanäle für die Propaganda Washingtons weiter offengehalten werden. Diese Politik äußert sich im Kampf gegen eine Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung (NIICO) und hat ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem Austritt der USA aus der UNESCO erreicht (siehe Beitrag von W. Brönnner).

Auf nationaler Ebene geht es darum, die letzten kritischen Medien, insbesondere Presseorgane, mundtot zu machen. „Die Formulierung der US-Politik“, so das Santa Fé Papier, „muß von der Propaganda freigehalten werden, die von den Massenmedien verbreitet wird und von Kräften ausgeht, die den USA ausdrücklich feindlich gegenüberstehen.“⁶ Hierbei handelt es sich um eine maßlose Übertreibung. Denn der übergroße Teil der Medien und Nachrichtenagenturen der USA sind treue Erfüllungsgehilfen Reaganscher Politik. Einige Medien stehen sowieso auf den ideologischen Positionen der Reagan-Administration. Andere arbeiten eng mit dem CIA zusam-

men, beschäftigen CIA-Journalisten und übernehmen bedenkenlos seine offene (sog. weiße) Propaganda. Manche sind vom CIA unterwandert oder fallen auf verdeckte Desinformation des CIA herein. Dies sind vor allem Informationen, bei denen die Autorenschaft des CIA nicht bekannt ist (graue Propaganda) oder wo sie dem Gegner zugeschrieben wird (schwarze Propaganda).

Wichtigste Ursache für die regierungstreue Berichterstattung der Massenmedien und der Nachrichtenagenturen ist, daß es sich bei ihnen – ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Akzentsetzungen und Positionen – selbst um kapitalistische Unternehmen handelt, die wenig Interesse an revolutionären Wandlungen in Lateinamerika haben. Kontroversen finden allenfalls über die Mittel und Wege zu ihrer Durchsetzung statt.

Bei den Massenmedien kommt noch dazu, daß sie über Elektronikkonzerne mit dem MIK verflochten und vom Anzeigenaufkommen der Multis abhängig sind. Die Journalisten schließlich haben sich nach den Wünschen der Medien zu richten. Die Medien müssen sich natürlich auch an das durch die Reagansche psychologische Kriegführung geprägte Massenbewußtsein und an die so diktieren Themen anpassen, wenn sie weiter im Geschäft bleiben wollen.

Daß trotzdem einige kritische Blätter übrigbleiben, die sich vor allem an gebildete Schichten wenden, ist wesentlich der Konkurrenz geschuldet. Was für die Boulevard-Blätter „sex and crime“ ist, sind für Time, Newsweek, New York Times oder Washington Post die Aufdeckung illegaler Regierungspraktiken und Bestechungsskandale. Dem Konkurrenzverhältnis zwischen diesen Blättern ist es geschuldet, daß dann und wann die verdeckten Aktionen des CIA in Nicaragua ein offenes Geheimnis werden.

Die Absicht, die sandinistische Revolu-

tion rückgängig zu machen, einen Sieg der Befreiungsbewegung in El Salvador zu verhindern und Kuba zu isolieren, machte den vollen Einsatz des Instrumentariums der psychologischen Kriegführung notwendig. Die Reagan-Administration steht hierbei vor dem Problem, der eigenen und der Weltöffentlichkeit klarzumachen, daß das kleine und unterentwickelte Nicaragua eine Bedrohung für die USA darstellt.

Außerdem gilt es der US-Bevölkerung die Meinung auszutreiben, daß eine Invasion in Mittelamerika zu einem ähnlichen Desaster führen könnte wie der Vietnamkrieg (1964-73).

Der nikaraguanischen Bevölkerung schließlich muß deutlich gemacht werden, daß sie eine Diktatur mit einer anderen vertauscht hat. Die psychologischen Operationen sind dabei nur Element – allerdings ein unverzichtbares – eines Maßnahmeplans zum Sturz der sandinistischen Regierung.

Den Startschuß dazu gab ein Destabilisierungsplan des NSC, der am 14.2.1982 vom US-Präsidenten gebilligt wurde. Er sieht sowohl den Aufbau der „Contras“, wirtschaftliche und militärische Druckausübung, Geheimdienstaktivitäten, Invasionsplanungen als auch Propagandaanstrengungen vor.⁷

Dieser NSDD 17 genannte Plan wurde bereits im April 1982 aktualisiert. In diesem neuen Dokument des NSC wird eine „Beschäftigung mit dem Öffentlichkeitsaspekt des Mittelamerikaproblems durch eine konzertierte Aktion zur Information der Öffentlichkeit“ gefordert.⁸

Militärische, wirtschaftliche, diplomatische und propagandistische Maßnahmen bedingen sich dabei gegenseitig. So verschlechtert beispielsweise der wirtschaftliche Boykott die Versorgungslage, was wiederum den Boden dafür bereiten soll, durch antisandinistische Propaganda Unzufriedenheit zu erzeugen. Dies wiederum wird den Widerstand gegen eine Invasion verringern.

Sowjetischer Frachter nach der Ankunft in Corinto – ohne MiGs



Hauptthema antisandinistischer Propaganda sind die Beziehungen Nikaraguas zu Kuba, zur Sowjetunion und zur Befreiungsbewegung El Salvadors. Ziel der Desinformation ist es, Nicaragua als Erfüllungsgehilfen der Sowjetunion bei der Ausbreitung der mittelamerikanischen Revolution bis zu den Grenzen der USA darzustellen. Die Gleichstellung Nicaragua-Sowjetunion hat vor allem den Vorteil, daß man an das tiefverwurzelte Feindbild Sowjetunion anknüpfen kann. Die bisher wichtigsten Vorstöße in diese Richtung waren die Vorlage des Weißbuchs „Kommunistische Intervention in El Salvador“ am 23.2.1981. Es sollte die Weiterleitung kubanischer Waffen über Nicaragua an die Befreiungsbewegung El Salvadors belegen (siehe AIB 6/1981, S.6). Das Thema des Exports der Revolution ist auch heute noch eine der Hauptbegründungen für Reagans Interventionspolitik gegen Nicaragua.

Achse Nicaragua-Sowjetunion

Auch die Bonner Regierung führt dies immer wieder als Grund für die Einstellung der Entwicklungshilfe an Nicaragua an. Und dies, obgleich dafür noch kein Beweis erbracht wurde. Es wurde im Gegenteil von einem ehemaligen CIA-Agenten, der die nikaraguanischen Waffentransporte ausmachen sollte, widerlegt.

„Beweise“ für die sowjetisch-kubanische Militärpräsenz und Aufrüstung Nikaraguas legt das US-Außenministerium reihenweise vor.

So wurden bereits am 9.3.1982 der Weltöffentlichkeit Luftaufnahmen vorgeführt, auf denen mehrere sowjetische Hubschrauber und Panzer, Kasernen nach kubanischem und Hindernisstreifen nach sowjetischem Muster zu sehen waren. Wiederholt wurde auch die Präsenz von 4.000 kubanischen und 200 sowjetischen Militärberatern behauptet. Ziel dieser Desinformation ist es nicht nur Nicaragua als einen sowjetischen Stützpunkt und damit als Bedrohung der USA hinzustellen, sondern auch Nicaragua dazu zu zwingen vom Kauf sowjetischer Waffen für seine Verteidigung abzusehen.

Besonders deutlich wird dies bei der Kampagne um den Kauf sowjetischer MiG-Flugzeuge, die angeblich das militärische Gleichgewicht in der Region stören würden. Der bisherige Höhepunkt wurde am 6. November 1984 erreicht, als die US-Regierung verbreiten ließ, ein sowjetisches Schiff mit MiG-Flugzeugen an Bord würde Nicaragua anlaufen. Zwar entpuppte sich das Ganze schließlich als eine Ente, doch beherrschte das Thema tagelang die Schlagzeilen. Es wurde schließlich weitergesponnen, in dem die

Aufmerksamkeit auf die nikaraguanische „Überrüstung“ und die Verbindungen zur Sowjetunion gelenkt wurde.

Nach Aussagen von Vertretern der Reagan-Administration war der Versuch, „Nicaragua als eine mögliche Basis für die Ausbreitung sowjetischer Macht in der westlichen Hemisphäre“ darzustellen, „Teil einer Anstrengung, um den Kongreß und die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die USA ihre Unterstützung für die nikaraguanischen Rebellen wieder aufnehmen und weiterhin diplomatischen und militärischen Druck auf Nicaragua anwenden sollten, um sein Verhalten zu ändern“.⁹

Ein weiteres Ziel bestand darin, die Berichterstattung über die Wahlen in Nicaragua vom 4.11.1984 in den Hintergrund zu drängen.

Obwohl eine internationale Kampagne beschlossen worden war, um die Wahlen zu diskreditieren – die Washington Post enthüllte am 6.11.1984 ein entsprechendes NSC-Dokument – an der Politiker, Journalisten, Gewerkschafter und Botschafter beteiligt waren, war dies nicht vollständig gelungen.

Dabei hatte monatelang das Tauziehen um den Wahlboykott von vier nikaraguanischen Rechtsparteien die Medien beherrscht. Dieses vom CIA inszenierte Manöver, dem sich jedoch zwei weitere Rechtsparteien trotz Bestechung nicht oder zu spät anschlossen, wurde anschließend von der US-Regierung und den Medien als Beweis für eine angebliche Wahlfarce angeführt.

Die selbstinszenierte „Wahlfarce“

Obwohl vorwiegend an die Weltöffentlichkeit gerichtet, verfehlen die genannten psychologischen Operationen auch innerhalb Nikaraguas ihre Wirkung nicht. Die vermeintliche Achse Nicaragua-Kuba-Sowjetunion soll den unter Somoza gezeugten Antikommunismus mobilisieren. Die Kampagne um die Wahlen hat der zivilen Konterrevolution im Lande einen größeren Spielraum verschafft.

Dies ist von Bedeutung für die Beeinflussung der nikaraguanischen Bevölkerung. Die nach Nicaragua hineinwirkenden Operationen folgen dem Schema der im „Field Manual Psychological Operations (FM 33-5)“ der US-Armee festgehaltenen Grundsätze: „Die Uneinigkeit zwischen den militärischen und politischen Institutionen stimulieren; das Vertrauen in die Führung untergraben; die Abneigung von seiten religiöser, ethnischer, politischer, wirtschaftlicher und anderer Elemente gegen die Regierung oder untereinander fördern; wohlgesonnene Führer stärken und feindliche schwächen.“¹⁰

Spaltungsversuch mittels der kostarikanischen Presse: „Weder Cruz noch Ortega. Borge muß die Revolution retten.“

Von diesen Maßnahmen machen die USA und die konterrevolutionären Kräfte ohne Ausnahme Gebrauch. Wichtigstes Mittel für innere psychologische Operationen ist die Zeitung „La Prensa“, seitdem alle fortschrittlichen Journalisten gefeuert wurden. Sie erfreut sich nicht nur der Unterstützung aus den USA, sondern auch aus der BRD. So griff ihr die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP mit 500.000 Dollar unter die Arme. „La Prensa“ ist in der Führung der von US-Pressekonzernen beherrschten und von CIA-Agenten durchsetzten Interamerikanischen Pressevereinigung (IAPA) vertreten.

Die IAPA organisierte bereits die Propaganda des „El Mercurio“ gegen die Regierung Allende (1970-73) in Chile und des „Daily Gleaner“ gegen die Regierung Manley auf Jamaika – erfolgreich.

Innenmedium „La Prensa“

„La Prensa“ legt es nicht nur darauf an, die Regierung offen zu kritisieren und Falschmeldungen zu verbreiten. Durch die bei „El Mercurio“ vorexerzierte Kombination von bestimmten Bildern, religiösen Symbolen, Überschriften und Texten soll beim Leser unbewußt eine Antipathie gegen die Revolution erzeugt werden (siehe AIB 5/1982, S. 10ff.).

Durch die Zensur – sie wurde inzwischen wieder gelockert – konnte dem teilweise vorgebeugt werden. Vor allem aber hat die Aufklärung über die Praktiken des CIA dazu geführt, daß die Auflage der Zeitung von 70.000 auf 40.000 zurückgegangen ist, während die der Sandinista-Zeitung Barricada mittlerweile auf die 100.000 zugeht.

Ein weiteres Mittel der inneren und äußeren psychologischen Kriegführung ist die Kirche Nikaraguas. Mit der Kam-



Die innere „Contra“: Pedro J. Chamorro (l), Direktor von „La Prensa“ und Arturo Cruz, Ex-Präsidentschaftskandidat der Rechten

pagne gegen die angebliche Verletzung der Religionsfreiheit durch die Sandinistas soll nicht nur die Revolution diskreditiert, sondern auch die rechte Kirchenführung als politische Opposition geschützt werden.

Die Kirchenhierarchie ist sich der Unterstützung der Reagan-Administration ebenso sicher wie der des Papstes und von rechtsradikalen Organisationen, so des Instituts über Religion und Demokratie. Letzteres machte den Erzbischof Obando y Bravo zum ersten Träger seines Preises für Religionsfreiheit.

Die Bedeutung der Kirchenhierarchie für die Pläne Washingtons kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Sie vermag die religiösen Gefühle der Gläubigen für ihre politischen Zwecke umzumünzen. Aus diesem Grunde ist es auch notwendig, die Theologie der Befreiung, für die die Basiskirche steht, zu bekämpfen und ihre Repräsentanten in der Regierung zu disziplinieren (siehe AIB 11-12/1984, S. 77ff.). Da sie die Vereinbarkeit von Christentum und Revolution symbolisieren, wurde von der Kirchenführung ihr Rücktritt gefordert. Wegen ihrer Weigerung wurde der Erziehungsminister Fernando Cardenal aus dem Jesuitenorden – „unter Druck des Vatikans“, so die Jesuiten – ausgeschlossen.

Weniger erfolgreich als im religiösen Bereich hat sich die Reagan-Administration im Gewerkschaftssektor betätigt. Trotz massiver Unterstützung aus dem Ausland sind die beiden rechten Gewerkschaften Nikaraguanische Arbeiterzentrale (CTN) und Föderation der Gewerkschaftlichen Vereinigung (CUS) auf 2.700 bzw. 1.700 Mitglieder zusammengeschrumpft und zudem noch gespalten.

Seit 1965 hatte das AIFLD jährlich 100.000-150.000 Dollar für ihre Finanzierung von der staatlichen US-Agentur für Internationale Entwicklung (AID) erhalten. 5 Monate nach der Revolution bewilligte AID dem AIFLD 500.000 Dollar für Projekte „in der Karibik und Nicaragua“, im April 1981 weitere 350.000 Dollar nur für Nicaragua.¹¹

Trotz ihrer Bedeutungslosigkeit halten diese beiden Organisationen allemal her, um die Sandinistas der Verletzung der Gewerkschaftsfreiheit zu bezichtigen.

Themen waren das inzwischen wieder aufgehobene Streikverbot und die angeblichen Spaltungsversuche der Sandinistas. Letzter Anlaß waren die Differenzen innerhalb der CUS über ihre Position zum Wahlboykott.

Am 18. August 1984 hatten ca. 100 ihrer Mitglieder und Führungskräfte den Sitz der Gewerkschaft besetzt, um gegen den Pakt der Führung mit den Rechtsparteien zu protestieren. Als die Führung schließlich das Gebäude zurückzuerobern versuchte, wurde es kurzerhand von der sandinistischen Polizei geräumt und 14 Tage später an die gewählte Führung zurückgegeben. Diesen Vorfall nahm der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), dem die CUS angehört, zum Anlaß, vor der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) Klage gegen Nicaragua zu erheben.

Weiterhin werfen die psychologischen Krieger in Washington und ihre Gefolgsleute in aller Welt den Sandinistas vor, die Juden zu verfolgen, Menschen aus politischen Gründen einzukerkern und zu foltern und Rauschgift in die USA zu schmuggeln. Mehr Aufsehen erregt allerdings das Dauerthema Miskitos. Hier ist es nicht nur gelungen, einen Großteil der Indios für konterrevolutionäre Ziele einzuspannen, sondern auch Verwirrung bis hinein in die Solidaritätsbewegung zu stiften. Der Herzog-Film (gesendet in der ARD am 5.11.1984, 21.15 Uhr) und die Diskussion darüber ist ein beredtes Zeugnis dafür.

Wegen der geringeren Möglichkeiten, psychologische Operationen in Nicaragua selbst durchzuführen, verlegt sich die US-Regierung zunehmend auf die Nachbarländer. In Kostarika wurde jetzt ein Ableger der „Stimme Amerikas“ installiert, der nach Nicaragua hineinsenden soll.

Hier wurde auch der Versuch unternommen, einen Keil in die sandinistische

Führung zu treiben. In der Presse erschienen vor den nikaraguanischen Wahlen Großanzeigen, die zur Ernennung Tomas Borges zum Präsidentschaftskandidaten der Sandinistas aufriefen. Verantwortlich zeichnete ein „Komitee für den verlängerten Volkskrieg“.

Von Honduras senden außerdem Radios der „Contras“. Diese werden inzwischen direkt in die psychologische Kriegsführung eingebunden.

Ein Handbuch des CIA mit dem Titel „Psychologische Operationen im Guerillakrieg“, das für die „Contras“ erstellt wurde, machte in der zweiten Oktoberhälfte 1984 Furore. Grund dafür war vor allem, daß das Buch empfiehlt, Repräsentanten der Revolution „zu neutralisieren“. Daß die „Contras“ und der CIA morden und töten war bekannt.

Neu an dem Buch ist jedoch, daß es ein Leitfaden dafür ist, wie die „Contras“ mit psychologischen Mitteln das Vertrauen der Bevölkerung – was wohl ihr größtes Problem ist – gewinnen können. Die Empfehlungen reichen von Ratschlägen, was man bei Reden an die Bevölkerung beachten muß, wie man Probleme bestimmter sozialer Gruppen aufgreift und gegen die Sandinistas mobilisiert bis zu Vorschlägen zur Organisation von Massendemonstrationen.

Das Handbuch, das den „Contra“-Führern empfiehlt, sich daran zu erinnern, daß im 2. Weltkrieg „Infiltration und Diversionstaktik es den Deutschen ermöglichten, die Zielländer vor den Invasionen zu durchdringen“,¹² läßt nur eines außer Acht: daß Menschen nicht nur mit schönen Worten zu gewinnen sind, sondern vor allem mit Maßnahmen, die in ihrem Interesse liegen. Hier sind die Sandinistas allemal in der Vordergrund.

Anmerkungen:

- 1) Walter S. Laquer, Reagan and the Russians, in: Commentary, New York, Januar 1982, S.24
- 2) Angaben nach: Covert Action Information Bulletin (CAIB), Washington, Nr. 19, Frühjahr-Sommer 1983, S.6
- 3) Angaben nach: G. Grasnik/G. Seif, US-amerikanischer Apparat für psychologische Kriegsführung, in: IPW-Berichte, Berlin (DDR), Nr. 11/1984, S. 10-15, hier S.13 und 14
- 4) Geheimdokument des Komitees von Santa Fé, Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre, Frankfurt/M., o.J., S.12
- 5) Ebenda, S. 20
- 6) Ebenda, S. 12
- 7) Siehe: CounterSpy, Washington, Nr. 3, Mai-Juni/1982, S.17
- 8) New York Times, 7.4.1983
- 9) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 16.11.1984
- 10) CAIB, Nr. 16, März 1982, S.35
- 11) Angaben nach: NACLA. Report on the Americas, New York, Nr.1, Januar-Februar/1982, S.22
- 12) Operaciones Sicologicas en Guerra de Guerillas, o.O., o.J., S.52



Der Schrecken der Hamburger-Fans: Die Russen besetzen McDonalds

Kaltekriegsstück „Rote Flut“

„Eine klare Lektion für alle Zuschauer über die Bedeutung der Aufrechterhaltung der amerikanischen Stärke... Einer der realistischsten und provokativsten Filme, die ich je gesehen habe.“ Diese Schwärmerei für den US-Film „Die rote Flut“ (Red Dawn) stammt nicht etwa von einem Filmkritiker, sondern vom ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber und Ex-Außenminister Reagans, Alexander Haig.

Warum Haig so begeistert ist, macht der Inhalt des Films deutlich.

Nachdem die Sowjetunion bereits 400 Mio Chinesen gemordet hat und Westeuropa klein beigibt, werden Washington, Kansas City und Omaha mit Atombomben belegt. Sowjetische, kubanische und nikaraguanische Luftlandtruppen besetzen die USA und errichten eine Schreckensherrschaft. Geiseln werden erschossen, Frauen vergewaltigt, Umerziehungslager errichtet (in einem Autokino!). Und im Supermarkt gibts nur noch Lenin-Bücher.

Die Helden des Films, eine Handvoll Schüler, ziehen sich daraufhin in die Berge zurück, ausgerüstet mit Flinten, Bohnen und Coca Cola. Die „Wolverines“ (Werwölfe) wie sich die Schülergruppe nennt, beginnen einen Partisanenkrieg gegen die Besatzer.

Da diese nicht nur bössartig, sondern auch noch dumm und schlampig sind, ist es dann auch ein Kinderspiel sie zu besiegen.

Inszeniert wurde dieses Machwerk von John Milius, dem „Antikommunist Nr. 1 der amerikanischen Regisseure“ (Stern, 22.11.1984). Er bezeichnet sich selbst als „Zen-Faschist“ und nennt Hitler einen netten Burschen.

Für den politisch-strategischen Inhalt der „Roten Flut“ ist, als Chefberater des Filmteams und Aufsichtsratsmitglied der Produk-

tionsfirma MGM, niemand anders als Alexander Haig verantwortlich.

Wenn auch als Unterhaltungstreifen aufgemacht, erwartet jedoch den Zuschauer des Films eine psychologische und ideologische Kriegsvorbereitung, Kriegsängste und Freiheitswünsche besonders der Jugendlichen, auf die der Film zugeschnitten ist, werden für die Feindbildmache der Reagan-Politik ausgenutzt.

Die Filmhelden kämpfen nicht etwa gegen einen Feind vom anderen Stern, sondern gegen die von Reagan zum „Reich des Bösen“ erkorene Sowjetunion. Immer wieder wird Haß beschworen, der über den Kino-



besuch hinauswirken soll (Filmzitat: „Es tut gut zu killen“), Gewaltaktionen gegen Sowjetsoldaten werden gerechtfertigt und verherrlicht.

Wenn Russen, Kubaner und Nikaraguaner als eine rote Flut von Ungeziefer dargestellt werden, von denen die USA befallen werde, so soll das bewußt über die aggressive Politik der Reagan-Administration gegenüber diesen Ländern hinwegtäuschen. Weiterhin ist der Vorrang eines als eine Art Indianerspiel gewinnbarer 3. Weltkrieg völlig absurd, und verharmlost die wirklichen Gefahren.

Insgesamt also ein Film, der für alle Felder der momentanen US-Außenpolitik die Zuschauer mobilisieren soll. Nicht nur für Reagans Aufrüstungsprogramm und den Erstschock gegen die Sowjetunion, sondern auch für den Krieg gegen Nicaragua und Kuba sollen in den Köpfen der Zuschauer die Weichen gestellt werden.

Nur die Spitze des Eisbergs

Handelte es sich bei dem Film nur um einen Einzelfall, so wäre er keine langen Debatten wert. Er ist jedoch nur die Spitze eines Eisbergs.

Mindestens ein halbes Dutzend anderer Filme aus Hollywood nimmt sich des Themas Sowjetunion an. Gestrickt sind sie alle auf die gleiche Art, wenn auch der Antikommunismus je nach Zielgruppe mehr oder weniger derb ist. „Gulag“, „KGB – The Secret War“, „Read Heat“ und „The Final Option“ sind nur einige Beispiele aus dem Gruselkabinett des psychologischen Krieges. Nicht zuletzt die Mitwirkung eines A. Haig zeigt an: Hier wird ein Gutteil Reagan'scher Kriegsvorbereitung vorangetrieben.

„Die Rote Flut“ stellt einen Höhepunkt der Entmenschlichung des Gegners dar und definiert klar die Feinde, die es zu erledigen gilt. Obwohl von der amerikanischen Presse verrissen – die Los Angeles Times schreibt dazu: „Wenn man so einen Film mit soviel Lügen über Menschen und politische Realitäten machen kann, dann ist etwas essentiell Menschliches kaputtgegangen“ – so klingelten dennoch die Kassen der US-amerikanischen Kinos.

In der Bundesrepublik lief der Film dann als Weihnachtsbescherung 1984 an. Hatte man wohl auch hier auf volle Kinos und Zustimmung gesetzt, so stieß der Film jedoch auf scharfen Protest. Friedensinitiativen und andere demokratische Organisationen wehrten sich gegen das Machwerk.

Nicht wenige Eier und Farbbeutel flogen auf bundesdeutsche Leinwände. Wurde in vielen US-Kinos das Morden der „Werwölfe“ mit Gejohle begrüßt, so galt in manchem bundesdeutschen Filmtheater der Beifall den Kubanern und Russen. Auch die Presse war nicht gerade begeistert von diesem „ätzend bescheuernten“ (Spiegel, 24.12.1984) und „makabren Machwerk“ (Stern, 22.11.1984).

Durch zahlreiche weitere Aktionen wie Diskussion mit den Kinogängern, Flugblattverteilungen, Briefe an Politiker, Kinobesitzer, Presse und Rundfunk und Demonstrationen gelang es, daß der Film in ca. 50 Städten aus dem Kinoprogramm gestrichen oder erst gar nicht ins Programm aufgenommen wurde.

„Einer Minderheit ist es also gelungen, das Recht des Bürgers auf freie Information einzuschränken“, kommentierte Die Welt. Wenn psychologische Kriegführung zu einem Grundrecht werden soll, wird Widerstand zur Pflicht.

Petra Sittig

Martina Haun

Wahlsieg der Besatzer



US-Besatzungssoldaten auf Streife

„Am Montag, dem 3. Dezember 1984, hat die Bevölkerung auf Grenada ihre erste demokratische Wahl seit 1976 abgehalten. Diese Wahl stellt einen Erfolg von historischer Bedeutung dar – es war das erste Mal, daß ein Land zur Demokratie zurückkehrte, nachdem es von marxistisch-leninistischer Herrschaft befreit wurde. Die Vereinigten Staaten sind stolz darauf, daß sie an dieser Rückkehr der Demokratie nach Grenada Anteil hatten...“, so lautete die Glückwunschschaft Ronald Reagans „an das grenadische Volk“.¹

Grenada, das seit 15 Monaten von den USA besetzt ist, hat den US-Marines noch weitere Wohltaten zu verdanken. Die von der ehemaligen Revolutionären Volksregierung (PRG) eingeleiteten Entwicklungsmaßnahmen wurden gestoppt, die sozialen Errungenschaften beseitigt (siehe AIB 5/1984, S. 15ff.).

Die Arbeitslosigkeit stieg von 12% im Juli 1983 auf mittlerweile ca. 50% an. Kriminalität, Drogenmißbrauch, Prostitution, Hunger und Elend prägen das heutige Grenada. Noch immer kontrollieren 250 Soldaten aus den USA, 435 Soldaten und Polizisten aus den an der Invasion beteiligten karibischen Nachbarstaaten und Agenten des Geheimdienstes CIA das Land.

Dennoch ist es Washington bislang noch nicht gelungen, dieses kleine Land in eine funktionstüchtige US-Kolonie zu verwandeln.

Die Stagnation der Inselwirtschaft ließ Unmut und Unzufriedenheit unter den Grenadiern aufkeimen. Anti-US-amerikanische Losungen erschienen häufiger in der Öffentlichkeit.

In einigen Betrieben, u.a. in der Muskatnußindustrie, in der Niederlassung des Schuhkonzerns BATA und auf dem internationalen Flughafen kam es zu Protesten und Streiks. Die Arbeiter wandten sich gegen Lohnkürzungen und Streichungen einiger von der PRG eingeleiteter Maßnahmen zur materiellen und sozialen Absicherung der Arbeiter. Die Arbeiter des internationalen Flughafens streikten außerdem gegen das Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung.

Trotz Schulung und Unterstützung reaktionärer Gewerkschafter durch das CIA-nahe Amerikanische Institut für die

Der neue Premierminister Blaize beim Amtseid



Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD) und Abwerbekampagnen seitens der traditionell rechten Seeleute- und Hafenarbeitergewerkschaft (SWWU) gelang es nicht, die linken Gewerkschaften der Banken (BGWU) sowie des Handels und der Industrie (CIWU) zu zerschlagen.

Die großangelegten Kampagnen zur Anwerbung ausländischer Investoren, vor allem aus den USA, blieben bislang erfolglos. Lediglich eine Spielzeugfabrik siedelte sich an.

Interessenten gibt es eine ganze Reihe, jedoch ist diesen potentiellen Investoren die Liberalisierung der Steuer- und Investitionsgesetzgebung noch nicht weitgehend genug und die Infrastruktur nicht genügend entwickelt, um entsprechende Profite in Grenada zu erwirtschaften.

Die ca. 50 Mio Dollar, die von den USA bisher nach Grenada flossen, dienen in erster Linie dem Fertigung des internationalen Flughafens und der militärischen Ausrüstung des Landes. Die politische Instabilität, die die Investoren zudem abschreckte, erforderte die schnelle Durchführung von Wahlen.

Ein gutes halbes Jahr benötigte die Reagan-Administration, um eine ihnen genehme Partei zusammenzuzimmern. Nach langen Verhandlungen zwischen US-Diplomaten und ursprünglich vier konservativen Parteien gelang es im August 1984 auf der Nachbarinsel St. Vincent, unter Anwesenheit der Regierungschefs der karibischen Invasionsstaaten, die Neue Nationale Partei (NNP) zu gründen. Sie vereint drei Splitterparteien, die die Unterstützung der Mittelschichten, der Großgrundbesitzer und der städtischen Geschäftsleute genießen.

Die Wunschpartei der Besatzer

Zu ihrem Führer wurde Herbert Blaize ernannt, der schon einmal, von 1962-67 Premierminister der damaligen britischen Kolonie war.

Die NNP – im Volksmund als „no native Party“ (nicht einheimische Partei) bezeichnet – setzte sich sogleich für den Verbleib der US-Truppen und für die verstärkte Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem US-Kapital ein.

Für die USA stand von Anfang an fest, daß die NNP als Sieger aus den Wahlen hervorgehen mußte. Mit ihr sollte eine Partei an die Regierung kommen, die als sog. Zentrumspartei zum einen die Interessen der USA auf Grenada wahren sollte und zum anderen für die Weltöffentlichkeit und die grenadische Bourgeoisie akzeptabel war. Außerdem war die NNP nicht wie die Vereinigte Partei der Arbeit Grenadas (GULP) des ehemaligen Tyrannen Eric Gairy mit einer

diktatorischen Vergangenheit belastet. „Ein Sieg der Partei Gairys“, so ein einheimischer Geschäftsmann, „würde nur die Linken aus dem Tod erwecken und die Investoren vertreiben.“²

Als einzige fortschrittliche Partei kandidierte die am 27.5.1984 von ehemals führenden Mitgliedern der New Jewel Bewegung (NJM) gegründete Patriotische Bewegung Maurice Bishop (MBPM). Sie entschloß sich erst Ende Juli 1984, nach langen Auseinandersetzungen, für die Teilnahme an den Wahlen.

Die Frist für die Einschreibung in die Wahllisten war zu dieser Zeit bereits abgelaufen und viele der potentiellen MBPM-Wähler konnten sich nicht mehr registrieren lassen.

Die Teilnahme der MBPM begründete ihr Vorsitzender Kenrick Radix so: „Wegen der militärischen Besetzung des Landes, wegen des Verlustes unserer Unabhängigkeit, und weil sich ein neues koloniales Regierungssystem in Grenada etabliert. Das bedeutet, daß wir den Kampf für nationale Unabhängigkeit erneut aufnehmen müssen. Um einen Neubeginn zu legitimieren, müssen wir eben an den Wahlen teilnehmen. Wir hatten ja schon früher – 1976 – an den Wahlen teilgenommen. Damals – während der Diktatur unter Eric Gairy – hatten wir zwar Wahlen und dennoch hatten wir eine Diktatur.“³

Die Hauptforderungen der MBPM sind u.a. die Wiedererlangung der nationalen Souveränität und die Wiederaufnahme der während der Regierung Bishop eingeleiteten Wirtschafts- und Sozialprogramme (siehe Kasten).

Die Sicherung des Sieges der NNP prägte den Ablauf der Wahlfarce.

Ein neues Registrierungssystem, das mit Unterstützung von Barbados und Jamaika entwickelt worden war, sah die Bildung eines 135 Mann starken Teams und einer gleich großen Anzahl Photographen vor, die die Grenadier zu Hause und am Arbeitsplatz zur Registrierung „ermuntern“ sollten.

Wählerlisten von der US-Botschaft

Jeder wahlberechtigte Bürger mußte sich eine Identitätskarte mit Photo ausstellen lassen, für die verschiedene persönliche Daten wie Adresse, Alter, Beruf, Arbeitsplatz angegeben werden mußten. Diese Daten wurden nach Barbados an eine Datenbank der dort ansässigen US-Botschaft zur Erstellung der Wahllisten weitergeleitet. Viele Grenadier befürchteten, daß diese Daten mißbraucht werden könnten.

Ende Oktober 1984 wurde von Generalgouverneur Paul Scoon das Wahlbüro gesäubert. Der zu unparteiische Wahlleiter wurde durch einen Handlanger der NNP



Die „Retter“ Grenadas stoßen auf Widerstand

Manifest der



Die Patriotische Bewegung Maurice Bishop (MBPM) verabschiedete am 29.5.1984 ein politisches Manifest. Die folgenden 18 Punkte sind die Hauptziele, für die die MBPM heute kämpft.

Wir treten ein für:

1. Das Recht auf Leben jedes Grenadiers.
2. Volksbeteiligung in allen Regierungsangelegenheiten.
3. Das Recht auf Arbeit für jeden Grenadier.
4. Den Aufbau einer gemischten Wirtschaft mit einem staatlichen, einem privaten und einem genossenschaftlichen Sektor.
5. Religionsfreiheit für alle.
6. Das Recht der Arbeiter Gewerkschaften nach ihrer Wahl beizutreten und zu gründen und auf angemessenen Schutz des Arbeitsplatzes.
7. Das Recht auf allgemeine und kostenlose Sekundarschulbildung für jedes grenadische Kind.
8. Das Recht auf angemessene Wohnung und kostenlose medizinische Grundversorgung für jede Familie.
9. Die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.
10. Den Wiederaufbau des Zentrums für Volksbildung (Erwachsenenbildungsprogramm der Revolutionären Volksregierung; d. Red.).
11. Den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.
12. Den Aufbau starker und lebendiger Massenorganisationen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

13. Die Fertigstellung des internationalen Flughafens und seine Benennung in „Internationaler Flughafen Maurice Bishop“.

14. Die volle Anerkennung und Ehrung aller Nationalhelden und Märtyrer unseres Volkes, und besonders der Märtyrer des 19. Oktober (1983; d. Red.).

15. Vollständige Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Grenadas.

16. Die zukünftige Entwicklung der Verfassung durch umfassende Beratung mit dem Volk.

17. Die Errichtung einer Untersuchungskommission über die Ereignisse vom Oktober 1983, um zu klären:

a) Die Verantwortlichkeit für die Morde an Premierminister Bishop und anderen.

b) Eine umfassende Untersuchung der Umstände, die zum Massaker vom 19. Oktober und der Invasion des Landes am 25. Oktober 1983 führten.

c) Die genaue Identifizierung und die Erstellung einer Liste der Getöteten oder Verwundeten während der Oktoberereignisse. Es muß gesichert werden, daß diejenigen, deren Eigentum durch die Kämpfe beschädigt wurde, angemessen entschädigt werden.

18. Die MBPM tritt ein für vollständige Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Grenadas und aller Nationen. Da wir das Prinzip der Souveränität vertreten, wird die MBPM keine ausländischen Militärstützpunkte oder die Stationierung von ausländischen Truppen auf unserem Boden erlauben.

Wir unterstützen, daß die Karibik als eine Friedenszone respektiert werden muß.

(Quelle: Manifesto of the Maurice Bishop Patriotic Movement, o.O., o.D. S.1)

Atom Express & atommüllzeitung jetzt gemeinsam!

Es ist soweit - Atom Express und atommüllzeitung haben sich zu einer Zeitung zusammengeschlossen.

Der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Grohnde, des Zwischenlagers Gorleben und den Plänen zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage setzen wir unser neues Blatt entgegen - zunächst in Form einer extra-dicken, brandaktuellen Doppelnummer mit



- ★ Berichten, Einschätzungen und vielen Fotos zum Tag X
- ★ Hintergrundartikeln und den Ergebnissen einer vertraulichen Studie über die Gefahren von Atommülltransporten
- ★ einem Interview mit Klaus Traube zu den Gründen für den Bau einer WAA
- ★ Standortberichten
- ★ Analysen zu den Manöverbehinderungen der Anti-Kriegs-Bewegung
- ★ Beiträgen zur Kriminalisierung von AKW- und Kriegsgegnern sowie alternativen Zeitungen.

AtomExpress/atommüllzeitung erscheint alle zwei Monate, kostet 4.- Mark (Doppelnummer 5.-) und sollte unbedingt abonniert werden.

Bestelladressen:
Atom Express,
Postfach 1945, 3400 Göttingen
und
atommüllzeitung,
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.

Gegen Einsendung von 4.- Mark (für Doppelnummer 5.-) in Briefmarken schicken wir gerne und prompt ein Probeexemplar zu.

ersetzt. Die NNP begrüßte diese Aktion ausdrücklich.

Kurze Zeit später wurde bekannt, daß die NNP und Mitarbeiter der noch amtierenden Interimsregierung im Besitz von Identitätskarten waren, die sie freizügig an ihre Wählerschaft verteilten.

Verschiedene Institute und Gruppen aus den USA, darunter auch das AIFLD, gaben Zehntausende Dollar aus, um den Wahlkampf mitzugestalten.⁴

Vor allem das kostenlose Verteilen von Buttons, Kugelschreibern, T-Shirts, Rum, Corned Beef, Gutscheinen für Guinness Bier und auch Bargeld prägten den Wahlkampf zugunsten der NNP. Sie verfügte über 3 Mio Dollar Wahlkampfmittel und heuerte 500 Wahlhelfer an.

Begleitet wurden die Stimmen-Kaufaktionen von Verleumdungen der Revolution und der MBPM. Schließlich wurden zusätzlich 170 Soldaten von den konservativen Karibikinseln geholt, um eventuell entstehende Unruhen zu verhindern, mit denen man durchaus rechnete.

Der 3. Dezember 1984 brachte den USA den erhofften Sieg der NNP. Von den ca. 65.000 Wahlberechtigten hatten sich 48.000 registrieren lassen. Von diesen beteiligten sich knapp 41.000 an den Wahlen. Die NNP erhielt 23.996, die GULP 14.798 und die MBPM 2.025 Stimmen.

Wegen des Mehrheitswahlrechts entfielen 14 der 15 Parlamentssitze auf die NNP. Die GULP verzichtete „wegen Wahlfälschungen“ auf ihren Sitz. Am 9.12.1984 bildete der neue Premierminister H. Blaize seine Regierung.

Der Sieg der NNP, der nicht weiter verwunderlich ist, sollte nicht überschätzt werden. Im Grunde erhielt sie, trotz aller Wahlmanipulationen, nur ca. 1/3 der Stimmen aller Wahlberechtigten.

Viele Wähler erhofften sich durch den NNP-Sieg mehr US-Hilfe, Auslandsinvestitionen und damit Arbeitsplätze. Eine Wirtschaftshilfe der USA von 57 Mio Dollar für 1985-86 war von einem Wahlsieg der NNP abhängig gemacht worden.

Nachteilig für die MBPM wirkten sich mehrere Faktoren aus. Der Mord an Bishop und anderen NJM-Führern führte zu einem Vertrauensverlust in die Linke und die US-Invasion gleichzeitig zu einer Demoralisierung. Diese Ereignisse haben die revolutionären Kräfte gleichzeitig ihrer fähigsten Führer beraubt. Die einen wurden am 19.10.1983 umgebracht, den anderen soll von den Besatzungstruppen wegen dieser Morde der Prozeß gemacht werden (siehe AIB 1/1984, S. 17ff.).

Negativ für die MBPM wirkte sich aber auch die späte und umstrittene Entscheidung, an den Wahlen teilzunehmen und die Angst vor einem Wahlsieg Gairys aus.

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß viele Grenadier eine Beteiligung an den Wahlen ablehnten, da sie sie für eine Farce hielten.

Daß Ex-Diktator Gairy fast 15.000 Stimmen erhielt, läßt sich neben seinen Stimmenkauf-Aktionen (auch er wurde finanziell von einheimischen Geschäftsleuten unterstützt), dadurch erklären, daß er noch bei Teilen der älteren Landbevölkerung, die in ihm noch den alten Gewerkschaftsführer der 50er Jahre sahen, verankert war.

Sicher wurde dieses Wahlergebnis auch beeinflusst durch die Ereignisse im Oktober 1983 und Gairys außerordentlich religiös geführten Wahlkampf. Desweiteren war die Partei Gairys die einzige, die sich sehr frühzeitig reorganisiert hatte.

Die Wahlschlacht haben die USA erfolgreich geschlagen. Jetzt bleibt abzuwarten, ob mit der Installierung dieses Marionettenregimes das Land regierbar wird, ob die viel umworbenen Investoren nun in Scharen kommen und die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden werden können.

Zweifel sind angebracht, denn auch den



Wahlverlierer Ex-Diktator Gairy

anderen Karibikstaaten hat die Öffnung für das Auslandskapital bisher keine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme gebracht.

Es ist deshalb mit einer Desillusionierung der Grenadier über die Wohltaten der „Befreier“ und mit einem erneuten Erstarren der revolutionären Kräfte zu rechnen. Die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der grenadischen Revolution sind nicht vergessen.

Anmerkungen:

- 1) Amerikadienst, Bonn, 12.12.1984
- 2) Newsweek, New York, 22.10.1984
- 3) Die Wochenzeitung, Zürich, 30.11.1984
- 4) Siehe: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 4.12.1984

In den letzten Monaten ist es in Haiti zu bedeutenden Widerstands- und Kampfaktionen gekommen, die eine neue Etappe auf dem langen und mühsamen Weg dieses Volkes zu seiner Befreiung eröffnen.

Zum ersten Zwischenfall dieser Art kam es am 23. Mai 1984 in Gonaives, als die Bewohner der Armenviertel heftig gegen die Willkür eines Polizisten protestierten und sich sowohl lokalen Repressionskräften als auch den später im Helikopter aus der Hauptstadt eingeflogenen Verstärkungen entgegenstellten. Drei Tage später kam es auch in Cap-Haitien, der zweitgrößten Stadt des Landes, zu massiven Demonstrationen.

Dabei besetzten Tausende von Bewohnern aus den Armenvierteln im Verlauf einer Veranstaltung zum Unabhängigkeitskrieg das Stadtzentrum. In beiden Städten gingen die Repressionskräfte unter Schußwaffengebrauch gegen die Bevölkerung vor und verursachten eine unbekannt Zahl von Toten und Verletzten, obwohl das Ausmaß der Mobilisierung des Volkes für die Mordkommandos der Diktatur überraschend kam und ihren Einsatz bremste.

In den folgenden Wochen gab es Straßendemonstrationen auch in weniger bedeutenden Orten: in Hinche, Bombardopolis, Cavaillon und Kenscoff.

Die internationale Presse gab von den Ereignissen eine verzerrte Darstellung, indem sie von „Hungerrevolten“ sprach. Sicher wurden bei diesen spontanen Ausbrüchen des Volkszorns auch einige Lebensmittellager der Care-Stiftung und der HACHO geplündert. Diese sind Institutionen, die die Lebensmittelhilfe der US-Regierung verteilen und beim Volk als Komplizen der Diktatur gelten. Die Mobilisierung des Volkes beschränkte sich aber bei weitem nicht auf Rufe wie „nieder mit dem Hunger“ und „Nieder mit Duvalier“ (Jean-Claude Duvalier ist seit 1971 Präsident Haitis; d. Red.), mit denen die Massen ihren Protest und ihre Ablehnung gegenüber der Diktatur zum Ausdruck brachten.

Erstmals seit 27 Jahren eroberte das Volk die Straße und besiegte den Terror, die Furcht, die Desorganisation und forderte die Tontons Macoutes (Miliz zur Bespitzelung und Terrorisierung der Bevölkerung; d. Red.), die Leoparden (Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung; d. Red.) und ihre Maschinengewehre und die ganze perfektionierte Mordmaschinerie der Diktatur heraus. Die Minister Cineas und Achille, die vom Palast nach Gonaives geschickt worden waren, um die Forderungen der Demonstranten entgegenzunehmen, erhielten

Gérard Pierre-Charles

Die Furcht besiegt



In den Elendsvierteln von Port-au-Prince kämpfen die Armen ums Überleben

eine klare Antwort: „Wir haben genug von den Duvaliers“; das Auto der Abgesandten des Präsidenten wurde entwendet, sie selbst von der Armee befreit.

Die Regierung reagierte mit den üblichen demagogischen Maßnahmen, setzte einige örtliche Funktionäre ab, ließ in den betreffenden Orten Lebensmittel verteilen und kündigte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Tausende von Personen an.

Erste Massenaktionen seit 1957

Der Massenprotest der Bevölkerung aus der Provinz und einigen abgelegenen Gegenden ermunterte auch den städtischen Widerstand gegen die Präsidentschaft auf Lebenszeit und gegen die Diktatur. Schon vor diesen Ereignissen nahmen die Unzufriedenheit, die Agitation und die Anstrengungen sich zu organisieren zu. Sie wurden von verschiedenen politischen Sektoren vorangetrieben, von denen einige in einem sehr engen Bereich legaler Betätigung, andere aus dem Untergrund heraus arbeiten.

Sylvio Claude, der Vorsitzende der Christdemokratischen Partei, hat durch ständige Aktivität und großartigen Einsatz das Bewußtsein und die aktive Teilnahme des Volkes gefördert. In seiner Zeitschrift „Conviction“ prangerte er sehr engagiert und kämpferisch die Verfassungswidrigkeit, die Willkür und die

Korruption des Regimes an.

Selbst mehrmals verhaftet, gefoltert und erniedrigt, wobei auch seine Familie unter Verfolgung leiden mußte, ist er in Haiti zu einem Symbol für den Kampf um die Bürgerrechte geworden. (...)

Auch die Rückkehr von Grégoire Eugène (Präsident der Christlich-Sozialen Partei Haitis (PSCH); d. Red.) im März 1984 aus dem Exil in New York, wo er zusammen mit Hunderten von demokratischen Journalisten und Politikern gelebt hatte, die von der Diktatur ausgewiesen worden waren, trug dazu bei, den Kampf für die Demokratie zu fördern. Seine Rückkehr war ein kühner Streich, aber auch Resultat des Drucks, den einige amtliche Kreise der USA im März auf das Regime in Haiti ausübten, als die vom Duvalierismus organisierten Parlamentswahlen stattfanden.

Damals erklärten US-amerikanische Abgeordnete in einem Brief an Herrn J.C. Duvalier, sie könnten sich als Mitglieder des Kongresses gegebenenfalls dafür einsetzen, „die von Washington für 1984 vorgesehene Hilfe in Höhe von 54 Mio Dollar zu streichen, wenn die Wahlen stattfinden, während die wichtigsten Führer der Opposition sich im Exil oder im Gefängnis befinden“.

Diese offene Drohung zeigte, wenn auch erst nach den Wahlen, Wirkung. Sylvio Claude wurde freigelassen und Grégoire Eugène konnte heimkehren, um seine Stelle als Professor an der juristischen



Fakultät wiedereinzunehmen. Wenig später erschien erneut das Organ seiner Partei, die Zeitschrift „Fraternité“.

Als diese Gruppen beschlossen, den politischen Spielraum mehr und mehr zu erweitern und die Redefreiheit durchzusetzen, beschloß die Regierung im Mai 1984, die politischen Parteien formell zu verbieten.

Aber es war zu diesem Zeitpunkt schon sehr schwer, die Demokratisierungsbestrebungen aufzuhalten. Sie wurden im Gegenteil durch weitere patriotische Gruppen und Sektoren verstärkt und verbreitert.

„Wir verlangen freie Wahlen“

Die christlichen Basisgruppen setzten sich sowohl in ihrer Gemeindegemeinschaft auf dem Lande wie von der Kanzel herab für mehr Freiheiten ein. Ihre Haltung ist in dem bedeutenden Dokument „Die Charta der Kirche von Haiti“ niedergelegt. Gleiches gilt für die „Menschenrechtsliga“, deren Vorsitzender Gérard Gourgue keine Gelegenheit ausläßt, die Diktatur anzuprangern.

Auch Presse- und Rundfunkorgane wie „L'Information“ oder „Radio Soleil“ sowie die linken Untergrundorganisationen, besonders die Vereinigte Partei der Kommunisten (PUCH) kämpfen beharrlich für die Rückkehr zur Demokratie. (...)

Außerdem kursierten im Lande illegale Flugblätter und auch einige Unterschriftenlisten, in denen die Bürger furchtlos ihre Abscheu vor der Diktatur zum Ausdruck brachten. In einer Erklärung, die von Delegierten aus den aufständischen Städten herausgegeben wurde und 2.000 Unterschriften trägt, heißt es wörtlich: „Angesichts der Tatsache, daß Haiti zu den 30 ärmsten Nationen der Welt gehört und zu einer Nation von Hungernen, Bettlern, Ausgehaltenen, 'Boat People' (Flüchtlinge, die in Booten ver-

suchen, nach Florida zu fliehen; d. Red.), Parias und Obdachlosen geworden ist, — eine Lage, die die Menschen zur Auswanderung oder zum Diebstahl zwingt, um ihre elementaren Bedürfnisse zu befriedigen;

Angesichts der Tatsache, daß der Prozeß der Entwicklung Haitis die allgemeine Mobilisierung und wachsende Beteiligung aller Bürger und aller sozialen Gruppen, unabhängig von ihrer politischen Anschauung verlangt, um die Zukunft der nationalen Gemeinschaft zu gestalten;

Angesichts der Tatsache, daß die politischen Machthaber seit 1957 nicht nur unfähig waren, eine umfassende Entwicklungsstrategie zu realisieren, sondern die materielle, ökonomische, soziale und kulturelle Verelendung des Landes beschleunigt haben; (...)

Unter Bekräftigung des Rechts des haitianischen Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen und frei die demokratischen Institutionen zu wählen, die seinen Bedürfnissen und Erwartungen entsprechen,

haben wir, Führer und Delegierte aus Gonaïves, Cap-Haïtien, Valle de Artibonite, St. Michel de l'Atalaye, Bombardopolis, Leogane, Cavaillon und Grande Anse auf der Zusammenkunft in Cuna de la Independencia beschlossen, die Artikel 106, 107 und 108 der dem Volk von Haiti am 27. August 1983 aufgezwungenen Verfassung zurückzuweisen und von der Regierung der Republik die Ankündigung allgemeiner Wahlen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu verlangen.“

In dieser neuen Haltung der Bevölkerung drückt sich unmißverständlich der Anfang vom Ende des Immobilismus aus, des verbreitetsten Resultats des Schreckens und der Einschüchterung von 27 Jahren Duvalierismus. Angesichts dieser Entwicklung versuchte die Regierung, die alte Terrormaschinerie wieder einzusetzen. (...)

Im ganzen Land verschwanden Hunderte von Bürgern, die bekannteren wurden für einige Tage verhaftet, gefoltert, verhört, so z.B. Pierre Albert Auguste, Direktor der Zeitschrift „L'Information“, Grégoire Eugène und seine Familie, Sylvio Claude und sein Sohn.

Jedoch haben die Abnutzung des Regimes und die Verstärkung des Kampfes des Volkes verhindert, daß die Repression ihr Ziel, die Bewegung zu ersticken, erreichen konnte. Mehr noch, die Krise spiegelt erhebliche Gegensätze innerhalb der Regierung wider, die mit dem Rücktritt von Alix Cincas, einem der einflußreichsten Minister, kurz nach dem Ausbruch der Unruhen in Gonaïves deutlich sichtbar wurden. Außerdem kritisierte der ehemalige Erziehungsminister und Ideologe des Duvalierismus, der UNESCO-Botschafter Dr. Hubert de Ronceray, in einem Interview mit der unabhängigen Presse heftig die Mißachtung der Menschenrechte in Haiti, eine Haltung, die ihm die Entlassung einbrachte. (...)

Die Machthaber sind uneins

Selbst die nordamerikanische Botschaft, die die Dynastie der Duvaliers bisher rückhaltlos unterstützt hat, lud zum Empfang anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstags am 4. Juli die Hauptvertreter der Opposition ein. Als Reaktion darauf verzichteten die Vertreter des Duvalierismus auf eine Teilnahme. (...)

Diese Gegensätze unter den Machthabern, die durch die Krise weiter vertieft worden sind, sind tatsächlich so umfangreich und tiefgehend, daß sie in Verbindung mit den Aktionen der Volksbewegung das Ende des Duvalierismus herbeiführen werden, das für viele Beobachter bereits sehr nahe ist.

(Quelle: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 73, Juli/August 1984)



Hunger und Armut, Folgen der Diktatur Duvaliers (r.)



Kampuchea

Mit der Eroberung des Hauptquartiers der „Weißen Khmer“ in Ampil am 8. Januar d.J. errangen die kampucheanische Armee und ihre vietnamesischen Verbündeten den bislang spektakulärsten Erfolg gegen die Rebellen. Die Truppen des ehemaligen Ministerpräsidenten Son Sann verloren ihren letzten Hauptstützpunkt im thailändisch-kampucheanischen Grenzgebiet und damit an politischem Gewicht innerhalb der Allianz gegen die Revolutionsregierung unter Heng Samrin. Infolgedessen stellen Pol Pots „Rote Khmer“, die hauptsächlich in den grenznahen Bergen Phnom Malai operieren, derzeit die einzig bedeutsame Kraft innerhalb der von der UNO anerkannten Gegenregierung aus „Weißen Khmer“, „Roten Khmer“ und Anhängern des ehemaligen Staatsoberhauptes Prinz Sihanouk dar (siehe auch: AIB 7-8/1984).

Damit verbunden ist ein weiterer Stärkezuwachs der Verhandlungsposition Phnom Penhs, die Hun Sen (34) in einem Gespräch ausführlich darlegte. Der bisherige Außenminister der Volksrepublik Kampuchea wurde am 14. Januar d.J. zum Premierminister gewählt, nachdem sein Vorgänger Chan Sy plötzlich verstorben war.



Interview mit Hun Sen Die Tendenz zum Dialog

FRAGE: Die laufende Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat keine Änderung des Standpunktes zu Kampuchea hervorgebracht. Und Ihrer Regierung wurde es immer noch nicht erlaubt, ihren Sitz dort einzunehmen. Wie bewerten Sie diese Situation?

Die UNO-Nichtpräsenz nicht dramatisieren

HUN SEN: Diese Frage ist ziemlich komplex. Zu Beginn der 70er Jahre wurde die Ansicht vertreten, daß der kampucheanische Sitz bei den Vereinten Nationen an Lon Nol (vom CIA gestützter Putschgeneral, Regierungschef 1970-75; d. Red.) zurückgegeben werden sollte, weil er die Hauptstadt kontrollierte.

Heute sind wir es, die die Hauptstadt und das Land kontrollieren. Aber der Sitz wird uns vorenthalten unter dem Vorwand, daß vietnamesische Truppen in Kampuchea sind, ohne jede Analyse der Gründe für deren Anwesenheit.

Wir sind geduldig. Volkschina blieb 22 Jahre außerhalb der UNO, nicht wahr? Warum blieb es eine so lange Zeit draußen? Warum wurde es schließlich Mitglied? Ganz einfach deshalb, weil die Vereinigten Staaten es eines Tages für nützlich erachteten, die Pekinger Karte gegen die Sowjetunion auszuspielen und weil sie beschlossen, die Wichtigkeit

Taiwans hintanzustellen.

Wenn wir den Weg, den wir gewählt haben, verlassen würden, könnten wir wahrscheinlich 1985 in der UNO sein.

Aber wir dramatisieren dieses Problem nicht, das sich von selbst lösen wird, wenn die Zeit gekommen ist. Während wir warten, wollen wir keine Schwierigkeiten vermehren über eine Frage, die keinerlei grundlegende Bedeutung hat. Wir sind nicht isoliert...

Innerhalb der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, wo wir viele Freunde haben, ist es besser, Kampuchreas Sitz leer zu lassen, als in ihren Reihen Spaltung zu schaffen. Dazu kommt, daß die nichtpaktgebundenen Länder eine höchst einsichtige Resolution zu den Problemen Südostasiens verabschiedet haben.

FRAGE: Was ist der gegenwärtige Stand der Beziehungen zwischen den Ländern Indochinas und den Mitgliedern der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN)?

HUN SEN: Sie sind in einen neuen Abschnitt eingetreten. Der Zeitraum 1979-81 war ein Zeitraum der Konfrontation. Seit 1982 wurde die Konfrontation vom Dialog begleitet. Und die Tendenz zum Dialog hat sich verstärkt.

Die ASEAN-Länder scheinen erkannt zu haben, daß die Lage nicht gewaltsam geändert werden kann, und daß es daher notwendig ist, nach einer Verhandlungslösung zu suchen. Nur durch den Dialog

können wir hoffen, dahin zu gelangen.

FRAGE: Wie würde ein Dialog mit der ASEAN beginnen?

HUN SEN: Es gibt wirklich nur zwei Möglichkeiten, um die anstehenden Probleme zu lösen: Gespräche oder bewaffnete Auseinandersetzung.

Der Dialog sollte Schritt für Schritt stattfinden auf der Grundlage der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung der betroffenen Parteien, wobei niemand versucht, seinen eigenen Standpunkt durchzudrücken. Wir können doch das Kampuchea-Problem einfach nicht allein auf der Grundlage der ASEAN-Forderungen diskutieren, oder?

Wenn man die vietnamesische Militärpräsenz in Kampuchea diskutieren möchte, kann die Staaten Indochinas nichts davon abhalten, die Frage zum Beispiel nach der amerikanischen Präsenz auf den Philippinen aufzuwerfen, nach der Australiens und Neuseelands in Singapur und Malaysia, oder nach der Indonesiens in Ost-Timor.

Die grundsätzlichen Fragen bestehen vielmehr darin, nach Wegen zur Beendigung der ausländischen Einmischung in der Region zu suchen, und ein Klima des guten Willens – oder zumindest der Toleranz – in Südostasien zu schaffen, mit gutnachbarlichen Beziehungen.

Insbesondere sollte Thailand eine echte unparteiische Verhaltensweise annehmen, anstatt Pol Pots (Regierungschef 1975-79; d. Red.) Streitkräften und seinen Verbündeten zu erlauben, sein Gebiet zu benutzen. Wir haben die Schaffung einer entmilitarisierten Zone unter internationaler Überwachung an der gemeinsamen Grenze vorgeschlagen oder eine grenzübergreifende Sicherheitszone über die Grenze hinweg, in der sich nur thailändische und kampucheanische Truppen aufhalten sollen. Bangkok hat das zurückgewiesen.

Neutralität auch für Thailand

So kann man sehen, wer Frieden und Entspannung in Südostasien wiederherstellen will, und wer die Spannungen verlängern will. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, den Beginn eines echten Dialogs, ein Ende der feindseligen Propaganda, und die Wiederaufnahme des normalen Handels herbeizuführen. (...)

Wir werden damit fortfahren vorzuschlagen, daß es allgemeine Verhandlungen über alle Probleme Südostasiens geben sollte, und insbesondere über den Abzug von ausländischen Truppen aus allen Ländern der Region.

Wir werden aufgerufen, neutral zu sein. Wir weisen diese Lösung nicht zurück, aber alle werden neutral sein müssen, nicht nur Kampuchea...

FRAGE: Gab es irgendwelche Veränderungen in der Verhaltensweise von seiten der Länder, denen Sie gegenüberstehen?

HUN SEN: Als erstes sollten wir die Politik Chinas und der USA gegenüber der Region untersuchen.

Die USA haben sich vor 10 Jahren aus Indochina zurückgezogen, aber sie haben ihren Plan, uns zu stürzen, nicht aufgegeben. Sie fahren damit fort, Krieg gegen uns zu führen, indem sie die Dienste anderer zu Nutze machen.

Was China betrifft, das in Gestalt von Pol Pot für das Massaker an Millionen unserer Menschen verantwortlich ist, so hat es seinen Standpunkt seit 1979 nicht geändert. Es hat seine Taktik verändert. Es hat seine Wirtschaftspolitik verändert. Und es hat begonnen, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Aber es hat seine Haltung gegenüber den Ländern Indochinas nicht verändert.

In Wirklichkeit hat es sein Ziel nicht geändert: Es zielt darauf ab, seine Vorherrschaft über die Länder Südasiens zu errichten. Peking benutzt das kampucheanische Problem als ein Mittel, um mit den USA zusammen eine gemeinsame Front gegen die UdSSR aufrechtzuerhalten.

Wir wissen sehr wohl, daß die Interessen der USA und Chinas hinsichtlich Südasiens nicht dieselben sind. Aber ungeachtet dessen wirken sie zusammen, weil sie sich in Bezug auf Kambodscha vereinigen und gemeinsam vorankommen können.

Sie veranlassen beide die ASEAN-Nationen vor ihnen herzumarschieren, indem sie sie glauben machen, daß das kampucheanische Problem ein Streit zwischen Indochina und den ASEAN-Ländern sei. Diesen sind jedoch Zweifel gekommen, und ihre Standpunkte sind nuancierter als sie vorher waren.

Die verschiedenen ASEAN-Länder schätzen die Bedrohung, die über Südostasien schwebt, in verschiedener Weise ein. Für Indonesien und Malaysia kommt die Hauptbedrohung aus China. Für Thailand kommt sie aus Vietnam. Diese Länder haben sich infolgedessen verschiedene Strategien zu eigen gemacht. Ich glaube, daß wir uns am Ende der Phase befinden, in der Thailand die ASEAN-Politik bestimmt. Indonesien und Malaysia sind nicht länger willens, Thailand mit geschlossenen Augen zu folgen. Sie versuchen eine Strategie zu entwickeln, die ihren nationalen Interessen besser angemessen ist. Das ist es, warum der Trend zum Dialog sich behauptet.

Zu Ende des Jahres 1984 scheint die Lage gelockter zu sein: Indonesien ist von der ASEAN dazu bestimmt worden, Gespräche mit Indochina aufzunehmen, das durch Vietnam vertreten sein wird. (...)

FRAGE: In welchem Ausmaß ist die Anwesenheit vietnamesischer Truppen für Ihre Sicherheit notwendig?

HUN SEN: Mehrere Jahre lang waren wir damit beschäftigt, unsere eigenen Streitkräfte auszubilden. Wir haben Fortschritte gemacht, so daß es Vietnam ermöglicht wurde, drei Truppenabzüge durchzuführen. Diese Abzüge werden auf einer jährlichen Grundlage unternommen, bis alle vietnamesischen Streitkräfte abgezogen sein werden.

Wenn jedoch die Bedrohung durch China aufhört ebenso wie die Hilfe, die Thailand unseren Feinden gewährt, die sein Gebiet benutzen, können Vietnams Truppen morgen gehen. Wir haben ein Stadium erreicht, in dem unsere eigenen Streitkräfte das Land selbst verteidigen könnten, wenn es keine ausländische Unterstützung für Pol Pot und seine Verbündeten gäbe.

Aber China fährt damit fort, uns zu bedrohen. Das kampucheanische Problem ist ein Konflikt zwischen Indochina und China, nicht zwischen Indochina und der ASEAN.

FRAGE: Während der letzten drei Jahre gab es viel Gerede über eine „politische Lösung“ der kampucheanischen Angelegenheit. Mehrere Länder haben Vorschläge gemacht. Was für eine Art von Beilegung hat Phnom Penh ins Auge gefaßt?

„Freie Wahlen“ für Pol Pot?

HUN SEN: Die ASEAN und die Mächte, die sie unterstützen, fordern den Abzug der Vietnamesen. China ausgenommen, rufen sie zur „Selbstbestimmung“ für das kampucheanische Volk durch das Mittel „freier Wahlen“ auf, in denen die Anhänger Pol Pots teilnehmen sollen.

Für uns ist „Selbstbestimmung“ in erster Linie das Recht, in Sicherheit zu leben, ohne Furcht vor Pol Pots Terrorismus. Bestimmte Länder möchten ebenfalls Pol Pots Kräfte ausschalten, aber auf dem Wege freier Wahlen. Wir lehnen jede derartige Lösung ab. Es gibt keine Nation der Welt, die es Kriegsverbrechern erlaubt, sich an freien Wahlen zu beteiligen.

Prinz Sihanouk für seinen Teil hat die Bildung einer aus vier Parteien bestehenden Koalitionsregierung vorgeschlagen, wodurch seine drei Fraktionen und die Regierung Heng-Samrin zusammengebracht würden. Der Prinz ist gar zu schlau. Sogar aus dem Exil heraus bittet er die Leute, die das Land kontrollieren, ihm 3/4 des Kuchens zu geben, und wir bekämen nur 1/4. Das kann er kaum ernst meinen.

Es ist wichtig sich daran zu erinnern, daß Sihanouk, Son Sann (Führer der „Wei-

ßen Khmer“, der sog. Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes; d. Red.) und Pol Pot niemals ihren Gegnern gestattet, an Wahlen teilzunehmen, als sie an der Macht waren. Der Standpunkt unserer Gegner ist sehr einfach. Als sie an der Macht waren, unterdrückten sie jegliche politische Freiheit. Nun, da sie ihrer Macht beraubt wurden, rufen sie nach Wahlen, an denen sie teilnehmen möchten...

Unsere Administration hat länger Bestand als die von Lon Nol und die von Pol Pot. Es ist klar, daß wir ohne die Unterstützung des Volkes nicht so lange hätten durchhalten können...

Unsere „politische Lösung“ ist wie folgt: erstens, die politische und militärische Ausschaltung von Pol Pot, und die Beendigung der ausländischen Hilfe für ihn und der Benutzung thailändischen Gebietes für seine Partisanen. Dann werden die vietnamesischen Truppen vollständig von kampucheanischem Gebiet abziehen, und wir werden für all diejenigen Platz schaffen, die sich uns bei der Ausschaltung von Pol Pot angeschlossen haben. (...)

FRAGE: Haben Sie die Absicht, mit der Oppositionskoalition Kontakt aufzunehmen, vor allem mit Prinz Sihanouk?

HUN SEN: Wir können uns niemals mit Pol Pots Leuten und mit denen, die ihnen nahestehen, verbünden. Wir werden entschlossen damit fortfahren, alle die zu bekämpfen, die bei Pol Pot bleiben. Wir haben jedoch eine milde Politik gegenüber denen, die sich geirrt haben, auch wenn sie soweit gegangen sind, sich mit unseren Feinden zu vereinen.

Die Regierung in Phnom Penh ist bereit, sich mit jedem zu befassen, der Pol Pots „Regime“ verläßt, und wir haben eine flexible Politik gegenüber denen, die es aufgeben, weil sie Kampucheaner sind, vom gleichen Blut wie wir selbst.

Wir haben gesagt: „Wenn eine beliebige Person, was immer ihre Vergangenheit sei, sich von Pol Pot trennt und die Verfassung achtet, kann sie alle Rechte eines Bürgers der Republik genießen. Und sie wird insbesondere das Recht haben, zu wählen und gewählt zu werden.“ Wir sind bereit, jeden willkommen zu heißen, der diese Bedingungen annimmt.

Als er sich mit Pol Pot zusammentat, hat Prinz Sihanouk eine Art politischen Selbstmord begangen... Wie dem auch sei, sein politisches Leben könnte wiederbelebt werden, wenn er sich von Pol Pot lossagt. (...)

Er muß seine Wahl jetzt treffen: Entweder muß er den Weg gegen Pol Pot mit uns nehmen oder bei ihm bleiben. Die Möglichkeit, die ihm jetzt offensteht, ist von außerordentlicher Wichtigkeit für seine Zukunft.

(Quelle: AfricAsia, Paris, Nr. 13/Januar 1985, S. 34-35)



Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort*

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____ **

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____ **

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 30 DM; Luftpost: Europa 35 DM, übrige Länder 50 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (Z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____

BLZ _____

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit – widerruflich –, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____

BLZ _____

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot: _____

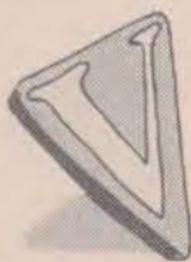
Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

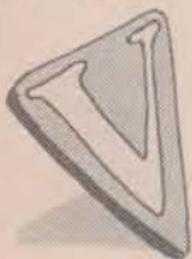
Liebigstr. 46
3550 Marburg 1



Ab Elften im Elften, elf Uhr
elf wird wieder zurückgelacht:
„Die Nato ist die größte Frie-
densbewegung...., ha, ha, ha,...
Revanchismus, das ist doch ab-
surd ... ho, ho, ... Wir beginnen
in fünf Minuten mit der Bombardierung... hi, hi, hi.“
Tusch! Finden wir gar nicht komisch. Fast vierzig
Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges plant das



Pentagon den dritten. Schlach-
feld: Europa. Mit Warnungen
ist es längst nicht mehr getan.
Wer Überleben will, muß han-
deln, Partei ergreifen gegen die
Kriegsvorbereiter. Die Volks-
zeitung/die tat liefert die Argumente für Friedensbe-
wegte, aktive Gewerkschafter, ungeduldige Frauen,
Antifaschisten. Jede Woche.



Die linke Wochenzeitung. Jeden Freitag neu.

Deutsche
Volkszeitung
die tat

Sie nennen uns 1 neuen Abonnenten Wir schenken Ihnen 10 Taschenbücher

Bitte kreuzen Sie auf der Abo-Karte
(links oben) an, welches Taschenbuchpaket Sie wünschen.

Taschenbuchpaket 1

- Voltaire, Korrespondenz aus den Jahren 1749-1760, 336
Seiten • Voltaire, Abbé, Beichtkind, Cartesianer, phi-
losophisches Wörterbuch, 320 Seiten • Jean-Jacques
Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, 183 Seiten • Honoré
de Balzac, Gesetzbuch für anständige Menschen, 264
Seiten • Deutsch-französische Jahrbücher, Herausgege-
ben von Arnold Ruge und Karl Marx, 432 Seiten • Karl
Marx, Das Elend der Philosophie, 280 Seiten • August
Bebel, Charles Fourier, 328 Seiten • Antonio Gramsci,
Zu Politik, Geschichte, Kultur, 400 Seiten • Ernesto Che
Guevarra, Episoden aus dem Revolutionskrieg, 248 Sei-
ten • Konfuzius, Gespräche, 240 Seiten.

Taschenbuchpaket 2

- Geschichten aus Tausendundeiner Nacht, 341 Seiten •
Jean de la Fontaine, Fabeln, 100 Seiten • Clemens Brenta-
no, Gockel und Hinkel, ausgewählte Märchen, 200 Seiten
• Norwegische Märchen, 176 Seiten • Victor Hugo, Notre
Dame von Paris (die Geschichte des Glockner von Notre
Dame), 480 Seiten • Joseph von Eichendorff, Ahnung
und Gegenwart, 300 Seiten • Eike Midell, Hermann
Hesse, Bilderwelt seines Lebens, 376 Seiten • Fradkin,
Bertolt Brecht - Weg und Methode, 480 Seiten • Dreißig
neue Erzähler des neuen Deutschland, Junge deutsche
Prosa (1933 verbrannt), hrsg. von Wieland Herzfelde, 493
Seiten • Schönfelder/Wirzberger, Literatur der USA im
Überblick, 554 Seiten.

Einsenden an: Röderberg-Verlag GmbH
Postfach 4129 · 6000 Frankfurt 1

Probeabo-Scheck

Ja, Ich möchte die aktuelle Volkszeitung/die tat kostenlos und unverbindlich kennenlernen. Drei Wochen lang.



Bitte deutlich ausfüllen:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Beruf (wegen unseres Sonderpreisangebots für Studierende, Auszubildende, Arbeitslose, Soldaten, ZDL)

Thematisch interessiert mich besonders:

Ja, ich möchte der Volkszeitung/die tat einen neuen Abonnenten nennen. Als Dankeschön erhalte ich das Taschenbuchpaket 1
Taschenbuchpaket 2

Meine Adresse nach Zahlungseingang.

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort

Straße, Nr.

Datum

Unterschrift

AIB 51

Kündigungen müssen 6 Wochen vor Quartalsende beim Verlag sein.

Ich bin der neue Abonnent der Volkszeitung/die tat.

Bitte liefern Sie mir die „Deutsche Volkszeitung/die tat“ ab

Zahlungsweise	normale Abonnementpreise	Sonderpreise für Schüler, Studenten Soldaten, etc.
1/4jährlich	<input type="checkbox"/> DM 16,50	<input type="checkbox"/> DM 13,50
1/2jährlich	<input type="checkbox"/> DM 33,-	<input type="checkbox"/> DM 27,-
jährlich	<input type="checkbox"/> DM 66,-	<input type="checkbox"/> DM 54,-

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Beruf, ggf., Studienfach

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie:
Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche nach Absendung gegenüber dem Röderberg-Verlag GmbH, Schumannstr. 56, 6000 Frankfurt in schriftlicher Form zu widerrufen.

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- **das AIB bereits selbst abonniert hat,**
- **einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und**
- **der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.**



Ruth Weiss/Hans Mayer
Afrika den Europäern
224 S., Großformat, Peter Hammer
(nur für 2 Neuabonnenten!)

Ernesto Che Guevara
Der neue Mensch
176 S., Weltkreis

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Unser aktuelles Buchgeschenk

Teresa Jungwirth

Rajiv Gandhis Wahltriumph

Das Ergebnis der indischen Wahlen vom Dezember 1984 ist eindeutig. Mit 401 von 508 zu wählenden Sitzen in der Lok Sabha, dem indischen Unterhaus, errang Rajiv Gandhi mit seiner Kongreß-Partei den „größten Sieg in der Geschichte des unabhängigen Indien“.¹

Sicherlich kam hier das britische Mehrheitswahlrecht, das aus etwas mehr als 50% der Stimmen eine dicke Dreiviertelmehrheit werden ließ, der Kongreß-Partei ebenso zugute wie die Aussetzung der Wahlen in den krisengeschüttelten Bundesstaaten Assam und Randschab (zusammen 27 Sitze).

Hauptgrund für den dennoch überwältigenden Erfolg war jedoch das Fehlen einer glaubwürdigen und regierungsfähigen Alternative in der bunt schillernden indischen Parteienlandschaft.

Der Versuch der Formierung eines linken Wahlbündnisses, das sich der drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes (siehe: AIB 1/1985, S. 40-42; d. Red.) mit Konsequenz hätte annehmen können, war schon vor dem Mord an Indira Gandhi gescheitert. So traten von links nur die beiden kommunistischen Parteien zur Wahl an. Die Kommunistische Partei Indiens (CPI) konnte 6 ihrer ehemals 13 Parlamentssitze über die sie am Ende der Legislaturperiode im alten Unterhaus verfügte, halten (wegen Parteiübertritt und Zwischenwahlen sind die hier angegebenen alten Sitzzahlen nicht mit dem



Präsident Rajiv Gandhi beim Wahlkampf in Uttar Pradesh

Wahlergebnis von 1980 identisch). Die Kommunistische Partei Indiens/Marxisten (CPI/M) errang 22 (vorher 36).

Die meisten Federn mußten die bürgerlichen Oppositionsparteien lassen. Sie hatten zum Zeitpunkt der Wahl monatelange zähe Verhandlungen hinter sich, in denen verschiedene mögliche Koalitionen weniger unter politisch-inhaltlichen Gesichtspunkten als vielmehr mit Blickrichtung auf die mathematisch günstigste Kombination von Sitzen und Stimmen diskutiert worden waren.

Schwächung der Opposition

So entkräftet, wurde die Janata-Partei, die noch 1977 als Sieger aus den Unterhauswahlen hervorgegangen war, von 31 auf 10 Sitze reduziert. Die neugegründete Parteienkoalition Dalit Mazdoor Kisan (DMKP, Zusammenschluß von Lok Dal, Demokratischer Sozialistischer Partei und Rashtrya Kongreß; d. Red.), deren Zielgruppen vor allem Bauern und Unberührbare waren, verlor 30 ihrer vormals 33 Mandate.

Auch die ultrarechten Positionen der proimperialistischen Bharatiya Janata Partei (BJP), deren Ideologie Indien als

Staat der Hindus beansprucht und damit immer wieder Nährboden für gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Religionsgruppen liefert, erhielten eine Abfuhr: von ihren 16 Sitzen blieben 2 übrig.

Die restlichen Mandate verteilen sich zum größten Teil auf verschiedene regionale Gruppierungen. Von ihnen ist die Telugu Desam des Ministerpräsidenten des Bundesstaates Andhra Pradesh und ehemaligen Filmhelden, N.T. Rama Rao, mit 28 Sitzen stärkste Oppositionsfraktion.

Duldung des Schwarzen Geldes?

Nach dem Mord an Indira Gandhi und den darauffolgenden Pogromen gegen Angehörige der Sikh-Religion schien Rajiv Gandhi in der Tat als einziger in der Lage zu sein, die schwer erschütterte nationale Einheit wieder herzustellen. Zu Trauer und Empörung über den Anschlag auf die auch von ihren Kritikern in Indien respektvoll verehrte „Mutter der Nation“ hatte sich nämlich schnell auch Angst gesellt.

Es ist dies eine berechtigte Angst vor einem zersplitterten, sich in inneren Kämpfen aufreibenden Indien, das pakistanischer Aggression und US-Destabilisierungsplänen² zur idealen Zielscheibe gereichen dürfte.

Rajiv Gandhi verkörperte in dieser Situation die Tradition jener Regierung, die das Land bis dahin noch immer – wenn auch immer häufiger mit militärischen Mitteln – zusammengehalten hatte.

Andererseits stand und steht der Vierzigjährige für eine neue Politikergeneration, unbefleckt von den Fehlern seiner Mutter und den in Indien wohlbekannten korrupten Machenschaften der alten Garde der Kongreß-Partei. Von Beruf Zivilpilot, englisch besser beherrschend als die indische Amtssprache Hindi, ist er ein typischer Vertreter der am Westen orientierten, technokratischen oberen Mittelschicht Indiens. Seine Beratergruppe wird von den Indern bezeichnenderweise „die Computerboys“ genannt. Ein dezidiertes Wahlprogramm hatte er nicht. Neben der Fortführung der anti-imperialistischen Außenpolitik und dem

Sitzverteilung im indischen Unterhaus

	1971	1977	1980	1984
Indischer Nationalkongreß (I)	352	153	352	401
Janata (S)	—	—	41	—
Janata	—	270	31	10
Bharatiya Janata Partei (BJP)	—	—	—	2
Dalit Mazdoor Kisan (DMKP)	—	—	—	3
Kongreß (S)	—	—	—	4
Kongreß (U)	—	—	13	—
Telugu Desam	—	—	—	28
Allindische Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK)	—	19	2	12
Dravida Munnetra Kazhagam (DMK)	18	1	16	1
Jana Sangh	19	—	—	—
CPI	24	7	11	6
CPI/M	26	22	36	22
Andere	68	70	25	20
Gesamtsumme	518	542	527	544

(Wegen Verschiebung der Wahlen in einigen Regionen sind 36 Sitze des neuen Unterhauses noch nicht vergeben.)

— von seiner Mutter schon so oft angesagten und nie gewonnenen — Kampf gegen Armut und Korruption versprach er eine „saubere“ und „effiziente“ Politik.

Daß keine konkreten Schritte zur Verwirklichung dieses „Programms“ angegeben werden, ist nicht weiter verwunderlich.

Das Auseinanderklaffen der rapiden technologischen Entwicklung und der Vernachlässigung von strukturellen Veränderungen zugunsten der Masse der Bevölkerung hat Indien in eine tiefe Krise geführt. Die schon fast sprichwörtliche Slumhütte neben dem Atomreaktor ist alltägliche Wirklichkeit, deren Gegensätze sich zunehmend verschärfen.

Steigende Preise und Arbeitslosigkeit, die Not der Masse der Landbevölkerung und ein wachsendes Lumpenproletariat in den Slum-Kolonien der Millionenstädte stehen immensen Profiten nationaler wie internationaler Konzerne gegenüber. Diese richten ihre Produktion zunehmend auf die luxuriösen Bedürfnisse einer Elite von 10-20% der Bevölkerung aus.³

Verschärft werden die Probleme durch

eine weitere Ausgeburt kapitalistischer Entwicklung: „Schwarzes Geld“, durch Schmuggel und Steuerhinterziehung erwirtschaftet, bildet die materielle Grundlage für die Korruption und entzieht ganze Bereiche der Wirtschaft der staatlichen Kontrolle. Schätzungen über die ständig im Umlauf befindliche Menge dieses „Schwarzen Geldes“ gehen bis zu 50% des Nationaleinkommens.⁴

Keine der bürgerlichen Parteien ist in der Lage, auch nur ansatzweise einen Ausweg aus dieser Situation zu weisen. Auch die Kongreß-Partei nicht.

Auch ihr überwältigender Wahlsieg kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das soziale Elend schon heute einen fruchtbaren Nährboden für sich ausbreitende religiöse und separatistische Strömungen bietet, die in Indien gängigerweise unter dem Stichwort Kommunalismus (Gemeinschaftsgeist) zusammengefaßt werden und ein ideales Operationsfeld für jene darstellen, denen ein stabiles, friedliebendes Indien ein Dorn im Auge ist.

Rajiv Gandhis erste wirtschaftspolitische Maßnahmen setzen dieser Entwicklung nichts entgegen.

Die Genehmigung für Kapazitätserwei-

terungen von Automobilherstellern und die Liberalisierung der Einfuhr von Computertechnologie und -software⁵ jedenfalls bedeuten eine Fortsetzung der einseitig auf technologischen Fortschritt orientierten, auf Kapitalinteressen ausgerichteten Politik.

Eine Forcierung der bereits von Indira Gandhi eingeschlagenen Linie der wirtschaftlichen Öffnung hin zu kapitalistischen Ländern, wie sie im Westen — wohl nicht ganz ohne Grund — von dem jungdynamischen Rajiv erwartet wird, könnte zudem neue Abhängigkeiten schaffen.

Der in Indien vorhandene Widerspruch zwischen kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung und antiimperialistischer Außenpolitik droht sich weiter zuzuspitzen.

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung, 31.12.1984
- 2) Siehe: AIB 4/1983
- 3) Zur ökonomischen Entwicklung unter Indira Gandhi siehe: New Age, Delhi, 18.11.1984
- 4) Siehe: Business India, Bombay, 22.10.1984
- 5) New Age, 2.12.1984

Anfang Dezember 1984 wurde die Hauptstadt des zentralindischen Bundesstaates Madhya Pradesh, Bhopal, zum Schauplatz einer industriellen Apokalypse.

Aus einem Chemiewerk des US-Konzerns Union Carbide entwich eine Wolke hochgiftigen Methylisocyanats (MIC). Sie legte sich, einem Leichentuch gleich, über 65 eng besiedelte qkm der Stadt. Etwa 3.000 Menschen starben einen qualvollen Erstickungstod, weitere Zehntausende erblindeten oder wurden anderweitig verletzt.

„Inneres Ertrinken“

In sämtlichen Krankenhäusern Bhopals sowie den zahlreichen, notdürftig improvisierten Lazaretten kämpften aus allen Teilen Indiens eilends eingeflogene Ärzte und deren Helfer um das Leben der Giftgasopfer.

Sich erbrechend, hustend, nach Luft ringend, lagen die Menschen auf Pritschen oder einfach auf dem nackten Boden. Totgeweiht die meisten von ihnen. Denn eingeatmetes MIC blockiert die Sauerstoffaufnahme im Blut und macht, ebenso wie das vermutlich zur Verunreinigung enthaltene Phosgen (im 1. Weltkrieg als chemischer Kampfstoff eingesetzt, vgl. AIB-Sonderheft 2/1984, S. 14; d. Red.), die Lungen für Körperflüssigkeiten durchlässig.

Nach einer gewissen Latenzzeit tritt der Tod durch „inneres Ertrinken“ ein. Aber



Georg Diederichs Die Giftgaskatastrophe von Bhopal

auch viele der künftig überlebenden Opfer der Giftgaskatastrophe werden irreparable Organschäden an Leber, Nieren und Gehirn davontragen. Da das MIC im Verdacht steht, auch die Erbanlagen zu schädigen, sind Tausende von Tod-, Fehl- oder Mißgeburten in der Region zu befürchten.

Der indische Umweltforscher Dschaidew Mohanlal Dawe: „Das Sterben wird noch lange weitergehen.“

Sorglose Union Carbide

Was auch immer die genaue Ursache für die Katastrophe gewesen sein mag, fest steht, daß der US-Konzern die Produktion von hochgiftigen Pestiziden in Bhopal äußerst lax handhabte.

So starb bereits im Dezember 1981 ein Arbeiter, weil Phosgen entwichen war. Er soll zusammengebrochen sein, nachdem er sich seine Gasmaske vom Gesicht gerissen hatte. Weshalb das Phosgen überhaupt entweichen konnte, wurde allerdings nie geklärt.

Nur 15 Tage später verletzte ein erneuter Austritt von Phosgen 24 Arbeiter schwer. Am 5. Oktober 1982 brach mitten in der Nacht ein zwei Röhren verbindender Flansch: wieder entwich Gas. In den Elendsvierteln um das Werk kam es zu Unruhen.



Bhopal: Vom Giftgas Erblindeter

1983 erlitten zwei Arbeiter durch austretendes Giftgas schwere Verletzungen. Im Februar 1984 starb ein Arbeiter an einer Chemie-Allergie.

Trotz dieser zahlreichen Havarien beließ es Union Carbide, nach Du Pont und Dow Chemical drittgrößter Chemie-Konzern der USA, bei den unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen.

Doch auch die von der Kongreß-I-Partei

gestellte Regierung des Unionsstaates Madhja Pradesh ist von der Mitschuld an dieser größten Industriekatastrophe in der Geschichte nicht freizusprechen. Als 1982, nach Bekanntwerden der ersten Unfälle, Abgeordnete der Opposition im Regionalparlament vor den Gefahren warnten, die von der Chemiefabrik für die Bevölkerung ausgingen, antwortete der Arbeitsminister des Unionsstaates, in die Fabrik seien 250 Mio Rupien investiert worden. „Sie ist kein kleiner Stein, den man so einfach von hier nach dort verlegen kann. Für Bhopal besteht keine Gefahr und wird auch keine bestehen.“

Das Massensterben Anfang Dezember 1984 hat diese Worte auf schreckliche Weise widerlegt.

Mit der Giftgaskatastrophe von Bhopal rächt sich aber auch die von der indischen Zentralregierung in den letzten Jahren forcierte Politik der wirtschaftlichen „Liberalisierung“.

Entgegen der ursprünglichen Entwicklungsstrategie, die ganz auf die Schlüssel-funktion des staatlichen Wirtschaftssektors bei der Herausbildung eines „staatlichen Kapitalismus“ setzte (siehe AIB 4/1983; d. Red.), wurden Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, als die indische Industrieproduktion infolge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise erstmals Stagnations- und Rückgangstendenzen

zeigte, Importbeschränkungen gelockert und Maßnahmen zur „Verbesserung des Investitionsklimas“ getroffen.

Die bis dahin geltenden Beschränkungen für Privatunternehmen wurden abgebaut und Wirtschaftssektoren, die zuvor den Staatsbetrieben vorbehalten waren, dem in- und ausländischen Privatkapital geöffnet.

Doch die Dezemberereignisse von Bho-

pal haben gezeigt, daß die Hoffnung, Kapitalhilfe westlicher Multis sei „Hilfe zur Selbsthilfe“, mehr als trügerisch ist. Dies umso mehr, da sich mittlerweile Vermutungen konkretisieren, Union Carbide habe in Bhopal, neben der Produktion von Pestiziden, auch an chemischen Kampfstoffen experimentiert.

„Die gesamte chemische Industrie ist sehr, sehr betroffen von dem Unglück“, erklärte ein Vertreter vom bundesdeutschen Chemie-Dachverband kurz nach der Giftgaskatastrophe in Bhopal. Diese Betroffenheit kommt nicht von ungefähr, denn in keinem Land der Welt liegen chemische Produktionsanlagen und damit Gift- und Explosionsstoffe auf so engem Raum zusammen wie in der BRD. Kaum ein größeres Unternehmen kommt z.B. ohne das hochgiftige Phosgen aus, ein Ausgangsprodukt zur Her-



Unglücksort Union Carbide

stellung von Pharmazeutika, Kunst- und Klebstoffen, Lackfarben und Insektiziden.

Wie risikoreich der Umgang mit Phosgen auch hierzulande ist, zeigt eine von TÜV-Rheinland bereits 1978 in Auftrag gegebene Störfallanalyse: Ein kleinerer Phosgentank mit 30.000 l Inhalt explodiert im Großraum Köln.

Die Folge: Im Umkreis von 100 m stirbt binnen Minuten jedes Lebewesen. Eine halbe Stunde später finden 2/3 aller Menschen in einer Zone von 1,7 qkm den Tod. Bei einer mittleren Bevölkerungsdichte wie im Ruhrgebiet wären das über 2.100 Personen. Im weiteren Umkreis erleiden ca. 17.000 Menschen zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Seit Anfang Dezember 1984 ist klar, daß sich die TÜV-Analyse in eklatanter Weise mit den Auswirkungen von Bhopal deckt. Dazu kommt, daß die US-Armee tausende von Tonnen chemischer Kampfstoffe, die zum Teil weitaus giftiger sind als Phosgen oder MIC, auf dem Gebiet der Bundesrepublik lagern bzw. hindurchtransportieren. Ein Unfall in einem solchen Giftgaslager oder bei einem der zahlreichen Transporte würde die grauenvollen Auswirkungen der Industriekatastrophe im indischen Bhopal noch bei weitem übertreffen.

Johannes M. Becker

Kanaken fordern Unabhängigkeit für Neukaledonien

Über 130 Jahre übt Frankreich nun Gewalt aus über Neukaledonien. Heute scheint das Aufbegehren der Unabhängigkeitsbewegung kontrollierbare Grenzen zu überschreiten.

Die in Paris regierende Sozialistische Partei scheint taktisch einsichtig. Die französische Bourgeoisie (und nicht nur sie) fordert hartes Durchgreifen.

Was ist passiert? Die französische Linksrregierung ist im vergangenen Sommer die Verwirklichung eines Wahlkampfversprechens angegangen und hat vom Parlament für ihre Kolonie Neukaledonien, seit 1946 „Überseeterritorium“ genannt, ein Autonomiestatut verabschieden lassen.

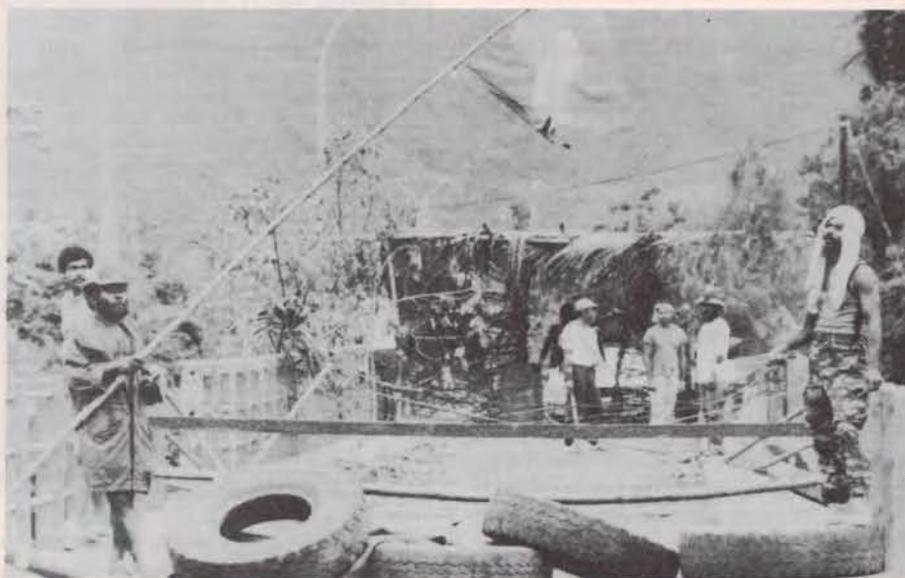
Der Plan der Regierung war, daß die Kolonialbevölkerung dieser Inselgruppe, 1.700 km von Australien und 17.000 km von Paris entfernt, im Jahre 1989 über ihre weitere politische Zukunft entscheiden sollte.

Dies allerdings schien den Kämpfern für die Unabhängigkeit als zu lang und als politisch zu wenig kalkulierbar. 1986 nämlich wird in Paris, geschieht nichts Unvorhergesehenes, bei den Parlamentswahlen wieder die Rechte aus Gaullisten (RPR), Giscardisten (UDF) und der neofaschistischen Nationalen Front (FN) die Mehrheit erhalten.

Am 24. September 1984 schlossen sich vier von fünf Parteien, die für die Unabhängigkeit Neukaledoniens kämpfen und die in den 70er Jahren schon 1/3 der Wähler hinter sich hatten, zur Kanakischen und Sozialistischen Nationalen Befreiungsfront (FLNKS) zusammen. An diesem Tag jährte sich die Besetzung durch Frankreich zum 131. Male.

Die erste Handlung der Front war der Boykottaufruf für die Territorialwahl am 18. November 1984. Lediglich etwa die Hälfte der Bevölkerung wählte. normal ist eine Beteiligung von 3/4 der Wähler.

Die „Wahlgewinnerin“, die gaullistisch orientierte Sammlungsbewegung des Volkes für ein Kaledonien in der Republik (RPCR), erreichte einen Anteil von 70,9%. Auf eine Liste von Befürwortern der Unabhängigkeit entfielen 7,3%.



Die Fahne der künftigen Republik Kanaky weht über einer Barrikade der FLNKS

Der zweite Schritt des FLNKS war am 1. Dezember 1984 die Bildung einer Provisorischen Regierung, die einen Volksentscheid noch vor den französischen Parlamentswahlen 1986 forderte.

Aber nicht das allein macht der politischen Rechten Sorge: Die Kanaken (melanesisch für Menschen), die Urbevölkerung des Landes, wollen **eigenständig** über ihre Zukunft abstimmen. Da sie mit 64.000 von insgesamt 140.000 Inselbewohnern (davon allein 52.000 meist französische Europäer) auf ihrem eigenen Territorium in die Minderheit geraten sind, wollen sie nur noch diejenigen an der Wahl beteiligen, von denen mindestens ein Elternteil auf der Insel geboren ist.

Die Rechtsregierungen in Paris hatten im übrigen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten systematisch ein besonders erfahrenes Bevölkerungspotential auf Neukaledonien angesiedelt: die aus allen Teilen ihres zusammenbrechenden Kolonialreiches, z.B. aus Indochina und Algerien, vertriebenen „Colonos“.

Die Zentralmacht steht übrigens mit beachtlichen Kräften in Neukaledonien. Den 400 Gendarmen (die in Frankreich zum Militär gehören) stehen neben 100 Polizisten einer Sondertuppe immerhin

4.000 ständig auf der Inselgruppe stationierte, ausschließlich weiße „Ordnungskräfte“ zur Seite. Und: Französische Beamte, Soldaten und ihre Familienangehörigen haben das Wahlrecht unmittelbar nach ihrer Ankunft auf der Insel, die übrigen Franzosen automatisch nach einem halben Jahr Aufenthalt.

Der Widerstand der weißen Siedler und der französischen Kapitalvertreter gegen die FLNKS ist aber nicht allein wegen des neukaledonischen Wahlrechts nur zu verständlich. Zum einen besitzen 1.000 weiße Siedlerfamilien heute 430.000 ha Land, 24.000 Melanesier (wie die Kanaken auch genannt werden) lediglich 163.000 ha.

Zum anderen lagern immerhin 40% der Weltnickelvorräte in Neukaledonien. Der französische Konzern „Le Nickel“ katapultierte das Land an die dritte Stelle der Weltproduzenten. Auch die Eisen-, Chrom- und Manganerzvorkommen sind beachtlich. Darüber hinaus stehen Frankreich die Gewässer und der Meeresboden, die Neukaledonien umgeben (2.105.000 qkm), zur wirtschaftlichen Ausbeutung zur Verfügung.

Man muß auch unter historischen Gesichtspunkten Verständnis haben für das französische Auslandskapital: 1917 endete schon das Rußland-Geschäft im

entschädigungslosen Fiasko (die UdSSR ist heute der erste Nickelproduzent der Erde). Und in Kanada, dem zweitplatzierten, scheiterte Frankreich schon 1763. Doch nicht nur wirtschaftliche, auch strategische Interessen spielen für Frankreich eine Rolle.

„Dieses Territorium besitzt eine besondere Position, um die Luftverkehrs- und Schifffahrtswege zu kontrollieren“, heißt es in einer Studie des Oberkommandos der französischen Landstreitkräfte. Und weiter: „Neukaledonien ist wie ein Flugzeugträger, der im Herzen des Pazifik verankert ist. ... Am Vorabend des 21. Jahrhunderts entscheidet sich das Schicksal Frankreichs als mittlere Weltmacht in der pazifischen Hemisphäre.“¹ „Besonderes Interesse, daß Neukaledonien bei Frankreich verbleibt“, schrieb der Pariser Figaro, „zeigen die USA im Zusammenhang damit, daß es dort geheime US-Satellitenbeobachtungsstationen gibt, deren mögliche Entfernung bei einem Machtwechsel auf der Inselgruppe schwerwiegenden Schaden für die Sicherheit des Westens herbeiführen könnte.“²

Ein Blick auf einen der 110 Vorschläge, d.h. Versprechungen des Präsidentschaftskandidaten von 1980/81, François Mitterrand, sieht die Sozialisten in die Pflicht genommen: „Eine Ära der Zusammenarbeit und des Dialogs mit den Völkern der französischen Überseegebiete, um im Wissen um ihre Identität und Rechte ihr Sehnen zu erfüllen“, wurde da versprochen.

Während von seiten weißer „Colonos“ bewaffnete Überfälle und Massaker gegen die kanakische Urbevölkerung gemeldet wurden, blieb die Regierung Mitterrand/Fabius in den vergangenen Wochen nicht untätig und signalisierte Verhandlungsbereitschaft.

Der eiligst nach Noumea entsandte Regierungsdelegierte Edgard Pisani ließ einige inhaftierte Melanesier frei und erreichte so die Aufhebung von Straßen-

Was ist die FLNKS?

Der Beginn der Unabhängigkeitsbewegung Neukaledoniens geht auf 1951 zurück. In jenem Jahr wurde die Kaledonische Union (UC) gegründet.

Sie umfaßte am Anfang nur Weiße, nahm aber bald auch Kanaken auf. Am Anfang forderte sie mehr soziale und politische Rechte für die Kanaken. 1975 sprach sie sich für die Unabhängigkeit des Landes aus. 1979 gründete sie zusammen mit anderen Organisationen, die für die Unabhängigkeit eintraten, die Front der Anhänger der Unabhängigkeit (FI). Bei den Wahlen zur Territorialversammlung von 1979 erreichte diese 34,4% der Stimmen.

Da die sozialistische Regierung eine mögliche Unabhängigkeit bis 1989 hinauszögern wollte, beschlossen vier der fünf Parteien der FI, die für den 18.11.1984 angesetzten Wahlen zur Territorialversammlung, die über größere Rechte verfügen sollte, zu boykottieren. Die UC, die Partei der Kanakischen Befreiung (PALIKA), die Vereinigte Front der Kanakischen Befreiung (FULK) und die Melanesische Fortschrittliche Union (UPM) gründeten am 24.9.1984 die Kanakische und Sozialistische Nationale Befreiungsfront (FLNKS) und riefen am 1.12.1984 eine „Provisorische Regierung“ aus. Die fünfte Partei, die Kanakische Sozialistische Befreiung (LKS) beteiligte sich an den Wahlen.

Die FLNKS tritt für einen „Kampf außerhalb der neokolonialen Institutionen ein“. Sie erreichte durch Massenmobilisierungen

und Straßenblockaden, daß der Unabhängigkeitsprozeß beschleunigt werden soll. Da die Kanaken das einzige kolonisierte Volk in Neukaledonien sind, fordert die FLNKS, daß sie allein über die Unabhängigkeit des künftigen Staates Kanaky abstimmen sollen. Der FLNKS ist es allerdings bisher nicht gelungen, auch Teile anderer Volksgruppen für die Unabhängigkeit zu gewinnen. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der FLNKS sehen vor allem eine Ausweitung des Anbaus von Nahrungsmitteln, eine Förderung ausländischer Investitionen, des Handwerks, der kleinen und mittleren Industrie sowie des Tourismus vor.



Ermordeter FLNKS-Führer Eloi Machoro

sperren und Belagerungen von seiten des FLNKS. Pisani versicherte mehrfach den Willen der Pariser Regierung, eine „neue Ordnung“ für Neukaledonien zu ermöglichen.

Zur allgemeinen Verschärfung des Klimas trug auf der anderen Seite – von RPR, UDF und FN hofiert – der Präsident der am 18. November 1984 gewählten Territorial-Versammlung, Dick Ukeiwe, bei. Er bezichtigte die Befreiungsfront des fortgesetzten Terrors.

Die FLNKS indes versicherte wiederholt ihren Willen zur Gewaltlosigkeit, der allerdings nicht mit Nachgiebigkeit verwechselt werden dürfe: Zu erfolgver-

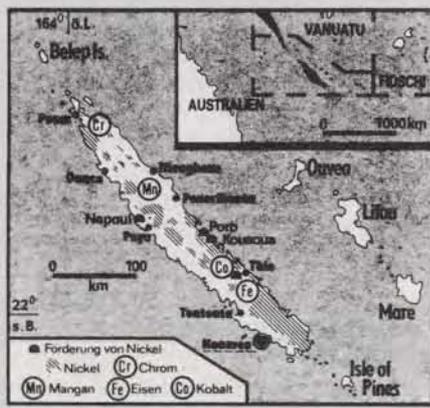
sprechenden Verhandlungen könne es erst kommen, wenn Paris zum einen die Souveränität der kanakischen Ureinwohner anerkannt habe und zum anderen die provisorische Regierung der Befreiungsfront unter Jean-Marie Tjibaou als gleichberechtigten Gesprächspartner akzeptiere.

Die Außenminister Australiens und Neuseelands kritisierten unlängst den „gemütlichen Fahrplan“ Frankreichs bei der Entkolonisierung Neukaledoniens.

Der Glaubwürdigkeit des Pariser Vorgehens diene im übrigen sicherlich nicht das Angebot von Premier Laurent Fabius vom 4.12.1984 an die politische Rechte,

Neukaledonien-Daten

Territorium: 19.103 qkm
Bevölkerung: 145.368 Einwohner; ethnische Hauptgruppen: Kanaken (Melanesier) 43%, Europäer 37%, ehemalige Bewohner von Wallis-et-Futuna 8%, sonstige 12%
Hauptstadt: Nouméa (74.300 Einwohner)
Religion: 63% Katholiken, Protestanten
Sprache: Amtssprache ist Französisch
Währung: CFP-Franc; 1 CFP-Franc = 0,0179 DM (Sept. 1984)
Wirtschaft und Soziales: Das Bruttosozialprodukt beträgt 7.850 Dollar je Einwohner (1980). Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind der Bergbau (vor allem Nickel, aber auch Eisen, Chrom und Mangan) sowie die Nickelverhüttung. Nickel ist wichtigstes Exportprodukt (76% im Jahr 1983).



Die Ureinwohner des Landes, die Kanaken, leben heute noch zu 80% in Reservaten, die ihnen von den Europäern in den unfruchtbaren Gebieten zugewiesen wurden. Europäische Plantagenbesitzer verfügen über 2/3 des bebauten Landes.

- Geschichte:**
- 1774 Erste europäische Entdeckung durch James Cook
 - 1853 Das Land wird französische Kolonie
 - 1878 Beginn von Kolonialkriegen, die bis 1917 mit Unterbrechungen andauern
 - 1946 Neukaledonien wird zum Überseeterritorium
 - 1952 Die Kanaken erhalten das Wahlrecht
 - 1984 Verabschiedung eines Autonomiestatuts

zur Regelung des Neukaledonien-Konfliktes einen „politischen Burgfrieden“ zu schließen. Zu offen sind die Befürchtungen auf Seiten der Rechten geäußert worden, die Befreiungsbewegung könne letztlich obsiegen und damit „Signalwirkung“ bekommen für die Frankreich verbleibenden überseeischen Einflusssphären.³

Auch der von E. Pisani am 7. Januar d.J. vorgelegte Plan für eine Lösung des Konfliktes macht den Rechten weitgehende Zugeständnisse. Er sieht für Juli d.J. ein Referendum über den künftigen Status der Kolonie vor, an dem alle, die mindestens 3 Jahre dort leben, teilnehmen sollen.

Die Wähler können sich für das bestehende Statut der inneren Autonomie vom 6.9.1984 entscheiden oder für die Unabhängigkeit ab dem 1.1.1986. Die Kanaken sollen, wenn sich die Mehrheit für die Unabhängigkeit ausspricht, die politische Souveränität erhalten. Allerdings soll Neukaledonien weiter durch ein Assoziierungsabkommen an Frankreich gebunden bleiben.

Paris behält die Zuständigkeit für die innere und äußere Sicherheit. Die hauptsächlich von Europäern bewohnte Hauptstadt Nouméa soll ein Sonderstatut erhalten und zum Freihafen ausgebaut werden.

Dieser Plan trägt zwar der Hauptforderung der FLNKS nach Anerkennung der Souveränität der Kanaken Rechnung, schränkt sie aber zugunsten der Kolonialmacht und der weißen Siedler vielfach ein. Dies gilt nicht nur für Nouméa, das die Hälfte der Einwohner des Landes und den Großteil der Industrie umfaßt. Auch im wirtschaftlichen und Sicherheitsbereich sind der Selbstbestimmung der Kanaken Grenzen gesetzt.

Die Waffen der Siedler liegen bereit

Sowohl bei der FLNKS als auch der RPCR stieß der Plan auf Kritik.

Die Befreiungsfront fordert weiterhin, daß allein die Kanaken bei einem Referendum abstimmungsberechtigt sind. Die Rechte lehnt selbst eine formale politische Unabhängigkeit ab.

Bereits 4 Tage nach Bekanntgabe des Pisani-Plans spitzte sich der Konflikt zu. Nachdem ein weißer Farmer das Feuer auf eine Gruppe von Kanaken eröffnet hatte, die sich seinem Haus genähert hatten, wurde sein Sohn von diesen erschossen. Plündernde Gruppen von weißen Siedlern zogen anschließend durch Nouméa und zündeten Häuser von Anhängern der FLNKS an.

Am folgenden Tag wurde bei einem Angriff der Polizei auf ein Haus, in dem sich ca. 40 bewaffnete Kanaken verschanzt hatten, einer der Führer der FLNKS,

Eloi Machoro (nebst seinem Stellvertreter), durch einen Schuß in den Rücken getötet. Pisani verhängte daraufhin den Ausnahmezustand und holte weitere 1.000 Polizisten sowie Fallschirmjäger ins Land.

Die FLNKS lehnte daraufhin jede weitere Verhandlung mit Pisani ab und forderte „schlicht und einfach die Wiederherstellung der Souveränität des Volkes der Kanaken über ihr Land“. Eine Beilegung des Konfliktes ist somit in weite Ferne gerückt und eine Verschärfung vorprogrammiert.

Die Folge könnte eine Teilung des Landes nach irischem oder zypriotischem „Modell“ sein oder eine einseitige Unabhängigkeitserklärung durch die weißen Siedler, wie 1965 in Südrhodesien geschehen.

Auf dieses Szenario sind die Siedler bestens vorbereitet. Sie verfügen über 60.000 Feuerwaffen. Bereits jetzt bilden ehemalige Algeriensiedler und eigens von der Nationalen Front entsandte Söldner Terrorgruppen aus. Dem haben die Kanaken bisher wenig entgegenzusetzen.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde, Paris, 29.11.1984
- 2) Zit. nach: Neue Zeit, Moskau, Nr. 50/1984
- 3) Direkter französischer Kolonialeinfluß besteht zum einen noch in den drei Überseeterritorien (TOM) Französisch-Polynesien, Wallis-et-Futuna und Südliche und Antarktische Gebiete. Zum anderen machen fünf Übersee-Departements (DOM) den Rest des französischen „Empire“ aus: Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guayana, Réunion und Saint-Pierre-et-Miquelon. Hiervon unberührt bleibt der neokoloniale Einfluß Frankreichs vornehmlich auf Schwarzafrika.

Zeitschriftenschau

Blätter des iz3w, Nr. 122/Dezember 1984

Themenschwerpunkt: Entwicklungspolitik nach der Wende ● Exportförderung im Gewand der Entwicklungspolitik ● Kontroverse um den DED ● Zur neuen BMZ Kinderfibel ● Entwicklungspolitische Wende als Ende des entwicklungspolitischen Films ● Rüstungsexportpolitik ● Menschenrechtspolitik der Wenderegierung ● Aktuelle Stunde im Bundestag zu Nicaragua ● Nachrichten und Berichte: Uganda, Äthiopien, Philippinen ● Schiiten im Irak ● Ein Thai-Haus und die Folgen ● Rede von Enrique Schmidt
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM

Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 133/Januar 1985

Uruguay: Demokratie – wie weit? ● Chile: Krieg den Hütten! Friede den Palästen! Belagerungszustand ● Chile/Argentinien: Friedensvertrag zwischen Chile und Argentinien ● Bolivien: „...der MIR sind wir!“ ● Nicaragua: Perspektiven einer neuen Indianerpolitik ● Die „Soldaten Gottes“, der Papst und die Revolution ● Grenada: Wahlen in Grenada: Nach der 'Hardware' der Kanonen die 'Software' der Demokratie ● Guatemala: Gegen eine Mauer von Zynismus ● BRD: Richtigstellung ● Hernán Quiroz: beispielhaft für die Politik der Einheit ● Im Namen des Fortschritts ● Solidarität: Barricada
Einzelpreis 4 DM; Abo 45 DM

Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Brasilien Nachrichten, Nr. 83/1984

Menschenrechte in Brasilien I: Bilanz von 20 Jahren Militärrherrschaft ● Interview mit Margarida Genevois, Justiça e Paz ● Menschenrechte in Versform. Artikel 1-10 ● Rassendiskriminierung ● Landkonflikte. Bauernlegen ● Cubatao – Tal des Todes ● Von Skandal zu Skandal: Zur Entstehung und Geschichte der FUNAI 1970-1984 ● Folter in brasilianischen Gefängnissen ● Besuch im Gefängnis Hélio Gomes ● Militärpolizei in den Favelas von Sao Paulo ● Notstand in Brasilien. Justiz, im Dienste der Repression ● Lynchmord per Abstimmung ● Offensive gegen Theologie der Befreiung ● Sozialdaten ● Trancredo já ● Gift im Briefumschlag...

Brasilien Nachrichten, Nr. 84/1984

Menschenrechte in Brasilien II: Menschenrechtsreport des State-Department ● Menschenrechte in Versform. Artikel 11-30 ● Juruna ergreift Partei für Kakaobarone ● Zensur. Gewerkschafter freigesprochen. KP-Führer verhaftet ● Diretas já ● Putschgerüchte ● PDS im Abwind ● Straßenkinder in Brasilien ● Recht auf Arbeit? ● Erziehung als Praxis zur Freiheit ● CECUP ● Gesetz zur Nationalen Sicherheit ● amnesty international in Brasilien ● Menschenrechtsarbeit von Justiça e Paz ● Neue Stellungnahmen zu den Beschuldigungen gegen VW-Fazenda: Soares, Rezende, Bruegger. Besuch auf der Fazenda ● Der unaufhaltsame Abstieg des Paulo Salim Maluf...

Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM

Bezug: Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8/Dezember 1984

Schwerpunkt: 6 Millionen – Zwangsumsiedlung in Südafrika ● Deportation der Schwarzen in Südafrika geht weiter ● Die Einwohner von Mgwali wehren sich gegen eine Umsiedlung in die Ciskei ● Von der 'Freiwilligkeit der Deportation' ● Freie Arbeitskraft statt Zuzugskontrolle ● Südafrika: Unschuldslamm Inkatha: Zu den Vorfällen in Lamontville/Durban ● Eine Frauengruppe stellt sich vor: Black Women Unite ● Fällt der Sportboykott? ● Zimbabwe: Landwirtschaftliche Erzeugergesellschaften ● Mosambik: Trotz Waffenstillstandsabkommen mit Südafrika wächst der Druck auf Mosambik ● Angola: Brief von Dos Santos an Cuellar ● Seminare: Symposium des UNO-Rates für Namibia ● Solidaritätskonferenz: Stellungnahmen und Auszüge aus den Reden

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

ila-info, Nr. 81, Nov./Dez. 1984

Schwerpunktthema: Agrargiftmafia in Brasilien ● Beitrag des brasilianischen Ökologen Jose Lutzenberger ● Kritik der wissenschaftlichen und ökonomischen Begründung des chemischen Pflanzenschutzes von L.H. Grimme ● Berichte und Hintergründe: Ein chilenisches Dorf vor 11 Jahren und heute ● Grenada vor den Wahlen ● Gesundheitswesen in den befreiten Gebieten El Salvadors ● Ländernachrichten: Brasilien, Bergbau frißt weitere Indianergebiete ● Chile, Pinochet verschärft den Terror ● El Salvador, droht die Invasion? ● Nicaragua, vorläufiges Ergebnis der Wahlen ● Scheideweg Nicaragua, tun Sie etwas! ● Solidaritätsbewegung: Mittelamerikademonstration am 3.11. in Bonn: Thesen zu Demo und Sozialdemokratie ● Infobüro – Nicaragua ● Rede Willy Brandt ● Helmut Gollwitzer ● Enrique Schmidt in Nicaragua gefallen ● Brigitte Heinrich, wo bleibt die Verurteilung der Hintermänner?

Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Augusta Conchiglia

Alternative zum Namibia-„Linkage“

Am 20. November 1984 traf sich in der Provinz Cunene (Südangola; d. Red.), einige Kilometer von Ondjiva entfernt, die gemischte angolisch-südafrikanische Militärkommission auf höchster Ebene. Auf der Tagesordnung stand wieder einmal der totale Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola, d.h. die Respektierung der Abkommen von Lusaka vom 16. Februar 1984, die zur Gründung dieser Kommission, die ihre Durchführung überwachen soll, geführt hatten.

Warum dieses spezielle Treffen der gemischten Kommission, die doch seit Monaten jeden Tag – ergebnislos – zusammenkommt, um den Abzug der Soldaten Pretorias zu beschleunigen? Dieser sollte eigentlich am 31. März 1984 abgeschlossen sein, sein Ende ist aber noch immer nicht abschbar.

Neubelebung der Verhandlungen

Seit der angolische Präsident im Oktober 1984 den US-Amerikanern neue Vorschläge unterbreitete mit dem Ziel, eine Regelung zu finden, um den Frieden in der Region wiederherzustellen, um die Unabhängigkeit Namibias zu erreichen und die Bedingungen des Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola festzulegen, scheinen die Dinge sich etwas zu bewegen. Dies trifft zumindest auf die hohen Beamten des US-Außenministeriums zu, die seit einigen Wochen unaufhörlich zwischen Washington, Pretoria und Luanda – mit Abstechern nach Sal und Lusaka – hin und her pendeln!

Chester Crocker, US-Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, hat sich lange – zweimal innerhalb von 14 Tagen – mit dem südafrikanischen Außenminister „Pik“ Botha unterhalten. Vor ihm hatte sich Frank Wisner, Unterstaatssekretär desselben Ministeriums innerhalb einiger Wochen zweimal nach Luanda begeben, um von den angolischen Vorschlägen Kenntnis zu nehmen. Am 1. November informierte Chester Crocker die südafrikanische Delegation – „Pik“ Botha und Verteidigungsminister Magnus Malan –, die sich zu diesem Zweck

auf die kapverdische Insel Sal begeben hatte.

Nach dieser Begegnung bezeichnete Botha die angolischen Vorschläge als „positiv“ und schloß sich damit den US-Erklärungen an. Er ergänzte, er hoffe „daß mit den Angolanern vor dem 15. November 1984 eine Vereinbarung getroffen werde“. In einigen Tagen, versprach er, würde seine Regierung den Amerikanern eine Antwort bezüglich dieser Vorschläge geben. Mit einiger Verspätung, bezogen auf den von Botha festgelegten Zeitplan, kam Chester Crocker am 15. November 1984 nach Südafrika, um persönlich die „Reaktion“ Pretorias in Empfang zu nehmen.

Nach zweitägigen Unterredungen mit „Pik“ Botha – deren Inhalt geheim blieb – ging Crocker nach Lusaka, wo er Sam Nujoma, den Präsidenten der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation; d. Red.) traf.

In der Tat ist jede Verpflichtung Angolas gegenüber Südafrika und den US-Amerikanern einen Abzugsplan der kubanischen Truppen von angolischem Gebiet vorzulegen – was Washington und Pretoria verlangen –, nur vorstellbar, wie Luanda ständig wiederholt, wenn zuvor ein Abkommen über einen Waffenstillstand zwischen Südafrika und der SWAPO unterzeichnet und die Resolution Nr. 435 des UN-Sicherheitsrates (von 1978; d. Red.) angewandt wurde. „Die Fragen der südafrikanischen Besetzung Angolas und der Unabhängigkeit Namibias“, erklärte Präsident Dos Santos in der Washington Post vom 14.10.1984, „müssen gelöst werden, bevor der Rückzug der kubanischen Truppen in voller Unabhängigkeit von Kuba und Angola beschlossen wird.“

Nach Veröffentlichung – anlässlich der Feierlichkeiten zum 9. Jahrestag der Unabhängigkeit am 11. November – des Wesentlichen der Vorschläge, die er den amerikanischen Vertretern unterbreitet hatte, richtete Präsident Dos Santos einen Brief an den Generalsekretär der UNO, Perez de Cuellar, in dem er im Detail die Vorschläge, die er den Amerikanern vorgelegt hatte, erläuterte (siehe Kasten).

Insbesondere machte er Angaben über den „prinzipiellen Terminplan“ für den Abzug der kubanischen Truppen, der „nach der Aufstellung von UNO-Truppen in Namibia und der Verringerung des südafrikanischen Kontingents in diesem Land auf 1.500 Infanterie-Soldaten“ beginnen soll.

Was die kubanischen Einheiten angeht, die zur Verteidigung des Südens des Landes eingesetzt sind – 15.000 Mann –, so ist ihr Abzug in einem Zeitraum von 2 Jahren vorgesehen... (Die restlichen Truppen, die südlich des 13. Breitengrades stationiert sind – 5.000 Mann –, sollen am Ende des 3. Jahres abgezogen werden, vom Beginn des Abzugs des ersten Kontingentes an gerechnet; d. Red.)

Indem der Abzug eng mit der Anwendung der Resolution 435 verbunden wird, haben die Angolaner eine Art „Gegen-Linkage“ entworfen. Wie man weiß, verstehen die Amerikaner unter „Linkage“ ihre Forderung nach Abzug der kubanischen Truppen vor jeder Regelung in Namibia. Luanda schlägt dagegen ein Globalabkommen – „Package“ – unter der Schirmherrschaft der UNO vor, das durch die Regierungen von Angola, Kuba, Südafrika und die Vertreter der SWAPO (die Durchführung dieses Abkommens müßte vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen garantiert werden) unterzeichnet werden soll.

In diesem „Package“ hängt der Abschnitt, der den Rückzug der kubanischen Truppen betrifft davon ab, ob drei Bedingungen erfüllt wurden: Vollendung des Rückzugs der südafrikanischen Truppen aus Angola; Einstellung jeglicher Unterstützung der Marionetten der UNITA (Nationale Union für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas unter Jonas Savimbi; d. Red.) sowie Demontage ihrer Stützpunkte in Namibia und Anwendung der Resolution 435.

Südafrikanische Patrouille im südangolanischen Grenzgebiet



Der Abzug des ersten kubanischen Kontingents – 5.000 Mann – vor der tatsächlichen Unabhängigkeit Namibias¹ stellt, wie Präsident Dos Santos unterstreicht, „eine Demonstration des guten Willens unsererseits“ dar.

Während der ganzen Zeit des Rückzugs der kubanischen Truppen vom Süden Angolas werden diese sich im Norden des 16. Breitengrades (ca. 160 km von der namibischen Grenze) aufhalten, wie es schon der Fall ist seit dem Abkommen von Lusaka vom Februar 1984. Die verbleibenden kubanischen Einheiten (5.000-10.000 Mann; d. Red.) – im Norden, im Osten und in Cabinda stationiert – werden Gegenstand einer bilateralen Übereinkunft zwischen Angola und Kuba sein und die Aufgabe haben, die „Verteidigung der territorialen Integrität“ gegen eventuelle Angriffe aus Zaire zu sichern.

Diese Einheiten werden den 13. Breitengrad, d.h. die Linie, die von der Stadt Benguela bis zur sambischen Grenze führt, nicht nach Süden überschreiten. Abgesehen von dem in jeder Hinsicht gerechtfertigten Mißtrauen gegen Südafrika – „jeder Akt der Aggression dieses Landes gegen Angola wird die sofortige Annullierung der Verträge zur Folge“ haben, schreibt übrigens Präsident Dos Santos – ist der auf 36 Monate verteilte Rückzug der kubanischen Truppen vor allem darauf zurückzuführen, daß die angolische Armee diese Zeit benötigt, um ihre Einheiten darauf vorzubereiten, nach und nach die kubanischen Truppen zu ersetzen.

Seit Ende 1982 haben die FAPLA (Volksbefreiungskräfte Angolas; d. Red.) bemerkenswerte Fortschritte in der Reorganisation und Verbesserung ihrer Angriffskapazitäten gemacht. Sie haben endgültig die Initiative im Krieg gegen die Banden der UNITA übernommen.

Vor allem aber ist es ihnen gelungen, das direkte Kräfteverhältnis mit der südafrikanischen Armee zu verändern.

Nach der Operation Askari, die die Südafrikaner Ende 1983 durchführten, mußte der Generalstab der Armee Pretorias zugeben, daß es nunmehr – unabhängig von den eingesetzten Mitteln – nicht mehr möglich sei, Angola ungestraft anzugreifen. Die südafrikanische Armee war dabei nur auf angolische Einheiten gestoßen. Die Kubaner waren an den Kämpfen nicht beteiligt.

Obwohl die Südafrikaner und die Amerikaner öffentlich ihre Position zum „Linkage“ nicht geändert haben, könnte ein laut Pretoria und Washington unmittelbar bevorstehendes Dreiertreffen (Angolaner, Südafrikaner und Amerikaner) zu konkreten Ergebnissen führen.

Aber dieser Optimismus ist verdächtig. Denn, obwohl sie seit mehr als 1 Monat die angolischen Vorschläge kennen, die ein Globalabkommen und die aktive Beteiligung der Vereinten Nationen vorsehen, haben Washington und Pretoria in ihren Erklärungen nur den Abzug der kubanischen Truppen erwähnt – angeblich ein „Sieg“ der amerikanischen Diplomatie.

Ein „2. Nkomati“?

Die Unehrlichkeit Washingtons geht noch weiter, da Chester Crocker, der seine Afrika-Rundreise nach dem Aufenthalt in Lusaka fortsetzt, äußerte, man sei dabei, mit Angola ein „Nkomati Nr. 2“ abzuschließen. Jedoch im Gegensatz zu dem, was die Südafrikaner in Nkomati (Vertrag Südafrika-Moçambique vom März 1984, siehe AIB 5/1984; d. Red.) erreichen konnten, ist die Befreiungsbewegung, in diesem Fall die SWAPO, nach den angolischen Vorschlägen Vertragspartei des Abkommens.

Es soll unter der Schirmherrschaft der UNO, die ja die Institution ist, die die Oberhoheit über das momentan besetzte Namibia hat, unterzeichnet werden. Außerdem durchkreuzen diese Vorschläge auch die Pläne der Südafrikaner und US-Amerikaner, die kein Geheimnis aus ihrer Absicht machten, eine direkte oder indirekte Teilnahme der UNITA an den Verhandlungen über eine regionale Regelung durchzusetzen.

Aber die geheimen Pläne Washingtons und Pretorias wurden zunächst auf dem Gelände zum Scheitern gebracht. Seit der Offensive der FAPLA im September und Oktober 1984 befinden sich die Elitetruppen Savimbis, in Namibia durch Südafrikaner ausgebildet – insbesondere im Stützpunkt Dod City – in Auflösung. Es ist daher noch unwahrscheinlicher, daß Luanda von seiner Ablehnung eines

Dialogs mit der UNITA abrückt.

Es gibt auch keine Anzeichen dafür, daß Südafrika die Absicht hat, die UNITA aufzugeben – der Pakt von Nkomati ist reich an Lehren in dieser Hinsicht. Die Schaffung von Stützpunkten in Zaire, um diejenigen in Namibia zu ersetzen, zeigt doch wohl, daß die Strategie, die zur Destabilisierung des Regimes in Angola führen soll, in absehbarer Zeit nicht aufgegeben wird.

Es ist sicher, daß die wachsenden Schwierigkeiten der südafrikanischen Armee, die Kontrolle über Namibia aufrecht zu erhalten und die politische Krise in Südafrika, die immer tiefer wird, zugunsten einer endgültigen Lösung der Konflikte wirken werden, an denen Südafrika außerhalb seiner Grenzen direkt beteiligt ist.

Viel wird in der Tat von der Haltung Washingtons abhängen und von der Bedeutung, die die USA ihren Interessen im ganzen Gebiet des Südlichen Afrikas beimessen werden. Eine bedingungslose Allianz Washingtons mit Pretoria wie in der Vergangenheit könnte auf Dauer den amerikanischen Interessen schaden.

Während man in Luanda darauf wartete, die südafrikanische „Reaktion“ auf die angolischen Vorschläge zu erfahren,² stellte der offizielle südafrikanische Rundfunk die Zuversicht Pretorias über den „Schutz“ bzw. die Mittäterschaft Washingtons zur Schau. Nachdem einmal mehr die „Zufriedenheit der Südafrikaner (aller?) über den überwältigenden Sieg Reagans“ erklärt wurde, versicherte der Kommentator, dies gebe Südafrika (noch!) „Zeit zum Atemholen“. „Es wäre unsinnig, zu vergessen, daß während dieser letzten 4 Jahre die Reagan-Administration einen Schutzschild gebildet hat, hinter dem Südafrika sein eigenes Schicksal bestimmen konnte, ohne von äußeren Einmischungen gestört zu werden...“

Der Ausgang der Runde, die gegenwärtig im Südlichen Afrika gespielt wird, ist weitgehend bestimmt von der Entwicklung an Ort und Stelle: von der Fortsetzung sowohl des Kampfes gegen die südafrikanische Besatzung in Namibia als auch jenes, der die Vernichtung der UNITA in Angola zum Ziel hat.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 336/3.12.1984)

Anmerkungen:

- 1) In den Bedingungen, die vorher in den angolisch-kubanischen Erklärungen von 1982 und 1984 festgelegt wurden, war implizit enthalten, daß der Abzug erst nachher beginnen würde.
- 2) Inzwischen hat „Pik“ Botha auf die Vorschläge Angolas reagiert. Auf einer Pressekonferenz am 26.11.1984 verurteilte er die Veröffentlichung des Friedensplans durch Angola und forderte einen Abzug aller kubanischen Truppen innerhalb von 12 Wochen nach Beginn der Anwendung der UN-Resolution 435 (1978).





Brief von Präsident dos Santos an UN-Generalsekretär de Cuellar

In einem Brief, den das angolische Staatsoberhaupt José Eduardo dos Santos am 17. November 1984 an den UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar richtete, wurden Angolas jüngste Vorschläge zur Erringung der Unabhängigkeit Namibias und zum Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola erläutert. Wir bringen Auszüge.

Herr Generalsekretär, ich habe die Ehre, mich an Ihre Exzellenz zu wenden, um Sie über die Schritte zu unterrichten, die die Regierung der Volksrepublik (VR) Angola mit dem wichtigen Ziel unternommen hat, um die Unabhängigkeit Namibias durch volle Anwendung der Resolution 435 (1978) des UN-Sicherheitsrates zu sichern, den Rückzug der südafrikanischen Truppen aus dem Süden Angolas zu vollenden, internationale Garantien für Angolas Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu erlangen sowie zur Errichtung eines dauerhaften Friedens im Südlichen Afrika beizutragen. (...)

Im Verlauf unserer Gespräche mit Vertretern der USA, die am 6. und 7. September in Lusaka stattfanden, unterbreiteten wir Ihnen eine 5 Punkte umfassende Plattform für die Verhandlungen, die der Regierung Südafrikas zugeleitet werden sollte.

Im folgenden übermittle ich den vollen Wortlaut dieser von der VR Angola vorgelegten Plattform:

1) Abschluß des Abzuges der südafrikanischen Streitkräfte vom Territorium der VR Angola und Kontrolle der Staatsgrenzen Angolas durch die FAPLA (Volksbefreiungsstreitkräfte Angolas; d. Red.).

2) Eine offizielle Erklärung der Republik Südafrika (RSA), in der sie sich verpflichtet, die UN-Resolution 435 (1978) über die Unabhängigkeit Namibias zu respektieren und zu ihrer Anwendung beizutragen.

3) Eine Übereinkunft über eine Feuereinstellung zwischen der RSA und der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation; d. Red.).

4) Eine Erklärung der Regierung der VR Angola, in der sie, in Abstimmung mit der Regierung Kubas, ihren Beschluß bekräftigt, den Beginn des Rückzuges des kubanischen internationalistischen Kontingents erst einzuleiten, wenn die Anwendung der Resolution 435 (1978) im Gang ist.

5) Die Unterzeichnung eines internationalen Abkommens im Rahmen des UN-Sicherheitsrates der VR Angola, der RSA, Kubas und einem Vertreter der SWAPO, in dem die jeweiligen Maßnahmen zur Erreichung der Unabhängigkeit Namibias und die Garantien für die Sicherheit und territoriale Integrität der VR Angola und für einen dauerhaften Frieden im Südwesten Afrikas festgelegt sind.

Dieses Abkommen soll folgendes umfassen: 1) Sobald in Namibia die UN-Truppen zusammen mit den UN-Behörden in der dafür vorgesehenen Zeit stationiert wären, würden die RSA ihre Streitkräfte vollständig aus Namibia zurückziehen, beginnend mit der Luftwaffe und den Einheiten an der Grenze mit Angola, deren Kontrolle sofort an die Truppen der Vereinten Nationen überginge. 2) Sobald die Luftstreitkräfte Südafrikas vollständig vom Territorium Namibias abge-

zogen und nur noch 1.500 Soldaten der südafrikanischen Infanterie-Truppen verblieben sind, würden Angola und Kuba den Abzug von 5.000 kubanischen Internationalisten von den im Süden stationierten Truppen als Geste des guten Willens einleiten.

3) Die kubanischen Truppen würden keinerlei Aufstellung von militärischen Einheiten oder Manövern südlich des 16. Breitengrades vornehmen.

4) Der Rest der im Süden stehenden kubanischen Truppen wird in einer Zeitspanne von höchstens 3 Jahren nach Kuba zurückgezogen.

5) Falls irgendein Aggressionsakt Südafrikas gegen Angola erfolgen oder eine unmittelbare Aggressionsgefahr entstehen sollte, würde das gesamte Abkommen ausgesetzt oder annulliert.

6) Die RSA würde sich von Anfang an zur Einstellung jeglicher Art Unterstützung für die UNITA-Banden verpflichten und die UN-Behörden müßten den Abbau der UNITA-Basen auf namibischem Territorium verifizieren.

7) Der Rückzug der in der Provinz Cabinda und anderen Regionen des Nordens der VR Angola stationierten kubanischen Truppen einschließlich der in der Hauptstadt des Landes würde nach einem eigenen, zu diesem Zweck zwischen der VR Angola und Kuba vereinbarten Zeitplan festgelegt. (...)

Danach haben wir am vergangenen 9. Oktober als Beweis der Ernsthaftigkeit, mit der Angola die Verhandlungen durchführt, einen Ergänzungstext zu der Plattform vorgelegt, in dem unsere genauen Vorschläge hinsichtlich des kubanischen Militärpersonals klar dargelegt sind.

Der vollständige Text des Dokumentes lautet folgendermaßen (...):

Erstens: Über die Abteilung kubanischer Truppen im Süden Angolas (ATS)

1. Innerhalb von 24 Monaten nach Ankunft des UN-Truppenkontingents zum Zwecke der Anwendung der Resolution 435 (1978) des Sicherheitsrates werden die 15.000 Mann von der gegenwärtigen Linie, die sie im Süden Angolas verteidigen – Namibe – Lubango – Matala – Jamba – Menongue – in folgender Weise zurückgezogen werden:

- von der 16. Woche an in einem Zeitraum von 4 Monaten 5.000 Mann;
- vom 12. bis zum 16. Monat weitere 5.000 Mann;
- vom 20. bis zum 24. Monat zusätzlich 5.000 Mann.

Während dieser Zeitspanne würden die kubanischen Truppen zu keinem Moment den 16. Breitengrad in 160 km Entfernung von der Grenze zu Namibia und 1.360 km vom Oranje-Fluß, überschreiten.

2. Die restlichen, aus etwa 5.000 weiteren Mann bestehenden ATS-Truppen, die hinter der erwähnten Linie stationiert sind, würden zwischen dem 32. und dem 36. Monat abgezogen.

Diese Truppen würden in diesem 3. Jahr zu keinem Zeitpunkt den 13. Breitengrad in mehr als 500 km Entfernung von der Landgrenze zu Namibia und in 1.700 km Entfernung vom Oranje-Fluß überschreiten. D.h., daß vom 24. Monat an keine Truppeneinheit

der ATS den 13. Breitengrad überschreiten würde. Auf diese Weise würden in 36 Monaten ungefähr 20.000 Mann der kubanischen Truppen aus Angola abgezogen sein.

Zweitens: Über den Rest der kubanischen Truppen in Angola

1. Der Rest der kubanischen Truppen, die mit der Verteidigung des Südens des Landes nichts zu tun haben und auch in keinerlei Beziehung sei es zu Namibia, sei es zu Südafrika stehen, würden – wie in Punkt 5.7. der Plattform dargestellt – nach einem davon unabhängigen Zeitplan abgezogen, den die VR Angola und Kuba zu gegebener Zeit vereinbaren.

Diese restlichen Truppen werden ebenso zu keinem Zeitpunkt den 13. Breitengrad überschreiten. (...)

4. Die VR Angola besitzt keine organisierten und mit dem nötigen kulturellen Niveau ausgestatteten Ressourcen an Menschen, noch verfügbare materielle oder finanzielle Mittel, um einen Krieg gegen die Banden der UNITA und andere Marionetten-Organisationen zu führen und gleichzeitig die kubanischen Truppen und Waffen an den strategischen Punkten im Süden, Zentrum und Norden des Landes zu ersetzen.

Angola muß vor allem die Banditen bekämpfen, die, aus dem Ausland unterstützt, ausgebildet und ausgerüstet, dem Land beträchtliche menschliche und wirtschaftliche Verluste beigebracht haben und weiter beibringen.

Zugleich wird es, falls bei den gegenwärtigen Verhandlungen eine Übereinkunft zustande kommt, in nur 36 Monaten das Potential an Männern und Ausrüstungen der kubanischen Truppenverbände im Süden zu ersetzen und die Verantwortung für die von ihnen gehaltenen Anlagen und Stellungen zu übernehmen haben.

Aus diesem Grund kann Angola nur nach der Durchführung dieser Ersetzung und wenn der Frieden und die innere Ordnung gesichert sind, selbst die Aufgaben wahrnehmen, die der Rest des kubanischen Militärpersonals zum Schutz der Sicherheit und Integrität des Landes erfüllt. Dies erfordert Zeit, beträchtliche Mittel und eine außerordentliche Anstrengung bei der Ausbildung von Fachkräften und seines technischen Personals. (...)

Es können von Angola Zugeständnisse weder gefordert noch erwartet werden, die verhängnisvoll für seine nationale Integrität und die Entwicklung seines politischen und sozialen Prozesses wären und bedeuten würden, daß die Opfer Zehntausender seiner besten Söhne und Töchter der Vergessenheit anheim fallen. (...)

Schließlich möchte ich Ihnen, Herr Generalsekretär, mitteilen, daß Angola diese Verhandlungen in enger Koordination mit Kuba führte und über dessen volle Unterstützung verfügt. Zugleich wurde die Führung der SWAPO über die Entwicklung der Verhandlungen unterrichtet. (...)

José Eduardo dos Santos
Präsident der Volksrepublik Angola
(Quelle: Angola Information Bulletin, London, Nr. 97/26.11.1984)

Pierre Clay Zweischneidiges Lomé III

Am 1. März d.J. wird das dritte Lomé-Abkommen in Kraft treten. Es wurde am 8. Dezember 1984 in der Hauptstadt Togos unterzeichnet, nachdem die 64 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) und die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) nach monateangen Diskussionen in den letzten Novemberwochen 1984 zu einer Einigung gelangt waren (zu den Hintergründen der Lomé-Abkommen siehe: AIB 7-8/1979, S. 67ff.; d. Red.).

Interessanterweise ist der entscheidende Punkt, nämlich die Höhe der durch dieses Abkommen vorgesehenen Finanzierung, nicht Gegenstand einer direkten Verhandlung. Die Logik der Lomé-Abkommen schließt eine Verhandlung auf dieser Ebene aus, da es die Länder der EG sind, die sich im Rahmen der Aktivitäten des Europäischen Entwicklungsfonds (FED) und der Europäischen Investitionsbank (BEI) verpflichten, einen gewissen Teil der EG-Finanzierung für die finanzielle Realisierung des Abkommens bereitzustellen.

Gekürzte EG-Hilfe

Alles in allem werden 7,4 Mrd ECU¹ von der EG für das Lomé-Abkommen aufgewendet; die Forderung der AKP-Länder lag bei 8,3 Mrd ECU.

Man wird sich daran erinnern, daß das zweite Lomé-Abkommen bei seiner Unterzeichnung im Oktober 1979 finanzielle Verpflichtungen bis zu 4,5 Mrd ECU vorsah. Aktualisierte man diese Summe entsprechend der weltweiten Inflationsrate, der Bevölkerungszunachsrage, des Hinzukommens neuer Staaten, ganz zu schweigen von den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Dürre, Verfünffachung der Schulden...), erschiene die Forderung der AKP-Länder gering.

Die EG-Kommission hatte im übrigen den Finanzbedarf auf etwa 8,5 Mrd ECU geschätzt. Aber der EG-Ministerrat, in dem die 10 Mitgliedsstaaten vertreten sind, war von einer wesentlich niedrigeren Summe ausgegangen: 7 Mrd ECU plus 1,1 Mrd ECU Darlehen der BEI.

Die schließliche Festlegung auf 7,4 Mrd ECU ist demnach ein Kompromiß, der eher den europäischen Staaten zugute kommt, vor allem, wenn man bedenkt,



BMZ-Minister Warnke zu Gast in Lomé (Togo)

daß während der Hauptlaufzeit des Abkommens, die bis zum Februar 1990 dauert, zwei zusätzliche Länder den EG-Haushalt mitfinanzieren werden (Spanien und Portugal).

Man muß sich außerdem die Funktionsweise der Lomé-Abkommen vergegenwärtigen, um den genauen Wert solcher finanzieller Verpflichtungen einschätzen zu können. Die vorgesehenen Summen stellen keine automatische und globale Hilfe von seiten der EG dar.

Auf Lomé II bezogen, hatten von den gesamten Verpflichtungen (5,3 Mrd ECU einschließlich der Darlehen der BEI) 56% der Mittel den Status von Subventionen, während der andere Teil in Form von Darlehen gegeben wurde oder in Regulierungs-Systeme wie Stabex oder Sysmin eingebunden war.²

Grünes Licht fürs Privatkapital

Zwischen den ursprünglich eingegangenen Verpflichtungen und dem Tempo der realen Umsetzung des Abkommens besteht folglich eine große Diskrepanz zuungunsten der AKP-Länder:

Ende 1983 waren von einer Finanzausstattung von 5,2 Mrd ECU ganze 2,68 Mrd ECU eingesetzt worden, d.h. nur die Hälfte der Gesamtsumme, während Lomé II am 1. März 1980 in Kraft trat. Man wird diese Situation in Bezug zum Bankrott des Garantiesystems für Agrareinnahmen – Stabex – setzen, das 1980-81 nur 50% des Bedarfs der AKP-

Länder abdeckte.

Wegen der Verfahrensweise bei der Mittelvergabe gab es sehr starke Gegensätze zwischen den EG-Ländern und den AKP-Ländern. Sie wiesen darauf hin, daß „der Dialog über die Programmierung“ der Projekte der EG (d.h. über die Entwicklungsprogramme der AKP-Länder; d. Red.) zu große Möglichkeiten der Einmischung in ihre nationale Politik eröffnen würde. Formal haben sich die AKP-Länder durchgesetzt.

In seinem Inhalt erscheint Lomé III in erster Linie als eine Korrektur von Lomé II. Dabei wären z.B. die Verbesserungen in der Kalkulation von Stabex sowie erweiterte Interventionsmöglichkeiten von Sysmin zu nennen. Das Schwerkraft liegt vor allem auf der Sicherstellung von Nahrungsmitteln, und zwar durch Dringlichkeitsverfahren, gekoppelt mit der Ausrichtung der Agrarpolitik auf Selbstversorgung.

Die in den letzten Jahren in einigen Ländern propagierten Nahrungsmittelstrategien wird man auch auf andere ausdehnen können. Im Fischereibereich eröffnet Lomé III den EG-Fangflotten einen Zugang zu den Fangzonen der AKP-Länder. Dies geschieht gegen eine Bezahlung, die die Entwicklung der lokalen Fangflotten fördern soll.

Die Zukunft wird zeigen, ob dieses System eine ausgewogene Entwicklung der Nutzung ihrer Fischfangreserven gewährleistet.

Die im Laufe von Lomé II initiierten



In die EG exportierter Rohsisal aus Tansania

Industrieprojekte haben nicht die erhofften Resultate gebracht.

Ohne daß das neue Abkommen einen expliziten Hinweis darauf enthält, haben das Europäische Parlament und die Kommission ihre Bemühungen auf die Nahrungsmittel- und Agrarfragen konzentriert, um sich der Industriefragen zu entledigen, die immer mehr dem Privatsektor überlassen werden.

In einem Bericht von 1983 äußerte das Europäische Parlament den Wunsch, „daß in Zukunft privates Kapital stärker zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten herangezogen würde, und daß die Gemeinschaft und die Mitgliedsstaaten entsprechende Anreize schaffen; im besonderen soll das neue Abkommen Möglichkeiten zur Förderung und Garantierung privater Investitionen in den AKP-Ländern vorsehen“.³ Lomé III hat ein solches Garantiesystem nicht vorgesehen, aber es ist viel davon die Rede, einen gemeinsamen Versicherungsfonds zur Garantierung der Privatinvestitionen zu schaffen.

Es ist überraschend, daß zu einer gemeinsamen staatlichen Organisation von EG- und AKP-Ländern ein dritter Partner hinzukommt, der keiner politischen Kontrolle unterliegt. Auf dieser Ebene liegt ein Risiko, das es erforderlich macht, die überschwengliche positive Einschätzung des Lomé-Abkommens als Modell für die Nord-Süd-Kooperation sehr differenziert zu beurteilen. In der Vergangenheit haben multilaterale Abkommen, die den Privatinteressen einen zu großen Raum gaben, noch nie die Resultate gehabt, die der Entwicklung besonders förderlich waren.⁴

Aber nach dem Auslaufen der zwei Abkommen haben sich die Befürchtungen hinsichtlich der Lomé-Abkommen gewandelt: Es ist nicht so sehr das stärkere Abhängigkeitsverhältnis der AKP-Staaten gegenüber der EG, das beunruhigend ist, sondern die Unwirksamkeit und Unzulänglichkeit der Hilfe.

Auf handelspolitischer Ebene geht der Austausch zwischen den beiden Regionen zurück: 1975 machte der Anteil der AKP-Länder an den Importen der EG 7% aus, 1982 waren es nur noch 5,5%.

Im gleichen Zeitraum sind die Exporte der EG in die AKP-Länder von 6,9 auf 6,4% gefallen. Die europäischen Investitionen im Bergbau Afrikas sind zugunsten anderer Regionen der Welt ständig zurückgegangen. Der Anteil der afrikanischen Industrie am Weltindustriepotential bleibt sehr gering: 0,72% 1960, 1,1% 1982.

Insgesamt schlägt die Weltwirtschaftskrise (die die – mehrheitlich afrikanischen – AKP-Länder noch härter trifft) auf die Lomé-Abkommen durch. Sie haben es nicht vermocht, die Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und den AKP-Ländern entscheidend zu mildern.

Alle Dokumente zur Vorbereitung von Lomé III aus europäischen Kreisen zeigen, daß, wenn die handelspolitische Annäherung auf Kosten der öffentlichen Hilfe gefördert werden soll, nicht die jeweiligen Märkte der beiden Zonen gemeint sind, sondern die Drittmärkte. Dies wird dadurch belegt, daß die Produkte der AKP-Länder zu 99,5% zollfreien Zugang zum europäischen Markt haben, Lomé III aber immer noch keine

Liberalisierung für die 5/10 vorsieht, die Beschränkungen unterliegen.

Dabei stellen diese einen bedeutenden Wert bei den Exporten der AKP-Länder dar, haben jedoch „den Nachteil“, direkt mit der Agrarpolitik der Gemeinschaft zu kollidieren.

Lomé III stellt also lediglich eine einfache finanzielle Hilfe für die Entwicklungsprojekte dar und besiegelt gleichsam das wirtschaftliche Desinteresse der europäischen Staaten an der Region südlich der Sahara.

Vertrag zwischen Ungleichen

Dieses mangelnde wirtschaftliche Engagement kann die politische Bedeutung des Abkommens freilich nicht schmälern. Es sind gerade die ärmsten und den Witterungsschwankungen am stärksten ausgesetzten Länder, die für politischen Druck am empfänglichsten sind.

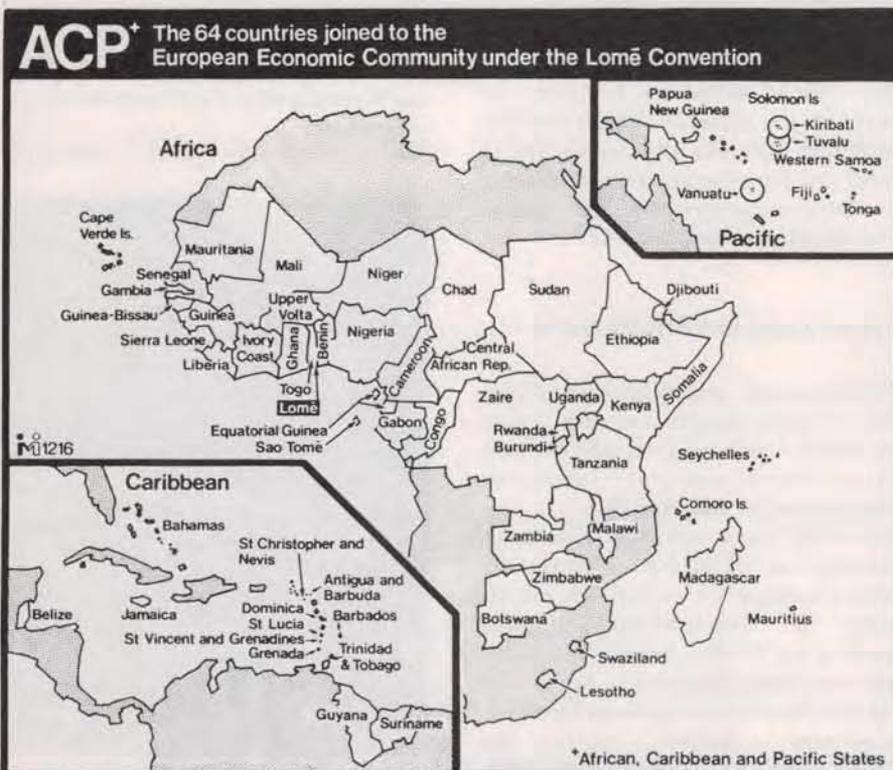
Für die anderen hängt alles von der Ausrichtung ihrer nationalen Politik ab. Der erwartete Beitritt von Angola und Moçambique zu Lomé III muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die Präambel des Abkommens spricht vom Geist der Gleichheit zwischen den Mitgliedern. Und das Hinzukommen dieser neuen Staaten könnte dieser Formulierung tatsächlich einen realen Inhalt geben, „die sich im Laufe der Jahre zu der Einstellung gewandelt hat, daß das dominierende Mitglied alles daran setzt, aus dem anderen einen ohnmächtigen Partner zu machen“.⁵

Die Zweischneidigkeit der Lomé-Abkommen ist im übrigen niemals bestritten worden, da die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen stark miteinander verflochten sind. Lomé III wird diese Tendenz verstärken, da ein besonderer Hinweis auf die Respektierung der Menschenrechte und der Grundrechte vorgesehen ist. Bei den Entwicklungszielen wird die Menschenwürde hervorgehoben werden, wobei die Apartheid eine Verletzung derselben darstellt. Niemand erwartet, daß die EG für ihre Beziehungen mit Südafrika daraus Konsequenzen zieht.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 337/17.12.1984, S. 87-88)

Anmerkungen:

- 1) 1 ECU = 2,24 DM (seit dem 18.5.1983)
- 2) Stabex ist ein Unterstützungssystem für Exporteinnahmen aus Agrarprodukten, System ein Korrektursystem für die Produktion der exportierenden Länder.
- 3) Bericht von Ulrich Irmer, Europäisches Parlament, 1983
- 4) Siehe z.B. den Fall des Industry Cooperative Programme bei der FAO. Vgl. Susan George, Les Stratèges de la faim, Paris 1981
- 5) Erklärung von M. Cavaleva vor der beratenden Versammlung EG-AKP, Berlin (West) 1983





Volodia Teitelboim

Pablo Neruda – Schöpfer des chilenischen Geistes

Von bleibender Aussagekraft Pablo Nerudas (1904-73), des berühmtesten Dichters Chiles, zeugt zur Jahreswende 1984/85 seine Allgegenwärtigkeit in der hiesigen Kulturszene: An der Kölner Oper lief die von J.P. Ostendorf inszenierte Oper „Murieta“ an, wobei Nerudas Schauspiel „Glanz und Tod des Joaquin Murieta“ als Vorlage diente. Nerudas überragendes Werk, sein Versepos „Der große Gesang“ (erstveröffentlicht 1950 und vor einigen Jahren vertont von M. Theodorakis, M. Farantouri), der Grundstein der zeitgenössischen Literatur Lateinamerikas, erschien in der Sammlung Luchterhand. Damit sind erstmals alle bedeutenden Gedichtzyklen des chilenischen Poeten, darunter Aufenthalt auf Erden und Liebesgedichte, in deutscher Sprache zugänglich; ebenso seine geläufigsten Essays in „Der gemordete Albatros“ und seine höchst empfehlenswerten Memoiren „Ich bekenne, ich habe gelebt“. In bundesdeutschen Kinos ist derzeit ferner eine Verfilmung der letzten 5 Lebensjahre Pablo Nerudas zu sehen: Antonio Skarmetas Erstlingsfilm „Mit brennender Ungeduld“, in dem sich die intime Beziehung des Dichters zum chilenischen Volk in seiner Freundschaft zum Briefträger Mario verkörpert.

Pablo Neruda, Sohn eines Lokomotivführers, der in Südkhile (Temuco) aufwuchs und in Santiago studierte, veröffentlichte sein erstes Buch 1923. Neben seiner Tätigkeit als Konsul bzw. Botschafter u.a. in Burma, Ceylon, Argentinien, Spanien, Mexiko und Frankreich machte er vor allem von sich reden mit seinem Engagement im spanischen Bürgerkrieg (1936-39), mit seiner Wahl zum kommunistischen Senator in Chile (1945), zum Präsidenten des chilenischen Schriftstellerverbandes (1957) und mit seiner Unterstützung der Präsidentschaftswahlkämpfe Salvador Allendes (1964 und 1969). Sein Begräbnis knapp 14 Tage nach dem Sturz Allendes wies ihn als Symbol auch des antifaschistischen Widerstands gegen die Pinochet-Diktatur aus.

Höhepunkte von Nerudas schriftstellerischem Schaffen waren die Verleihung des Lyrikpreises der Stadt Santiago 1944, des Lenin-Friedenspreises 1950 und des Nobelpreises für Literatur im Jahr 1971. Nerudas Poesie und Prosa versteht sich zuallererst als parteiisch zugunsten der Besitzlosen, der Arbeiter, als verknüpft mit ihrem Kampf. Er verknüpft die Wiederbelebung des lateinamerikanischen Kulturerbes, der Träume und des Protestes, mit einer leidenschaftlichen Zuneigung zu seinem Vaterland Chile, d.h. mit der Entschlossenheit „auf überlegte Art national“ zu sein. Seine auffällige Heimat- und Naturverbundenheit gehen einher mit einem starken Engagement für den Weltfrieden und für den revolutionären Prozeß Lateinamerikas – ein Selbstverständnis, das er in seiner Nobelpreisrede des Jahres 1971 mit am deutlichsten zu Papier brachte (siehe Kasten „Pflichten des Dichters“).

Sein chilenischer Mitstreiter, der im Exil lebende Schriftsteller Volodia Teitelboim, hielt kürzlich Rückschau auf Neruda. Wir bringen Ausschnitte.

Der chilenische Dichter Pablo Neruda nannte seine Erinnerungen „Ich bekenne, ich habe gelebt“. Und das hat er getan, intensiv.

Was aber hieß für Neruda leben? Es war für ihn alles, was das Dasein einschließt, vor allem aber drei Dinge: Dichter sein, für eine gerechte und menschliche Gesellschaft kämpfen und lieben.

Innerhalb solchen Entwurfs vom Sein machte er aus dem Leben eine Kunst. Sie war für ihn nicht der einsame Turm, sie bedeutete für ihn, sich ganz und gar seinem Land und der Welt zu verbünden.

Seines reichen Registers wegen ist Pablo Neruda auch ein universeller Dichter. Nur so ist zu erklären, daß er ein Mann für die vier Jahreszeiten und für alle Meridiane ist.

Für Neruda ist der Dichter weder der Fürst der Wolken noch ein auf die Erde Verbannter, wie der Albatros Baudelaire, der auf ihr wegen seiner riesigen Flügel nicht laufen kann.

Umgekehrt. Nerudas Aufenthaltsort ist die Erde. Seine Wohnstatt ist der Mensch. Und seine Geschichte ist die Geschichte, wie sich der Mensch gerade auf dem Erdball zum Menschen macht.

Ein Ereignis, ein Datum steht am Beginn seines Lebenszyklus: die russische Revolution (siegreich im Oktober 1917; d. Red.). Dieses Ereignis hört nicht auf, sein Gehen zu lenken, seine raumumgreifenden Schritte, seine Dichtung; eine Dichtung, „die sich nicht in einem Zimmer zufriedengibt“ und die sich nicht zum Himmelsgewölbe aufmacht, sondern hin zum Leben in der Gesellschaft. Neruda ist ein Lehrer des Volkes. Er trägt dazu bei, daß es sich seiner eigenen Bedeutung bewußt wird. Er ist deshalb auch ein Schöpfer des chilenischen Geistes. Neruda hat nicht nur die Literatur erneuert und nicht nur die Sprache bereichert. Er gab seinem Volk den Vorschlag für ein besseres Land wieder, einen Entwurf, in den Wurzeln dieses Volkes geboren, ein Konzept, welches die besten Werte festhält, die den Chilenen eigen sind.

Natürlich führte ihn dieses sein Unterfangen nicht auf die Plattheiten eines Hurratriotismus. Er gab dem kollektiven Bewußtsein, dem kollektiven Stolz eine moralische Dimension, jene der Identifizierung Chiles mit den festen Fundamenten der Menschlichkeit. Der Horizont des Dichters endet nicht am Andengebirge und nicht im ozeanischen Süden.

Die Heimat, von der Neruda träumte, ideal für eine neue Welt aller Völker zu verwenden, diese Heimat ist langgestreckt und schmal, mit Wurzeln einer armen vorspanischen Zivilisation, die in Chile karge Spuren hinterließ.

Eine Heimat, die Neruda größer machte als sie ist, weil er sie in seiner Dichtung

ausdehnte und vertiefte. In diesem Land gab es unbekannte Strecken, bis Neruda kam, sie zu erforschen. Er entdeckte den Chilenern ihre bis dahin noch verschlossenen, unveröffentlichten, unerschaffenen Seiten. Und trug auf solche Weise dazu bei, sich ihres Wesens, des Ursprungs ihres Seins, ihrer tiefsten Dinge bewußter zu werden.

Sein poetisches Forschen führte dahin, das chilensische Volk neu zu entdecken, neu zu sehen. Er brachte ihm – ein Schöpfer und Inspirator – die neue Vision von der Gesellschaft, des Landes, der Kultur nahe. Das heißt, er betrat die Herzkammern Chiles. Und führte es ihm vor Augen, brennend, nackt.

Vor das beschattete Gesichtsfeld der einfachen und geschlagenen chilensischen Menschen, umgeben vom Meer, breitete er den Schnee der Kordillere aus, das duftende Holz der Araucania, den Hunger, den Tod und den Wert des Lebens. Er zeichnete sein Volk nicht nur auf neue Weise, in seiner fruchtbaren und in seiner unfruchtbaren Geographie.

Sein unzerstörbares menschliches Sein ist heute vom Faschismus verwundet. Neruda war eines der ersten herausragenden Opfer. Ein gewisses symbolisches Pathos griechischer Tragödie liegt in seinem Tod.

Neruda und Allende haben ihren Gegenpart in Pinochet. Es gibt nichts Gegen-

Die Pflichten des Dichters

Was insbesondere uns, die Schriftsteller des weiten amerikanischen Raums, betrifft, so ergeht an uns unablässig der Ruf, diesen riesigen Raum mit Wesen aus Fleisch und Blut anzufüllen. Wir sind uns unserer Pflicht als Bevölkerungsbewußter und während uns gleichzeitig die Pflicht zu einer kritischen Verständigung in einer unbewohnten, gleichwohl von Ungerechtigkeit, Strafe und Schmerzen erfüllten Welt als wesentlich erscheint, fühlen wir uns auch gehalten, die alten Träume wiederaufzunehmen, die in den Steinstatuen schlummern, in den alten, zerstörten Monumenten, in dem weiten Schweigen planetarischer Pampas, dichter Urwälder und donnergleich singender Flüsse. Wir müssen die Gebiete eines stummen Kontinents mit Worten anfüllen...

Da ich diese Pflichten des Dichters – in der Wahrheit oder im Irrtum – bis auf ihre letzten Konsequenzen ausdehnte, beschloß ich, daß meine Haltung vor der Gesellschaft und vor dem Leben in aller Bescheidenheit auch parteiisch sein sollte. Ich beschloß es angesichts glorreicher Fehlschläge, einsamer Siege, täuschender Niederlagen. Als einer, der auf die Bühne der Kämpfe Amerikas gestellt ist, begriff ich, daß meine Aufgabe als Mensch keine andere war, als mich der weitgespannten Kraft des organisierten Volkes anzuschließen, mich mit Blut und Seele, Leidenschaft und Hoffnung anzuschließen, weil nur aus diesem angeschwollenen Sturzbach die für die Schriftsteller und für die Völker notwendigen Veränderungen hervorgehen können...

Unsere Leitsterne sind der Kampf und die Hoffnung. Aber es gibt keinen Kampf und keine Hoffnung in der Einsamkeit. In jedem Menschen fließen längst vergangene Epochen, Trägheit, Irrtümer, Leidenschaften, die drängenden Probleme unserer Zeit, die Schnelligkeit der Geschichte zusammen...

Ich habe den schwierigen Weg der mit anderen gemeinsam getragenen Verantwortung gewählt, und anstatt die Anbetung des Individuums als Sonne und Mittelpunkt des Systems zu erneuern, habe ich es vorgezogen, mich in aller Bescheidenheit in den Dienst eines beachtlichen Heeres zu stellen, das sich streckenweise irren kann, das jedoch unermüdlich geht und jeden Tag vorrückt und den anachronistischen Starkköpfen ebenso die Stirn bietet wie den überheblichen Ungeduldigen. Denn ich glaube, daß meine Pflicht als Dichter mir nicht nur Brüderlichkeit mit der Rose und der Symmetrie, mit der verherrlichten Liebe und der unendlichen Wehmut auferlegt, sondern auch mit den spröden menschlichen Aufgaben, die ich in meine Poesie aufgenommen habe.

(Rede Pablo Nerudas anlässlich der Verleihung des Literatur-Nobelpreises 1971)

sätzlicheres zu Nerudas Entwurf von Chile als das faschistische Unterfangen der Zerstörung. Mit unsäglichem Gewalt soll das gefürchtete Gespenst des wirklichen Chile ausgetrieben werden.

Aber der faschistische Putsch taucht einen Hintergrund in grelles Licht, den der Dichter in seinem Werk als das obskure Antichile denunzierte. Ein Antichile, welches dem Land in der Stunde tiefer Krise und Gefahr an die Kehle springt, um die Vorherrschaft des dumpfen Privilegs zu sichern.

Neruda und Pinochet – die Antipoden. Neruda benutzte sein einflußreiches Werk, um einem zivilisierten, verjüngten und zugleich kultivierten Chile Gestalt zu geben und es zu popularisieren; einem Land, das ideologisch durch das Erbe aller fortschrittlichen Strömungen der Vergangenheit bereichert ist, das unwiderruflich offen ist für die Orientierung des Sozialismus, offen für die Gestalten der neuen Welt, die sich in so vielen Räumen des 20. Jahrhunderts zeigen.

In seiner Dichtung – und vergessen wir seine gehaltvolle Prosa nicht – entwickelte er ein Bild, das bis heute lebendig ist und von den besten Chilenern wie eine kostbare, unauslöschliche Fackel in der Nacht des Terrors mitgeführt wird.

Das Gefecht zwischen beiden Konzepten eines Chile gestaltet sich als schwieriger Kampf. Jede Alternative der Befreiung wird die Idee Nerudas von einem sittlichen, wahrhaft menschlichen Chile aufnehmen, die kein bloßes Zurück sein wird. Denn niemals kehrt man zu dem

zurück, was war. In ihrer Kraft wird ein neues Potential wirken, das ganz selbstverständlich über das Literarische oder die historische Tradition hinausgeht. Aber Neruda wird jeden Streit mit seinem inspirierenden Atem beleben, mit seinem verschwenderischen Repertoire, das die positiven und revolutionären Werte unterstreicht. In diesem Sinn schreibt Neruda einen Epilog für jene Epoche, die zwölf Tage vor ihm starb (gemeint ist der Putsch gegen die Regierung Allende vom 11.9.1973; d. Red.), und er schreibt gleichzeitig ein Präludium für das Chile, das nach dem Faschismus kommen wird. Dieses Vorwort wird das Volk vervollständigen.

Bei allem, was er geschrieben, gesagt und getan hat, wird es für niemanden leicht sein, ihn zu verfälschen, zu entführen, ihm seine wirkliche Identität zu rauben. Und außerdem hält sein Werk seine Art autobiographischen Rekord.

Seine Dichtung ist kein schönes oder liegengelassenes Spielzeug. Auch kein Fossil. Sie gibt Rechenschaft über das große Abenteuer. Sie ist mit historischem Sinn befrachtet, nicht nach der Art eines Museums, sondern mit dem Erstaunen, den Faszinationen des Daseins, mit der Genealogie seiner Gefühle, mit der Flugbahn seiner Ideen, dem Entdecken des Unbekannten, seinen ungestümen Lieben und seiner sehr bestimmten Verachtung gegenüber dem Mißbrauch des Menschen.

Man muß nicht umständlich forschen, um dem revolutionären Denken des Dichters, seiner sozialen Unruhe zu begegnen. Weder Detail noch Zufall kenn-

Die große Freude

Das Dunkel, das ich durchforschte, gehört mir nicht mehr an.

Ich besitze des Mastes dauerhafte Freude, das Erbe der Wälder, den Wind der Wege und unter dem irdischen Licht einen entschlossenen Tag.

Ich schreibe nicht, damit neue Bücher mich gefangenhalten, nicht für versessene Kunstjünger der Lilie, sondern für schlichte Erdenbewohner, die Wasser und Mond verlangen, Elemente der unwandelbaren Ordnung, Schulen, Brot und Wein, Werkzeuge und Gitarren.

Ich schreibe für das Volk, auch wenn es mit seinen ländlichen Augen meine Dichtung noch nicht lesen kann. Der Augenblick wird kommen, in dem eine Zeile, die Luft, von meinem Leben erregt, dringen wird an sein Ohr, und dann wird der Landmann die Augen aufheben, wird, Steine brechend, der Bergmann lächeln, der Lastenträger die Stirn sich wischen, der Fischer schöner den Glanz erblicken eines Fisches, der zuckend ihm die Hände versengt, sauber und frisch gewaschen, nach Seife duftend, wird der Mechaniker meine Gedichte zu erforschen trachten, und sie vielleicht werden sagen: „Er war ein Kamerad.“

Das genügt, das ist die Krone, die ich erstrebe.

Ich möchte, daß beim Ausgang von Fabriken und Gruben meine Dichtung der Erde verhaftet sei, der Luft, dem Sieg des mißhandelten Menschen. Ich möchte, ein Jüngling fände in der Härte, die ich erschaffen mit Biagsamkeit und Metallen, wie einen Schrein sie öffnend, von Angesicht zu Angesicht das Leben, und die Seele versenkend, möge er an Lichtböen rühren, die meine Fröhlichkeit schufen auf stürmischem Gipfel. (Aus: „Der Große Gesang“, Kapitel XV)

zeichnen sie, vielmehr seine Haltung; als das Bewußtsein der Notwendigkeit, ein immer waches Bewußtsein, dem jeder unnütze Ästhetizismus ebenso fremd ist wie jeder banale Soziologismus.

Der Dichter arbeitet mit dem Gedächtnis, er arbeitet mit dem „Ich muß mich an alles erinnern“. Er hat sich erinnert, und das führte ihn zu bestimmten Schlußfolgerungen. Zum Beispiel: „Es gibt viel zu regeln in dieser Welt, um zu erproben, daß wir alle gut sind...“

Neruda ist weder eine Erinnerung noch ein uns ferner Mensch. Wenn er es auch, den Primitiven gleich, verweigert, ein fest umrissenes Bild zurückzulassen, so gibt es in seiner Poesie enorme Reserven, nicht aufgespürte Fundorte. Es wird lange Zeit brauchen, diese Dichtung zu klassifizieren, sie in ihren ersten und in ihren dritten Jahrgängen zu ergründen. Man wird viele Studierende brauchen, um seine Masken zu enträteln, um die Gongs zu berühren, die er aus dem Osten brachte, und die Tambore, die er von Spanien zu uns trug.

Eine Dichtung in Erwartung. Sie wartet auf jenen, sie wartet auf alle, die nach Abenteuern dürsten oder heldenhaften Eroberungen, die in die Liebe versinken wollen oder hinabgleiten in die Aquarien.

Poesie der Barfüßigen

Eine Charakteristik: In diesem Universum gibt es keine Statuen von Marmor. Es enthält die kräftigen Gerüche der Menschen, die Durchsichtigkeit der wilden Tiere und auch die Beschreibung jener Banditen, die Menschenköpfe sammeln. Seine Feder mit grüner Tinte sagte alles: das Geliebte und das Verabscheute, die Dürre und die Fruchtbarkeit, den widerlichen Verfall, der der Faschismus ist, und die ozeanischen Reserven des Volkes.

Er bewunderte den Regengott, aber Opfer von Menschen akzeptierte er nicht. Er hinterläßt dem Menschen ein Depot, mit Heiligem und Profanem, eine die Sinne verwirrende und riesige Erbschaft, in der der Schatz seiner Dichtung verborgen ist, keine bewegungslose Frau. Sein Werk ist die Fortführung seines wunderbaren Lebens, das Vermächtnis eines Mannes, der verschiedene Epöpen schrieb, der Haut und Herz in die Dichtung legte, der nicht nur eine Botschaft hinterließ, sondern eine poetische Epoche, eine, in der die Barfüßigen in diesem Jahrhundert zu sehen sind und der dunkle Strom der kollektiven Träume, das Persönliche, die Städte im Krieg, die Pestepidemien, der Mensch, der Mensch, einer, der trotz alledem dem Menschen vertraut.

Mißverständliches zu Angola

In dem Artikel von W. Geisler zur militärischen Zusammenarbeit BRD-Südafrika in AIB 1/1985, S. 11 ist eine zumindest mißverständliche Passage enthalten.

Dort wird eingangs festgestellt, daß Südafrika gemeinsam mit „angolanischen Einheiten“ den Süden Angolas gegen SWAPO-Freiheitskämpfer kontrolliert. Unter dem Begriff „angolanische Einheiten“ könnte man Einheiten der angolanischen Streitkräfte vermuten. Da jedoch zwischen Angola und Südafrika keine derartigen Abkommen bestehen und nichts auf eine solche Zusammenarbeit schließen läßt, können ja wohl nur Einheiten der UNITA-Banden Jonas Savimbis gemeint sein. *Peter Grabinsky, Hamburg*

Anmerkung der Redaktion: In der Tat können – aus unserer Sicht – damit nur die „Contras“ der UNITA gemeint sein. Wir stimmen da P. Grabinsky voll zu. Es bleibt selbstkritisch anzumerken, daß, um eine solche Mißverständlichkeit auszusräumen, an besagter Stelle eine redaktionelle Anmerkung erforderlich und angebracht gewesen wäre.

Entgegnung zum Bericht über den PLO-Nationalrat von Amman

Der Beitrag von G. Stein, Der Nationalrat von Amman, in AIB 1/1985, S. 33-36, über die 17. Sitzung des „Palästinensischen Nationalrats“ (PNC) in Amman, der sich auf den ersten Blick durch völlige Neutralität auszeichnet, verlangt aus zwei Gründen eine Entgegnung. Der erste ist der, daß eine solche Neutralität nicht angemessen ist, und der zweite der, daß diese Neutralität nur eine scheinbare ist und G. Stein in wichtigen Punkten der rechten Mehrheitsfraktion der PLO zuneigt.

Der Autor ist auf der einen Seite offensichtlich vom Ziel der Einheit der PLO völlig gefangen genommen. Das Problem der Einheit hat eine weit über die PLO hinausgehende Bedeutung. Es mangelt leider überall auf der Welt nicht an Einheits-Fans, die über die Begeisterung für die sicher wünschenswerte größtmögliche Einheit die Frage nach dem Ziel dieser Einheit außer Acht lassen.

G. Stein scheint sich immerhin für einen Zweck der Einheit der PLO zu erwärmen, wenn er schreibt: „Die äußerst maßvollen und pragmatischen Positionen reflektieren deutlich wie niemals zuvor die Absicht der PLO, die besetzten Gebiete auf dem Weg einer Verhandlungslösung zu befreien. Die Absichtserklärung von der 'Verstärkung des bewaffneten Kampfes im Widerstand gegen die zionistische Besatzung' ist da nur mehr von kosmetischer Bedeutung.“

Ich frage mich, was an einer Strategie „pragmatisch“ – und das heißt doch wohl auf Durchsetzbarkeit ausgerichtet – ist, die faktisch von der Möglichkeit ausgeht, unter dem herrschenden (regional sowie zwischen Israel und der PLO) Kräfteverhältnis den expansionistischen zionistischen Siedlerkolonialismus zum Zurückweichen zu bewegen.

Daß dieses Kräfteverhältnis nicht relevant durch Diplomatie zu verändern ist, bedarf nach den bisherigen historischen Erfahrungen wohl keiner weiteren Erläuterungen mehr. Die Voraussetzung für irgendwelche sinnvollen Verhandlungen ist die Entwicklung der verschiedensten Kampfformen, in erster Linie des bewaffneten Kampfes. Die Erfahrungen im



Südlibanon zeigen das. Dieser bewaffnete Kampf kann nicht von einer PLO geführt werden, deren Truppen überall in der arabischen Welt, nur nicht an der zur Zeit einzigen offenen Front im Libanon sind.

Die von G. Stein behauptete politische Stärkung der Position Arafats ist ebenso wie die angeblich wiedergewonnene Handlungsfreiheit der PLO ein Trugbild. Ungeachtet des dubiosen Charakters des syrischen Regimes kann der palästinensische Widerstand nur – mangels der Existenz besserer Regime – im Zusammenwirken mit diesem anstatt im Zusammenwirken mit König Hussein und dem Sadat-Ersatz Mubarak Druck auf Israel ausüben.

Ein anderer perspektivisch wohl noch wichtiger Verbündeter des palästinensischen Widerstandes müssen die fortschrittlichen Kräfte in den arabischen Ländern, z.Z. in erster Linie die des Libanon, sein. Auch auf diesem Gebiet hat die rechte Fraktion – wenn auch leider nicht nur sie – dem Widerstand großen Schaden zugefügt. Das opportunistische Bündnis der Arafat-Fraktion mit der klerikal-faschistischen Tauhidi-Bewegung in Tripolis, die mit ihrem kruden islamischen Fundamentalismus die rechten Kräfte im christlichen Lager politisch stärkt, ist der bisherige Höhepunkt dieser Entwicklung gewesen.

Die Ersetzung des PNC-Präsidenten Khaled Fahoum durch den Sheikh Abdel Hamid al Saleh führt diese gefährliche Entwicklung, vom laizistischen PLO-Programm weg, weiter. Sheikh Al-Saleh wird zwar mitunter angeblich der „rote Sheikh“ genannt. Bei einem jordanischen Minister für die religiösen Stiftungen (auqaf) kann es mit der Röte wohl kaum sehr weit her sein. Ungeachtet dessen ist die Ernennung eines islamischen Würdenträgers zum Präsidenten des höchsten Organes des palästinensischen Widerstandes ausgerechnet in einer Zeit der Reaktivierung des reaktionären Fundamentalismus in der gesamten Region eine für alle fortschrittlichen, laizistischen oder nicht-islamische Kräfte beunruhigende Entwicklung.

Die größtmögliche Einheit des palästinensischen Volkes ist zweifellos notwendig. Auf der Basis, die vom 17. PNC gelegt wurde, wird sie jedoch ihre historische Aufgabe der Befreiung zumindest eines Teils von Palästina verfehlen. Natürlich gibt es andererseits auch keine Garantie für den endgültigen Erfolg des unter den herrschenden Bedingungen äußerst schwierigen bewaffneten Kampfes und überhaupt für die auch nicht widerspruchslöse Strategie der PLO-Opposition. Die Tatsache, daß das palästinensische Volk ein Recht auf seine Heimat hat, genügt leider nicht.

Lothar A. Heinrich, Bonn

Zwischen Tradition und Kolonialismus

Afrikanische Literatur hat es schwer auf dem Buchmarkt der Bundesrepublik, auch wenn nach dem Afrika-Schwerpunkt 1979 der Frankfurter Buchmesse die Situation, zumindest was die Anzahl und Qualität der verfügbaren Übersetzungen angeht, schon sehr viel günstiger geworden ist. Gleiches gilt aber nicht für den Feuilletonteil der Massenmedien, wo afrikanische Literatur so gut wie überhaupt nicht besprochen wird und von der Literatur aus der sog. Dritten Welt allenfalls die lateinamerikanische Literatur, die Literatur des „revolutionären Kontinents“, einigermaßen durchgesetzt ist.

Afrikanische Literatur herauszugeben, ist für die Verlage bis heute meistens ein Verlustgeschäft geblieben. Daß dennoch relativ viele Übersetzungen erschienen sind, kann man sich nur durch verlegerischen Idealismus besonders der kleineren Verlage erklären. Das gilt auch für die Neuerscheinung:

Ngugi wa Thiong'o, Der Fluß dazwischen, Weismann-Verlag, München, 1984, 192 S., 19,80 DM.

Innerhalb der afrikanischen Gegenwartsliteratur ist hierzulande der kenianische Autor Ngugi wa Thiong'o vielleicht noch am relativ bekanntesten. Von ihm liegen bisher schon „A grain of wheat“, „Petals of blood“ und „Devil on the cross“ sowie der Erzählungsband „Secret lives“ in deutscher Übersetzung vor.

Neu erschienen ist jetzt beim Münchner Weismann-Verlag sein Erstlingswerk „The river between“, das er während seiner Studentenzeit an der Makerere-Universität in Kampala/Uganda geschrieben hatte. Diese neue Übersetzung ist sehr zu begrüßen, da sie es dem deutschen Leser ermöglicht, zumindest ansatzweise die literarische Entwicklung im Werk Ngugis zu verfolgen. Natürlich wäre dafür letztendlich die Übersetzung seines Gesamtwerks, zumindest aber einer repräsentativen Auswahl, erforderlich, an die man bei Ngugi als ersten afrikanischen Autor inzwischen schon zu denken wagt.

Inhaltlich geht es in „The river between – der Fluß dazwischen“ um eines der zentralen Themen der afrikanischen Literatur der 50er und 60er Jahre, um den Kampf um die Erhaltung der afrikanischen Identität während der Epoche der Kolonisierung Kenias durch England. Erzählt werden Kindheit, Jugend und frühes Erwachsenenalter eines Gikuyu-Jungen, der, hineingeboren in eine der führenden Familien des Gikuyu-Volks, von seinem Vater dazu ausersehen ist, eine führende Rolle im Kampf um die Erhaltung der traditionellen Gikuyu-Kultur gegenüber der eindringenden europäisch-christlichen Kultur zu übernehmen. Die Ankunft der Europäer hat in dem im Roman geschilderten Gikuyu-Dorf zunächst einmal die Spaltung der Bewohner in einen christlichen Teil und in einen Teil, der der traditionellen Gikuyu-Religion treugeblieben ist, bewirkt.

Ngugi stellt den Held seines Buches mitten in diesen Gegensatz hinein, indem er ihn einerseits in einer traditionellen Gikuyufamilie aufwachsen, andererseits aber die Missionsschule besuchen und ein christliches Mädchen lieben läßt. (In die Missionsschule wurde er vom Vater geschickt, um die Europäer mit ihren eigenen Waffen schlagen zu lernen.) Innerstes Anliegen dieses Helden ist es, eine Versöhnung, eine Synthese, zwischen diesen Kulturen zu finden. Für eine solche Haltung läßt aber die zunehmende Radikalisierung beider sich befeindender Parteien immer weniger Raum. Innerhalb seiner Bezugsgruppe, den um ihre kulturelle Selbstbestimmung kämpfenden traditionellen Gikuyu, kann sie zunehmend nur als Verrat an ihrer Sache aufgefaßt werden. Der Protagonist verliert seine Rolle als charismatische Führerfigur und wird zwischen den Fronten zerrieben.

Bücher, die die Situation der Frauen in der Dritten Welt oder in einzelnen Regionen wie Afrika behandeln, kennen innerhalb des Genres besondere Verkaufserfolge. Beispiel dafür ist Mariama Bäs Roman „Une si longue lettre – ein so langer Brief“, der wohl größte Verkaufserfolg eines Werkes der afrikanischen Literatur in der Bundesrepublik. Das hängt wohl damit zusammen, daß der Leserkreis von Literatur aus der Dritten Welt allgemein und speziell auch der afrikanischen Literatur noch immer weitgehend auf die Dritte-Welt-Szene beschränkt ist, die fast überall mehrheitlich von Frauen getragen wird.

Mit dem Roman **Buchi Emecheta, Nnu Ego – zwanzig Säcke Muschelgeld, Frauenbuchverlag, München 1983, 259 S., 29,80 DM**

hat dieser Verlag ein weiteres Werk einer afrikanischen Schriftstellerin in deutscher Übersetzung herausgebracht, das sich mit der Situation der Frau in der afrikanischen Gesellschaft – hier am Beispiel der Gesellschaft der Ibo in Nigeria – auseinandersetzt. Es ist dies ein Werk, dessen englischsprachige Originalausgabe innerhalb der Frauenbewegung Großbritanniens große Beachtung gefunden hat.

Ich selbst empfand diesen Roman als ein bewegendes Dokument für die doppelte Entfremdung, die der Kolonialismus für die afrikanischen Frauen bedeutete: einmal für die allgemeine kulturelle Entfremdung, die die afrikanischen Frauen gemeinsam mit den Männern zu erleiden hatten, dann aber auch besonders für seine spezifischen Auswirkungen auf die Situation der Frauen. Ihre den Män-

nern untergeordnete Stellung aus der vorkolonialen Zeit verfestigte sich unter dem Kolonialismus, ihre in den traditionellen Gesellschaften immerhin gegebenen Freiräume für Selbstverwirklichung und Gewinnung sozialer Anerkennung aber gingen verloren.

Von der Handlung her erzählt der Roman die Lebensgeschichte einer Ibo-Frau in den letzten vier Jahrzehnten der englischen Kolonialherrschaft über Nigeria bis zum Vorabend der Unabhängigkeit. Sie mußte in ihrem Leben die beiden gegensätzlichen Kulturen, die die soziale Wirklichkeit des heutigen Nigeria bestimmen, vereinbaren: die traditionelle Gesell-



schaftsstruktur des Ibo-Dorfes Ibuza, in die sie hineingeboren wurde, und die westlich-materialistisch geprägte Kultur der Großstadt Lagos, in die sie durch Heirat hineingeworfen wurde.

Diese Aufgabe wäre für sich allein genommen schon schwierig genug, zerbrecen doch in vielen Werken der afrikanischen Gegenwartsliteratur die Protagonisten an eben diesem Kulturkonflikt. Bei diesem Lebensschicksal einer Frau kommt aber noch die spezifische Fremdbestimmung durch die Normen einer männlich dominierten Gesellschaft hinzu, die für eine Frau nur eine einzige Möglichkeit für die Gewinnung einer vollgültigen weiblichen Identität vorsehen, die der Mutterschaft (vornehmlich von Söhnen).

Ist der Romanprotagonistin innerhalb der traditionellen Gesellschaft des Ibo-Dorfes ihrer Jugend diese Möglichkeit der Identitätsgewinnung versagt geblieben – sie bleibt in der ersten Ehe kinderlos –, so bleibt andererseits in der zweiten Ehe in der Großstadt Lagos, wo ihr Leben auf einen nackten Kampf ums Überleben reduziert ist, die mit der Mutterschaft verbundene soziale Anerkennung, die materielle und emotionale Sicherheit aus. Am drastischsten wird dies durch ihren einsamen Tod, trotz der in dieser Ehe geborenen sieben Kinder verdeutlicht.

Ich habe dieses Buch einerseits als Denunziation des Patriarchalismus innerhalb der afrikanischen Kulturen gelesen (für die die nigerianische Ibo-Kultur als Beispiel steht), andererseits aber auch als Anklage gegen die durch den Kolonialismus bewirkte kulturelle Korruption und materielle Verelendung allgemein.

Dietlinde Haug

Ngugi wa Thiong'o
**DER FLUSS
DAZWISCHEN**
Roman · Weismann Verlag



Buchtips: Südafrika



Dem Widerstand gegen die Apartheid in Südafrika sind zwei im Dezember 1984 erschienene Bücher gewidmet. Das eine **Desmond Tutu, Gott segne Afrika**, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1984, 156 S., 9,80 DM

enthält Texte und Predigten des Friedensnobelpreisträgers von 1984. In ihnen bezeichnet er die Apartheid- und Bantustanpolitik und die Verweigerung von Bürgerrechten als eine Kriegserklärung an die Schwarzen, die zum Kampf herausfordere. Scharf greift er den Besatzungsterror Südafrikas in Namibia und die Überfälle auf die Nachbarstaaten an, die nur im Schutze der USA ungestraft betrieben werden könnten. Sein Engagement gegen die Apartheid leitet er aus seinem christlichen Glauben ab. Die Befreiung seines Landes ist für ihn nur durch den gemeinsamen Kampf von Schwarzen und Weißen erreichbar.

Das andere Buch stammt von einer der größten Symbolfiguren des südafrikanischen Widerstandes:

Winnie Mandela, Ein Stück meiner Seele ging mit ihm, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1984, 222 S., 10,80 DM.

Es ist eine Reverenz an ihren 1964 zu lebenslanger Haft auf der Gefängnisinsel Robben Island verurteilten Mann und Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela.

Obwohl Winnie Mandela seit 1962, dem Jahr der Verhaftung ihres Mannes, fast ständig im Gefängnis, unter Bann oder Hausarrest lebte, haben trotzdem Trauer und Schmerz ihren Kampfeswillen nicht brechen können, so erschütternd ihre Zeugnisse über Haft, Verfolgung und Leben im Untergrund auch sind. Ergänzt werden ihre Berichte durch den Briefwechsel zwischen ihr, Nelson Mandela, ihren Angehörigen und Freunden sowie durch Dokumente und Zeittafeln.

Rüstungsexporte

Eine Verurteilung von vier Managern des Rheinmetallkonzerns wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) wird immer unwahrscheinlicher. Nach jahrelangen Ermittlungen wurde am 7.2.1984 das Verfahren gegen sie eröffnet. Sie werden beschuldigt, illegal Waffen nach Südafrika, Argentinien und Saudi Arabien exportiert zu haben. So bekam das Apartheidregime eine vollständige Muni-

tionsabfüllanlage geliefert.

Die Bundesregierung beabsichtigt jetzt das KWKG dahingehend zu ändern, daß bei einem Verstoß gegen das Gesetz es sich nicht mehr wie bisher um ein Verbrechen, sondern nur noch um ein Vergehen handelt. Somit könnte das Verfahren eingestellt werden. Der Deutsche Richterbund warnte davor, erneut zu versuchen, eine fragwürdige Amnestie durchzusetzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion forderte unterdessen eine Verschärfung des Gesetzes. Danach sollen nur noch Waffen in die 24 Länder der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) geliefert werden, die die Menschenrechte nicht verletzen. Das Parlament soll über die Waffenexportgenehmigungen informiert werden.

Sportboykott zu Südafrika

In einem Schreiben an Vorstand und Mannschaft protestierte die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) gegen die für Dezember 1985 geplante Teilnahme von Borussia Mönchengladbach an einem internationalen Fußballturnier, das in dem angeblich unabhängigen südafrikanischen „Homeland“ Bophuthatswana stattfinden soll.

„Kein Land der Welt“, heißt es in dem Schreiben der AAB, „hat bisher ein 'Homeland' anerkannt. Die rassistische Regierung in Pretoria bemüht sich verzweifelt um deren internationale Anerkennung und scheut keine Kosten, um ihren Heimatländern internationale Reputation zu verschaffen.“

Beliebte Mittel dazu sind das Knüpfen von 'unpolitischen' Kontakten insbesondere in Tourismus, Kultur und Sport. Doch diese Kontakte sind die ersten Schritte zu einem internationalen Renommee, sie bedeuten in letzter Konsequenz: Unterstützung der Apartheid.

Deswegen fordern wir Sie auf: Brechen Sie Ihre Kontakte zu Bophuthatswana ab. Treten Sie allen Kontakten mit Südafrika und dessen Marionetten entgegen.“

Die AAB fordert alle Fußballfreunde und Apartheidgegner auf, ebenfalls gegen die Teilnahme von Borussia Mönchengladbach an dem Turnier in Bophuthatswana zu protestieren. Die Anschrift des Bundesliga-Vereins lautet: Borussia Mönchengladbach e.V., Bökelbergstr., 4050 Mönchengladbach 1.

Ausstellung zu Vietnam

Im Vorfeld des 10. Jahrestages des Endes des Vietnamkrieges (31.4.1975) ist eine Ausstellung zum Thema „Der Giftkrieg in Vietnam und die Folgen“ fertiggestellt worden. Eindrucksvolle Schautafeln behandeln die Auswirkungen der von den US-Streitkräften versprühten „Entlaubungsmittel“ auf die Ökologie des Landes und die Gesundheit der Menschen.

Die 20 Tafeln mit dem dazugehörigen Gestell zum Aufhängen erfordern eine Ausstellungsfläche von 21 qm. Sie können für 50 DM pro Woche ausgeliehen werden bei: Werner Gallo, Salierstr. 22, 6720 Speyer.

Grüne in Nahost

Am 30. Dezember 1984 ging eine 14tägige Nahostreise einer Delegation der Grünen zu Ende. An ihr hatten u.a. die Abgeordneten des Bundestags Gaby Gottwald und Jürgen Reents, sowie des EG-Parlaments, Brigitte Heinrich, teilgenommen.

Schwerpunkte der Reise waren neben einem Besuch im israelisch besetzten Südlibanon Gespräche mit Vertretern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). In Damaskus trafen sie mit Vertretern der Demokratischen und Nationalen Allianz zusammen. In Amman empfing sie der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat.

An einem abschließenden Israel-Besuch, wo man die Grünen wechselweise als „Grün-Braune“ und „Antisemiten“ diffamierte, wurde B. Heinrich gehindert. Die israelischen Behörden verboten ihr die Einreise mit der Begründung, sie unterhalte Kontakte zur PLO und zum „internationalen Terrorismus“. In Israel traf die Delegation mit Vertretern der Friedensbewegung wie demokratischer und linker Parteien zusammen.

Am 3. Januar klagten die Grünen im Bundestag Israel an, „Schrecken und Terror“ im Südlibanon zu verbreiten. Sie forderten einen Abzug Israels aus dem Libanon und den anderen besetzten Gebieten, damit ein unabhängiger Palästinenserstaat neben Israel entstehen könne. Von der Bundesregierung verlangten sie, die PLO anzuerkennen und sich für eine internationale Nahostkonferenz einzusetzen.

Studien zu Zentralamerika

Istmo

Themen der ISTMO sind:

- politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika
- die Region in der weltpolitischen Auseinandersetzung
- bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika
- Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

Heft 8 (Januar 1985)

Frithjof Schmidt: Neuauflage eines "erfolgreichen Modells"? EG - ASEAN und die Außenministerkonferenz in San José

Albert Recknagel: Wahlen im Counterinsurgency - Staat. Was verbirgt sich hinter der "Demokratisierung autoritärer Regimes?"

Gaby Gottwald: Die Verhandlungen in El Salvador. Perspektiven für einen Frieden?

Die Hefte sind erhältlich über den Buchhandel (ISSN 0724 - 0716) oder direkt beim Herausgeber. Einzelheft 4,- DM, Doppelheft 8,- DM

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika e.V.
Coerdestraße 42
D - 4400 Münster

Kuba - USA

Am 14. Dezember 1984 haben Kuba und die USA zum ersten Mal seit 1977 ein zwischenstaatliches Abkommen unterzeichnet. Es regelt die Auswanderung von Kubanern in die USA.

Die USA erklärten sich bereit, jedes Jahr bis zu 20.000 Kubaner aufzunehmen, darunter in diesem Jahr 3.000 ehemalige politische Gefangene. Im Gegenzug verpflichtete sich Kuba, 2.746 Kubaner, die bei der großen Auswanderungswelle 1980 das Land in Richtung USA verlassen hatten, von den USA aber „nicht erwünscht“ sind, wieder aufzunehmen.

Obwohl dieses Abkommen von Kuba als ein positives Zeichen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten gewertet wurde, gehen in Kuba die Vorbereitungen für die Verteidigung der Insel gegen eine mögliche US-Invasion weiter.

Brasilien

Am 15. Januar d.J. wurde in der Hauptstadt Brasilia Tancredo Neves von einem Wahlmännernergremium zum neuen Präsidenten Brasiliens gewählt. T. Neves, Mitglied der Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB), hatte die Unterstützung aller demokratischen und linken Parteien – mit Ausnahme der Partei der Arbeit (PT) „Lula“ da Silvas – erhalten. Auf ihn entfielen 480 der 686 Stimmen. Sein Gegenkandidat, Paulo Salim Maluf von der regierenden Sozialen Demokratischen Partei (PDS), der von den Militärs unterstützt wurde, erreichte lediglich 180 Stimmen.

Noch Anfang 1984 hatten die Militärs und die PDS gehofft, durch die erfolgreiche Verhinderung von Direktwahlen einen Wahlsieg eines Oppositionskandidaten verhindern zu können (siehe AIB 9/1984, S. 29ff.). Im Wahlmännernkollegium verfügte die PDS – aufgrund seiner undemokratischen Zusammensetzung – über eine Mehrheit. Im Laufe des Jahres gingen, trotz Bestechung und Putschdrohungen führender Generäle, immer mehr PDS-Parlamentarier auf die Seite der Opposition über und gründeten eine eigene Partei, die T. Neves unterstützte.

Das Programm des neuen Präsidenten sieht die Aufhebung aller repressiven Gesetze vor, die Durchführung von Direktwahlen zur Präsidentschaft und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Einschränkungen des Streikrechts und der Gewerkschaftsautonomie sollen abgeschafft und weitere Linksparteien, darunter die Brasilianische Kommunistische Partei, legalisiert werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind Maßnahmen gegen die Inflation (derzeit 220%), Hunger und Arbeitslosigkeit geplant. Die Auslandsschuld (fast 100 Mrd Dollar) soll unter verbesserten Bedingungen umgeschuldet werden.

Ob diese sozialreformerischen Maßnahmen (darunter auch Reformen in der Lohn-, Steuer- und Agrarpolitik) inmitten der Wirtschaftskrise durchsetzbar oder weitgehend genug sind, ist mehr als zweifelhaft. Jedoch verbessert das Ende der Diktatur die Kampfbedingungen für die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes.

Honduras - Nicaragua

Am 8. Januar d.J. wurde der Führer der „Contra“-Organisation MISURA, Steadman Fagoth Muller, aus Honduras ausgewiesen. Er hatte damit gedroht 23 gefangene nikaraguanische Soldaten zu erschießen, wenn Managua keinem Gefangenaustausch zustimmen sollte.

Bereits am 3.1.1985 hatte Honduras die Ausweisung aller „Contras“ angekündigt, ohne daß jedoch entsprechende Maßnahmen getroffen wurden. Hintergrund für diesen scheinbaren Kurswechsel sind die Verhandlungen mit Washington über einen ständigen US-Stützpunkt und ein regionales militärisches Ausbildungszentrum. Honduras fordert im Gegenzug 1,3 Mrd Dollar Wirtschafts- und 400 Mio Dollar Militärhilfe für die nächsten 4 Jahre.

Mit den angedrohten Schritten gegen die „Contras“ soll Druck auf die USA ausgeübt und gleichzeitig der innere Widerstand gegen die US-Truppen (1.700 Mann) geschwächt werden, zumal in den nächsten Monaten erneut gemeinsame Militärmanöver mit US-Truppen stattfinden sollen.

Die „Contras“ mischen sich verstärkt in die Innenpolitik von Honduras ein. Allein 1984 waren sie gemeinsam mit honduranischen Todeschwadronen am Mord von 18 Oppositionellen beteiligt. Nach dem offiziellen Stopp der US-Hilfe leiten Honduras, El Salvador und Israel Militärhilfe aus den USA an die „Contras“ weiter.

Bei seinem Amtsantritt am 10.1.1985 hat der nikaraguanische Präsident, Daniel Ortega, eine Amnestie für alle „Contras“ angekündigt, die bereit sind sich ins normale Leben einzugliedern. Gleichzeitig sollen die Verhandlungen mit der MISURASATA Brooklyn Riveras, die von Kostarika aus operiert, fortgesetzt werden. Sie haben die Rückkehr der Indio-Flüchtlinge aus den Nachbarländern sowie ein Autonomiestatut für die Atlantikküste zum Ziel. Brooklyn Rivera hatte die Gespräche Anfang Januar d.J. für gescheitert erklärt.

Belize

Die ersten Wahlen seit Erringung der Unabhängigkeit im Jahr 1981 gewann am 14. Dezember 1984 die konservative Vereinigte Demokratische Partei (UDP) unter Manuel Esquivel. Sie erhielt 54% der Stimmen und 21 von 28 Sitzen. Verlierer ist die seit 34 Jahren regierende Vereinigte Volkspartei (PUP) unter dem bisherigen Premierminister Georg Price.

Die neue Regierung möchte den privaten Sektor in der Wirtschaft stärken und das Land für ausländische Investoren attraktiver machen. Gemäß seinen Wahlversprechungen will Esquivel versuchen, den Strom der Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten einzudämmen. Und er beabsichtigt mit Guatemala, das Gebietsansprüche auf Belize erhebt, in Verhandlungen zu treten.

Mit dem Wahlsieg der UDP werden sich auch die Beziehungen zu den USA verbessern, die Belize nach Honduras zu einem neuen US-Stützpunkt in der Region ausbauen wollen. Belize gilt als möglicher Standort der im Oktober 1984 geschlossenen US-Militärschule in Panama.

Sri Lanka



In den schraffierten Gebieten stellen die Tamilen die Bevölkerungsmehrheit

Im Dezember 1984/Januar 1985 haben die Kämpfe zwischen Guerilleros der tamilischen Bevölkerungsminderheit und Regierungstruppen an Schärfe zugenommen. Auf beiden Seiten kamen ca. 500 Menschen um Leben. Bei Massenverhaftungen wurden über 1.000 angebliche Terroristen festgenommen.

Die meisten Aktionen gehen von der Guerillaorganisation Tiger für die Befreiung von Tamil Eelam (LTTE) aus. Ihre 4.000 Kämpfer streben einen unabhängigen sozialistischen und nichtpaktgebundenen Separatstaat der Tamilen an (Eelam). Ihre Angriffe richten sich nicht nur gegen Regierungstruppen, sondern auch gegen Zivilisten der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit, die von der Regierung in Tamilengeländen angesiedelt werden.

In den vergangenen Monaten kam es auch zu mehreren Massakern durch Armeeinheiten, so am 4.12.1984 als 83 tamilische Zivilisten getötet wurden.

Die LTTE wird von Sympathisanten aus dem indischen Bundesstaat Tamil Nadu unterstützt. Die Regierung J.R. Jayewardene genießt bei ihrer Aufstandsbekämpfung den Beistand von israelischen und britischen Beratern sowie von den USA. Sie beschuldigt Indien, an den Unruhen beteiligt zu sein.

Ein Vorschlag der Regierung an die am 22.12.1984 veranstaltete Konferenz aller Parteien (APC), der eine größere Selbständigkeit für die Tamilengelände vorsieht, ist von einigen singhalesischen Parteien und dem buddhistischen Klerus als zu weitgehend abgelehnt worden. Der legalen Vereinigten Tamilischen Befreiungsfront (TULF), die mit friedlichen Mitteln kämpft, war der Vorschlag nicht weitgehend genug.

Die Regierung machte daraufhin ihre Teilzugetändnisse rückgängig.

Mauretanien

Am 12. Dezember 1984 wurde der seit 1980 regierende Staatspräsident Mohammed Ould Haidalla durch den Generalstabschef Maouya Ould Taya abgelöst. Haidalla befand sich zu dem Zeitpunkt des unblutigen Machtwechsels in Burundi auf dem französisch-afrikanischen Gipfeltreffen.

Sein Nachfolger warf ihm Korruption, Vernetzung und Verantwortlichkeit für die hohe Arbeitslosigkeit und schlechte wirtschaftliche Lage des Landes vor.

Haidalla befindet sich in Haft, über das Land wurde kurzfristig eine Ausgangssperre und die Schließung der Flughäfen verhängt. Von den 17 Ministern der Regierung Haidalla blieben 8 im Amt. Am 21. Dezember 1984 erließ die neue Regierung eine Amnestie für politische Gefangene und Exilanten.

Außenpolitisch bestätigte die neue Regierung das Bündnis mit Algerien und Tunesien und die im Februar 1984 erfolgte Anerkennung der Demokratischen Arabischen Sahraischen Republik, deren Territorium von Marokko beansprucht wird.

China - UdSSR

Am 21.12.1984 traf der sowjetische erste stellvertretende Ministerpräsident Iwan Wassiljewitsch Archipow in Peking zu einem einwöchigen Besuch der Volksrepublik China ein. Er kam als ranghöchster sowjetischer Besucher seit 15 Jahren. Im Mittelpunkt der Gespräche mit der chinesischen Führung stand der Ausbau der bilateralen Beziehungen.

Zwar unterstrich der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang, daß er noch große Hindernisse für eine Normalisierung der gegenseitigen Verhältnisse sehe, die er an der Afghanistan-, Kampucheafrage und an der sowjetischen Truppenpräsenz an der gemeinsamen Grenze festmachte.

Trotzdem gelang eine Übereinkunft in wichtigen wirtschaftlichen und technologischen Fragen. So wurden am 28.12.1984 drei Abkommen zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit unterzeichnet, die für 5 Jahre Gültigkeit besitzen. Vorgesehen ist u.a. die Errichtung einer gemeinsamen wirtschaftlichen Beratungskommission, die Modernisierung einiger vor 1958 von der Sowjetunion errichteter Fabriken. Eine Vereinbarung über einen drastischen Ausbau des Handelsvolumens bis 1990 soll Anfang d.J. unterzeichnet werden.

Senator E. Kennedy im Gespräch mit Winnie Mandela



Pakistan

Am 19.12.1984 fand in Pakistan ein Referendum statt. Zur Abstimmung stand die Islamisierungspolitik des Militärdiktators Zia ul-Haq, seine Bestätigung im Amt für weitere 5 Jahre sowie die Durchführung von Parlamentswahlen in diesem Jahr.

Durch massive Wahlbeeinflussung – so stand die Durchführung des Referendums unter Aufsicht des Militärs – und Wahlfälschung suchte Zia ul-Haq das Referendum zu seinen Gunsten zu entscheiden. So war auf alle drei Fragen nur eine Antwort möglich. Die Wähler wurden nicht registriert und Boykottbefürwortern drohte eine Haftstrafe bis zu 3 Jahren.

Die in der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) zusammengeschlossenen 12 Oppositionsparteien hatten zur Nichtbeteiligung an dieser Farce aufgerufen. Entgegen dem dann veröffentlichten offiziellen Wahlergebnis (60% Beteiligung bei 98% Ja-Stimmen) bezeichnete die MRD ihren Boykottaufruf als vollen Erfolg. Lediglich 15% – die Pakistanische Volkspartei (PPP) sprach von lediglich 8% – hätten sich an dem Referendum beteiligt.

Da die bevorstehenden Parlaments- und Provinzialwahlen am 25. und 28.2.1985, nur ein weiterer Legitimierungsversuch der Diktatur sind – Parteien sind nicht zugelassen – hat die MRD erneut zum Boykott aufgerufen.

Südafrika

US-Senator Edward Kennedy hielt sich vom 5.-14. Januar d.J., auf Einladung Bischof Tutus, zu einem Besuch in Südafrika auf. Er nutzte ihn zu zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Regierung und der Opposition. Ein Besuch des inhaftierten ANC-Führers Nelson Mandela wurde ihm von der südafrikanischen Regierung verweigert. Er traf sich jedoch am 9. Januar d.J. mit dessen Ehefrau, Winnie Mandela, an deren Verbannungsort Brandfort. Kennedy kritisierte die Apartheid und Reagans Politik des „konstruktiven Engagements“, und er forderte Wirtschaftssanktionen. Von der südafrikanischen Regierung wurde seine Kritik scharf zurückgewiesen.

Eines der herausragenden Ereignisse der Reise des US-Senators war die Übergabe eines Memorandums der 7 führenden Wirtschaftsverbände Südafrikas an E. Kennedy. Diese Unternehmerverbände, deren Mitglieder ca. 80% der Lohnabhängigen des Landes beschäftigen, fordern: Beteiligung der Schwarzen an der Politik

des Landes, Abschaffung der rassistischen Arbeitsbeschränkungen, Handels- und Gewerbe-freiheit für die Afrikaner, freie und unabhängige Gewerkschaften, Staatsbürgerrechte für alle und Beendigung der Zwangsumsiedlungen sowie den Abbau der polizeilichen Vollmachten.

Sie sehen darin die einzige Möglichkeit, das wirtschaftliche Potential des Landes voll auszunutzen und politische Stabilität zu erreichen.

Singapur

Bei den Parlamentswahlen vom 22.12.1984 gewann die seit der Unabhängigkeit im Jahr 1965 regierende konservative Volksaktionspartei (PAP) des amtierenden Premierministers Lee Kuan Yew 77 der insgesamt 79 Parlamentssitze. Ihr Stimmenanteil ging gegenüber 1980 von 75,5% auf 62,9% zurück. Die beiden verbleibenden Sitze gingen an J.B. Jeyaretnam, Generalsekretär der Arbeiterpartei (WP) und einziger Oppositionspolitiker im bisherigen Parlament sowie an Chaim See Tong von der Demokratischen Partei Singapurs (SDP).

Dieser bescheidene Positionsaufbau der Opposition stellt unter den gegebenen politischen Bedingungen im Stadtstaat einen Erfolg dar. Lee Kuan Yew hatte nicht nur allen Wahlbezirken, die einen Oppositionskandidaten wählen, den Entzug sozialer Dienstleistungen angekündigt. Er drohte auch im Falle des Sieges der beiden bürgerlich-demokratischen Parteiführer eine Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts an. Dabei sind die Oppositionsparteien sowieso schon stark in ihrer politischen Tätigkeit eingeschränkt. Die Gewerkschaftsbewegung ist staatlich kontrolliert und die Presse unterliegt einer strengen politischen Zensur. Am 2.1.1985 wurde das aus 13 Mitgliedern bestehende Kabinett von Präsident Devan Nair vereidigt.

Äthiopien - Israel

Von den schätzungsweise 25.000 äthiopischen Juden, Falaschen (= Fremde) genannt, wurden von November 1984 bis Anfang Januar d.J. ca. 10.000 nach Israel geflogen. Ihr Weg führte sie über den Sudan und mehrere westeuropäische Staaten. 3.000 von ihnen kamen bei dieser als Hilfsaktion getarnten „Operation Moses“ ums Leben. Äthiopien verurteilte die Aktion und beschuldigte den Sudan der Kumpanei mit Israel.

Die Mittel für die großangelegte Aktion und die Integration der Falaschen in Israel stellten jüdische Organisationen, vor allem aus den USA, bereit. Die US-Regierung sagte Israel eine „Nothilfe“ von 5 Mio Dollar zu. Diese Devisenmenge veranlaßte die Regierung Peres, trotz der zu erwartenden sozialen Probleme, die äthiopischen Juden nach Israel zu holen.

Dort sollen sie wahrscheinlich in einigen neu geplanten Dörfern auf der besetzten Westbank angesiedelt werden und als Kanonenfutter im Krieg gegen den Libanon benutzt werden. Bereits 1.000 äthiopische Juden sollen in militärischen Ausbildungslagern im Südlibanon sein.

D 7426 E
Postvertriebsstück
 Zeitungsgebühr bezahlt
 AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

LESEN. LERNEN. HANDELN.

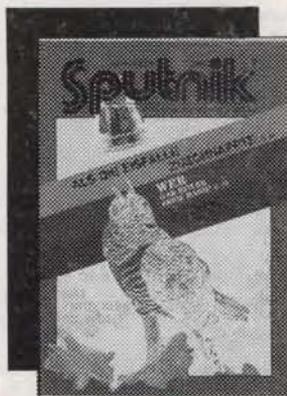
Unsere Zeit die Friedenszeitung, die Arbeiterzeitung. Zeitung der DKP. Zeitung der Jugend. Zeitung der Frauen. Wieso? Weil die UZ Originalton vermittelt. So wie er in diesen Bewegungen zu Hause ist. UZ kann man Probelesen. 2 Wochen. Kostenlos. Ohne jede weitere Verpflichtung. Das Abonnement der Tageszeitung kostet DM 10,- monatlich. Die Wochendausgabe DM 10,- vierteljährlich.



Wir Frauen schreiben vom schwierigen Leben der Frauen in der Bundesrepublik und in vielen Ländern der Welt. Wir Frauen kämpfen und wehren uns täglich. Wir Frauen schildern das Wirken demokratischer Frauengruppen, Gewerkschafterinnen, Friedensmarschierinnen. Wir Frauen, unsere Frauenzeitschrift. Herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative. Erscheint sechsmal im Jahr. Einzelpreis 2,- DM, Jahresabonnement 12,- DM inkl. Porto.



kürbiskern. Das sind viermal im Jahr 160 Seiten bisher unveröffentlichter literarischer Texte, Kritiken, Analysen und Dokumentationen. Trotz Kulturabbau durch Rotstiftpolitik und „Säuberung von Entarteten“ gibt es den kürbiskern jetzt bald 20 Jahre. Als Forum aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte für eine geistige und politische Alternative. Einzelheft 8,50 DM, Jahresabonnement 32,- DM inkl. Porto.

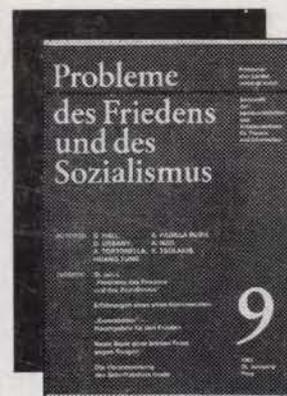


„SPUTNIK“ ist ein Monatsmagazin vom Typ „digest“. Es bringt aus der sowjetischen Presse politische Skizzen, Reportagen, Memoiren, wissenschaftliche Essays, Erzählungen, Informationen für den Geschäftsmann, Beiträge über Mode und Hobbys sowie Humor. Wird von der Presseagentur Nowosti in **Deutsch, Russisch, Englisch, Französisch** und Spanisch herausgegeben. Erscheint 12mal im Jahr. Jahresabonnement 38,- DM inkl. Porto.

„NEUE ZEIT“. Die Zeitschrift behandelt die laufenden internationalen Ereignisse sowie Grundprobleme der Gegenwart. Außerdem veröffentlicht sie ökonomische Übersichten und Kommentare zu internationalen Ereignissen. Erscheint in Deutsch, Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Italienisch. Erscheint 52mal im Jahr. Jahresabonnement 35,- DM inkl. Porto.



Probleme des Friedens und des Sozialismus. Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information. Vertreter aus 65 Ländern der Erde gehören dem Redaktionskollegium dieser außerordentlich wichtigen Zeitschrift an. Sie erscheint in 40 Sprachen und wird in 145 Ländern aufmerksam gelesen. Erscheint 12mal im Jahr. Jahresabonnement 26,40 DM.



AUSPROBIEREN!

Fordern Sie ein kostenloses Probeheft bei uns an:

Plambeck & Co, Postfach 101053, 4040 Neuss 1